



AIB

2V 7426 E

2,50 DM

Februar

2/1982

13. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Begins Kurs auf „Großisrael“



Inhalt:

AIB-Aktuell: Vorwand Polen	3
Naher Osten	
Wolfram Bröner: Begins Golan-Coup	4-7
8-Punkte-Plan des saudischen Prinzen Fahd	5
Interview mit Mohammed Milhem: Wir fühlen uns alle als PLO	6
Guatemala	
Eduardo Galeano: Wie zu Zeiten der Inquisition	8-9
El Salvador	
Salvador Samayoa: Die Märzahlen – letzte Karte für die Junta	10-12
Das „My Lai“ El Salvadors	11
Die zwei Antworten Washingtons	12
Westsahara	
Lothar A. Heinrich: Die USA verlängern den Westsahara-Krieg	13-15
Westsahara-Resolution der 36. UN-Vollversammlung vom 25. 11. 1981	14
Namibia	
Rainer Falk: Verhandlungslösung durch Erpressung?	16-34
Position der Frontstaaten, Nigerias, Kenias und der SWAPO	33
Register 1981	17-32
Thailand	
Hugues Tertrais: Störbasis gegen Indochina	35-37
Thailand-Daten	36
Laos	
Interview mit Phoumi Vongvichit: Unsere Länder schützen und aufbauen	38-39
Interview mit Prinz Souvanna Phouma: Für die „Einigkeit aller Laoten“	40
BRD – Dritte Welt	
Stimmen zum Rüstungsexport	41-42
Rückblick: Vor 55 Jahren: Gründung der „Liga gegen Imperialismus“	43
Rezensionen: Neue Filme zu Vietnam und Kambodscha	44
Infodienst: El-Salvador-Solidarität, Afrika-Filme, Broschüre Atomprovinz Emsland, Ausländerfrauen wehren sich, Peru: Sobradinho-Kampagne, Aktuelle Buchtips: Chile, Südafrika	45
Kurzinformationen: Türkei, Pakistan, China-Japan-USA, Nikaragua, Bolivien, Brasilien, Haiti, Chile, Ghana, BRD-Ägypten-Honduras	46-47
Aufruf: Oliver Tambo zum 70. Jahrestag des ANC	48



Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM; Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos. 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel.: 06421-24672

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphplatz (BLZ 53390000), Konto Nr. 9660.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Bröner (verantwortl.), Hanne Denk, Rainer Falk, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz

Mitarbeiter: A. Alsdorf, N. Biver, K.D. Fischer, P. Grund, H. Hahn, R. Hegewald, U. Hochmuth, M. Holtmann, I. Jacob, C. Klotz, A. Krajczek, H. Mayer, S. Mörsch, R. Münch, H.E. Schäfer, E. Schneider, J. Weber, B. Weng

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusage von zwei Belegexemplaren gestattet.

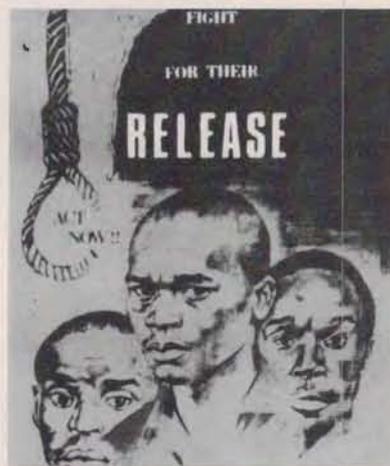
Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluss: 15.1.1982

Anzeigen: Deutsche Volkszeitung, Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen/Magazin Verlag, Verlag 2000 GmbH, Verlag Marxistische Blätter, Lamuv Verlag, Nicaragua Aktuell, Neue Stimme, Guatemala Komitee Bonn

Achtung: neue Kontonummer (Volksbank 9660)!

Todesurteile in Südafrika – laue Reaktionen in Bonn



Unbeeindruckt von den weltweiten Protesten, die sich gegen die Todesurteile für drei Kämpfer des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC), N. Lubisi, N. Manana und P. Mashigo vom November 1980 gewandt hatten, fällt ein Rassistengericht im November 1981 erneut drei Todesurteile gegen Freiheitskämpfer. David Moise, Johannes Shabangu und Anthony Tsotsobe waren angeklagt des „Hochverrats“ und verschiedener Punkte des „Terrorismus-Gesetzes“. Zur Last gelegt wurden ihnen die Mitgliedschaft im ANC und die angebliche Beteiligung an drei Anschlägen des ANC: auf die SASOL-Kohleverflüssigungsanlage im Juni 1980 sowie auf die Booyens-Polizeistation und eine Bahnhofsanlage. Unter Foltern erpreßte Aussagen wurden vom Rassistentribunal als gerichtswertbar zugelassen – das Urteil stand von vornherein fest. Alle sechs Verurteilten sind akut bedroht.

Die Völkergemeinschaft bezeichnete bereits 1973 das Apartheid-System als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Kampf gegen dieses System mit allen Mitteln ist gerecht! Die Bundesregierung hingegen weigert sich bis heute, hieraus eindeutige Konsequenzen zu ziehen. Auf eine Anfrage hin, was sie im Falle der zum Tode Verurteilten zu tun gedenke, antwortete das Auswärtige Amt, man werde die Situation in Südafrika „weiterhin beobachten“. Solche Lauheit hatte schon einmal dazu geführt, daß die Bundesregierung erst in letzter Minute gegen die Vollstreckung von Todesurteilen gegen ANC-Kämpfer in Pretoria intervenierte – zu spät.

Die Bundesregierung muß gezwungen werden, bei der südafrikanischen Regierung dahingehend vorstellig zu werden, daß diese den gefangenen Freiheitskämpfern, die vom Tode bedroht sind, den Kriegsgefangenenstatus gemäß der Genfer Konvention von 1977 zuerkennt! Proteste sind ferner an die Südafrikanische Botschaft in Bonn zu richten!

AIB-Aktuell: Vorwand Polen

Die US-Regierung unter Ronald Reagan hat Sanktionen verhängt. Jedoch nicht gegen das rassistische Regime in Südafrika, was von der überwältigenden Mehrheit der internationalen Gemeinschaft wegen dessen weltfriedensgefährdender Politik seit Jahren gefordert wird. Nicht gegen Israel, wie es die arabische Staatengruppe im UN-Sicherheitsrat zur Jahreswende 1981/82 wegen der völkerrechtswidrigen Annexion der syrischen Golan-Höhen durch die Regierung Begin verlangt hat. Und auch nicht gegen eine der zahlreichen lateinamerikanischen Militärdiktaturen, die durch massive Menschenrechtsverletzungen die Weltöffentlichkeit brüskieren.

Der Sanktionsbeschuß richtet sich gegen Polen und die Sowjetunion. Und er wird von den selben Kräften befürwortet, die uns in Sachen Chile, Rhodesien oder Südafrika immer weismachen wollten, wirtschaftliche Boykottmaßnahmen schaden nicht den Regierungen, sondern den einfachen Menschen in den betroffenen Ländern. Derartige Legitimationsformeln legte man in der Vergangenheit allerdings häufig ab, wollte man den Konkurrenten im Systemwettkampf schädigen.

Polen gleich El Salvador, Türkei?

Apropos Menschen und Menschenrechte... Am gleichen Tag, als Präsident Reagan seinen Sanktionsbeschuß gegen Polen und die Sowjetunion verkündete, kam aus Washington die Meldung, daß 1.600 Mann der salvadorianischen Junta-Streitkräfte zur „Spezialausbildung“ in die USA geholt werden, um in Zukunft noch effizienter den „Völkermord gegen das eigene Volk“ – so der selbst dem faschistischen Terror zum Opfer gefallene Bischof Romero – betreiben zu können. Das NATO-Mitglied Türkei erhält im Jahre 1982 703 Mio Dollar Wirtschaftshilfe aus Washington, von der Militärhilfe ganz zu schweigen. US-Verteidigungsminister Caspar Weinbergers Kommentar zu den „Leistungen“ der Ankararer Militärjunta, die mindestens 25.000 Menschen, darunter über 2.000 Gewerkschafter, hinter Gitter gebracht hat: „Wir bewundern in hohem Maße die Art, in der Ordnung und Recht in der Türkei wiederhergestellt sind.“ (Stern, 14.1.1982)

Mit Südafrika, das im August 1981 unter flagranter Verletzung des Völkerrechts in Angola einfiel und bis heute einen respektablen Landstrich im Süden des Landes besetzt hält, knüpft Washington seit R. Reagans Amtsübernahme noch engere Bande. Es orientiert sich dabei erklärtermaßen nicht am Menschen, sondern – wie es beim Leiter der Afrika-Abteilung des State Departments, Chester Crocker, heißt – daran, daß „die für den Westen allein wegen der Rohstoffvorkommen entscheidende strategische und wirtschaftliche Bedeutung Südafrikas in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion um globale Einflußsphären der entscheidende Gesichtspunkt bleibt“.

Nein, es geht den Doppelmoralisten in Washington nicht – weder in den Ländern der Dritten Welt noch im Fall Polens oder der Sowjetunion – um die Menschen, nicht um die Freiheit oder die Menschenrechte. Diese sind den US-Strategen allenfalls taktische Manövriermasse, um ihre weiterreichenden, auf die Wiederherstellung des US-Weltherrschenschaftsanspruchs orientierten Ziele durchzusetzen. Henri Nannen hat dies in bemerkenswerter Nüchternheit im Stern am 7.1.1982 so ausgedrückt: „Ging es um mehr Freiheiten in einem unverändert sozialistischen System? Nein, es ging darum, Polen zum Brandherd des Sowjetimperiums zu machen. Das kommunistische Machtgebilde sei am Zerfallen, verkündete der amerikanische Präsident Ronald Reagan, nun wollte man der Kreml-Hierarchie – nein, nun sollten die Polen ihr den entscheidenden Todesstoß versetzen.“ Dieses strategische Kalkül wurde den Machthabern in Washington durch die Maßnahmen des am 21.12.1981 installierten Militärrates in der Volksrepublik Polen gründlich vermasselt. Ohne hier die inneren Vorgänge in Polen im einzelnen bewerten zu wollen, kann wohl festgehalten werden: Die polnischen Notstandsmaßnahmen sind mit denen zahlreicher reaktionärer Diktaturregimes in den Ländern der Dritten Welt, die sich mit westlicher Unterstützung am Leben halten, prinzipiell nicht über einen Kamm zu scheren.

Der Militärrat in Polen hat in Übereinstimmung mit der polnischen Verfassung und unter Leitung des gewählten Ministerpräsidenten Jaruzelski den Ausnahmezustand verhängt; sein erklärtes Ziel ist es, die verfassungsmäßige sozialistische Ordnung wiederherzustellen. Die proimperialistischen Militärdiktaturen in der Dritten Welt, sei es in Chile, der Türkei oder in Mittelamerika, setzten allesamt die verfassungsmäßige Ordnung außer Kraft; die systematisch-massenhafte Verletzung von Menschenrechten, Mord und Folter gehören zu ihren alltäglichen Herrschaftsinstrumenten. „Es gibt“, so selbst die konservative New York Times, „eine andere Regierung, die nicht nur sieben Menschen auf dem Gewissen hat...“, sondern Tausende eigener Bürger. Diese Regierung agiert in Amerikas Hinterhof, und die Regierung

Reagan hat darüber nicht ein einziges kritisches Wort verloren. Es handelt sich um Guatemala.“

Aus Guatemalas Nachbarland El Salvador, wo die Juntatruppen allein 1980/81 30.000 Menschen massakrierten, gelangten dieser Tage gesicherte Meldungen über ein neues „My Lai“ (siehe nachstehenden Bericht) zu uns. Was dort dank der US-„Spezialausbildung“ im Dezember 1981 an Verbrechen geschah, ist so abscheulich, daß es diejenigen vollends entlarvt, die mit dem Hinweis auf Polen nicht zuletzt die Solidaritätsbewegung hierzulande davon ablenken wollen, ihrer Hauptaufgabe, nämlich der Bekämpfung der interventionistischen Politik des US-Imperialismus nachzugehen.

Auch unsere ureigensten Friedens- und Sicherheitsinteressen in Westeuropa verbieten es, wegen „Polen“ (wie seinerzeit wegen „Afghanistan“) auch nur die geringste Konzession an den Washingtoner Abenteuerkurs zu machen.

Wer wie jüngst der ehemalige Sicherheitsberater Präsident Carters, Z. Brzezinski (der Chefdenker der westlichen „Aufweichungs“-Politik gegenüber dem sozialistischen Lager), die Aufkündigung des Jalta-Abkommens von 1945, auf dem die gesamte Nachkriegsordnung in Europa und nicht zuletzt die nationale Existenz Polens beruht, erwägt, um Polen aus dem sozialistischen Block herauszubrechen, spielt mit dem Feuer. Er könnte gleich den Krieg erklären. Oder, wie Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein formulierte: „Will man aber das ökonomisch und durch Rüstung bewirkte 'Roll-back' des Konrad Adenauer selig, will man jene Politik aufwärmen, die ihr Erfinder Dulles selbst aufgegeben hatte, und die Sowjetunion hinter ihre russischen Grenzen zurückdrücken: Nur zu, so will man die Kapitulation des Gegners, so wählt man den Krieg.“

Sicher spricht es für den Realismus bei der Beurteilung der eigenständigen Interessenlage der Bundesrepublik und für die fortbestehenden Widersprüche zwischen Westeuropa und den USA, wenn sich die Regierung Schmidt/Genscher auch nach ihren letzten Gesprächen mit der Reagan-Administration nicht auf die Verhängung eigener Sanktionen gegen Polen und die Sowjetunion festlegen ließ. Gleich-



wohl bedeutet die von H. Schmidt konzedierte Gemeinsamkeit in der Analyse der Lage in Polen in der Konsequenz nicht mehr und nicht weniger als den USA eine gefährliche Einbruchsstelle in die Politik der Bundesregierung einzuräumen. Nur allzu gern würde die Reagan-Administration die polnischen Ereignisse zum Vorwand nehmen, um die im November 1981 erst auf Druck der Friedensbewegung in Westeuropa aufgenommenen Genfer Mittelstreckenwaffenverhandlungen wieder abzubrechen.

Wenn die Bundesregierung in der Erklärung der NATO-Außenminister vom 12.1.1982 einer Formulierung zugestimmt hat, wonach die Fortschritte bei Rüstungskontroll- und Rüstungsbegrenzungsverhandlungen, „einschließlich der Genfer Gespräche“ (!), an die „Rückkehr zum Prozeß echter Reformen und zu einem echten Dialog in Polen“ (so Punkt 8 der Erklärung) gekoppelt werden, so zeigt sich, wie gefährlich weit Bonn schon in das Washingtoner Fahrwasser geraten ist. Im bedingungslosen Ja zur Verwirklichung des NATO-„Nachrüstungs“-Beschlusses gibt es zwischen den Regierungen Schmidt und Reagan ohnehin keine Meinungsverschiedenheiten (siehe auch AIB-Sonderheft 1/1982 „Ein Jahr Reagan“).

Man sieht: Es besteht auch für die Friedensbewegung in der Bundesrepublik keinerlei Veranlassung, dem Einmischungsgebot der NATO in Sachen Polen auf den Leim zu gehen und von ihrer Hauptaufgabe abzurücken. Es gilt auch weiterhin, den Druck auf die Bundesregierung dahingehend zu erhöhen, daß diese ihre Zustimmung zur Stationierung von Pershing II und Cruises Missiles in der Bundesrepublik zurückzieht.

Wolfram Brönner

Begins Golan-Coup



Mit ihrem Gesetz zur Annexion der syrischen Golan-Höhen, das die Regierung Begin am 14.12.1981 in der Knesset, dem israelischen Parlament, durchzog (mit 63:21 Stimmen), brachte sie wieder einmal Bewegung und neuen Explosivstoff in die Nahost-Szenerie.

Mit der Übertragung der israelischen Rechtsprechung und Verwaltung auf den im Junikrieg 1967 eroberten Golan ist Menachim Begin die Weltspitzenposition als Rechtsbrecher derzeit allenfalls vom südafrikanischen Apartheidregime streitig zu machen. Im Juli 1980 hatte die konservative LIKUD-Regierung mit der Annexion Ostjerusalems den ersten Pflock auf dem Weg zum rechtszionistischen „Großisrael“ gesetzt¹. Mit ihrem Zermürbungs- und Bombenkrieg im Sommer 1981 gegen den Libanon und mit der Bombardierung des irakischen Atomreaktors von Tammuz im Juni 1981 hatte sie zwei weitere flagrante Verstöße gegen das Völkerrecht hinzugefügt. Und mit ihrem Golan-Coup sorgte sie schließlich zur Jahreswende 1981/82 erneut dafür, daß Israel ein Dauerfall für den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bleibt.

Am 17.12.1981 hatte der UN-Sicherheitsrat die Golan-Annexion für „null und nichtig“ erklärt, Israel verurteilt und ihm die Rücknahme dieses Schrittes bis zum Jahresbeginn 1982 abverlangt.

Auf Israels Weigerung hin brachte am 6. Januar 1982 die arabische Staatengruppe im Sicherheitsrat einen Resolutionsentwurf ein, in dem bindende Sanktionen, d.h. ein Handels- und Waffenembargo sowie die Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen zu Israel, gefordert wurden. Da Washington jedoch für die Abstimmung über einen derartigen Sanktionsbeschluß sein Veto ankündigte, wurde der Entscheid im Weltsicherheitsrat erst einmal auf die zweite Januarhälfte vertagt. Der syrische UN-Repräsentant Dia Allah el-Fattal warf den USA vor, „auf diese Weise Israel zu ermutigen, seine Aggression gegen die Araber zu eskalieren“.²

US-Präsident Ronald Reagan warnte andererseits Israel Anfang Januar d.J. eindringlich vor weiteren Annexionen, etwa des palästinensischen Westjordangebietes (Westbank). Arabische Stimmen nennen als mögliche nächste Annexionsobjekte neben dem Gazastreifen auch den südlichen Libanon, wo die israelische Armee nach ihrer Invasion vom März 1978 einen rund 10 km breiten Gebietsstreifen den Truppen des ultrarechten Majors Haddad übereignet hatte.

Israels Außenminister Yitzak Shamir nährte derartige Befürchtungen, als er zur Jahreswende konstatierte, man habe mit der zum 31. April 1982 anstehenden Räumung des restlichen Sinai die „absolute Grenze“ israelischer Konzessionswilligkeit erreicht und äußerer Druck könne die Haltung der Regierung in Jerusalem nur verhärten. Auf keinen Fall werde sie „weitere Risiken“ eingehen, die an die Existenz Israels rührten, „und das bedeutet, daß der Golan sowie Judäa und Samaria (zionistische Bezeichnung für die Westbank; d. Red.) innerhalb der Grenzen des Landes Israel bleiben“.

Kurz darauf setzte Y. Shamir den Gazastreifen hinzu.³ Mit diesem unnachgiebigen Beharren auf ihrer Golan-Einverleibung und auf weitergehenden Expansionsvorhaben hat die Regierung Begin den bisher ernstesten Konflikt mit dem traditionellen Hauptverbündeten USA heraufbeschworen. Unter Ausnutzung der Fixiertheit der Westmächte auf die Polenkrise hatte M. Begin diese mit seinem Golan-Coup offensichtlich überrascht, vor vollendete Tatsachen gestellt. Damit brachte er insbesondere Washington in eine mißliche Lage. Worin besteht diese?

Seit ihrem Amtsantritt im Januar 1981 ist die Reagan-Administration namentlich bemüht, einen Ausgleich zwischen Israel/Ägypten und den anderen prowestlichen Schlüsselregimes des Nahostkonflikts, Saudi Arabien und Jordanien, zustandezubringen. Dies soll um der gemeinsamen Abwehr der sog. „sowjetischen Bedrohung“ willen, die laut R. Reagan/A. Haig der maßgeblichste Gefahrenquell für die Region sei, das einigende Band für einen „strategischen Konsens“ in Nahost unter dem Schuttschirm einer erweiterten US-Militärpräsenz sein.

Die arabische Welt hat aber bekanntlich den von J. Carter im September 1978 arrangierten ägyptisch-israelischen Separatfrieden von Camp David abgelehnt, da in ihren Augen die eigentliche Bedrohung in Israels Expansionsstreben und Unterdrückung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes zu suchen ist.

Und als bedrohlich empfindet sie auch, daß die USA den Kriegskurs Israels weiterhin dadurch möglich machen, daß sie ihm die jeweils höchstentwickelten Waffensysteme und mit derzeit über 3 Mrd Dollar die welthöchste Militär- und Wirtschaftshilfe bereitstellen. Obendrein blockte Washington in den Vereinten Nationen immer wieder Maßnahmen, die auf eine wirksame Zügelung des israelischen Expansionismus und auf eine umfassende politische Verhandlungslösung zielten, ab.

Die Reagan-Administration wird den „gemäßigten“ arabischen Regimes erst dann die Unumgänglichkeit eines Ausgleichs mit Israel plausibel machen können, wenn sie dieses zu Abstrichen von den zionistischen Annexionszielen und zu substanziellen Zugeständnissen in der Palästinafrage, dem Kernstück des Nahostkonflikts, zu bewegen vermag. Zudem müßte Washington gegenüber den arabischen „Partnern“ die Bereitschaft unter Beweis stellen, sie künftig mit demselben hochmodernen Kriegsgerät wie Israel auszustatten.

Hier hatte R. Reagan auch Ende Oktober 1981 einen Wandel angedeutet, als er gegen den Widerstand der prozionistischen Lobby den US-Senat (52:48 Stimmen) für die Lieferung von fünf Überwachungsflugzeugen AWACS sowie u.a. sechs KC-707-Lufttankmaschinen und 1.177 Sidewinder-Raketen an Saudi Arabien (ein Rüstungspaket von 8,5 Mrd Dollar) gewann.⁴

Dem war am 24. Juli 1981 das Aushandeln eines Waffenstillstandes im Libanon durch US-Sonderbotschafter Habib und Saudi Arabien vorausgegangen, dem die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) und – zähneknirschend – die soeben wiedergewählte Regierung Begin zugestimmt hatten. Und schließlich hatte R. Reagan dem im August 1981 vorgelegten saudischen Fahd-Plan (siehe Kasten) positive Aspekte bescheinigt, wenngleich er – in einem Interview Anfang November 1981 – das unbedingte Festhalten an den Camp-David-Separatverhandlungen unterstrich: „Ich denke, daß wir den in Camp David eröffneten Prozeß fortsetzen werden... Es ist jetzt an der Zeit, ihn von nur einem Land (Ägypten), das Frieden mit Israel geschlossen hat, auf andere arabische Staaten auszuweiten; und gemeinsam und mit ihnen allen eine faire Lösung der Palästinafrage zu erarbeiten.“ Überdies lobte der US-Präsident an gleicher Stelle die Saudis ob ihrer Kooperationswilligkeit und ihrer stabilisierenden Rolle im Nahen Osten.⁵

Das Dilemma der US-Ausgleichspolitik

Dieses prosaudische Liebeswerben, das für die Reagan-Administration nach dem Ausfall des „Stabilitäts“faktors Anwar al-Sadat (Attentat vom 6.10.1981, siehe AIB 11–12/1981, S. 4ff.) noch an Gewicht gewann, beantwortete indessen die Regierung Begin mit einer Kampfansage. Sie fürchtet, damit sei die schleichende Demontage der traditionellen Vorzugsrolle Israels als „wichtigster Verbündeter der USA“ in der Region und die Beschneidung des zionistischen Expansionismus verbunden. Gezeißelt wurden von Y. Shamir/M. Begin das AWACS-Geschäft und die „schmerzlichen“ Worte der Unterstützung seitens der USA und Westeuropas für den Fahd-Plan, der einer „Liquidierung Israels in Raten“ gleichkomme.⁶

Ende November 1981 erhob die Regierung Begin Einwände gegen die von Washington betriebene Einbeziehung der EG-Staaten (Großbritannien, Frankreich, Italien und Holland) in die multinationale Sinai-Überwachungstruppe von rund 2.500 Mann, die unter US-amerikanischem Kommando im April 1982 auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel die israelischen Besatzungstruppen ablösen soll. Man drohte mit einer Verzögerung des israelischen Abzugs. Begründung: Die Westeuropäer stünden nicht voll hinter Camp David und hätten ihre Sympathie für den Fahd-Plan signalisiert.

Dennoch schien Anfang Dezember 1981 der Konflikt geschlichtet, als die USA und Israel in Washington ein Abkommen über strategische Zusammenarbeit ratifiziert und sich in einer Prinzipienklärung auf die westeuropäische Beteiligung an der Sinai-Truppe geeinigt hatten. Von Israels Verteidigungsminister Ariel Scharon war das Kooperations-Memorandum vom 30.11.1981 noch als „sehr weitreichend“, da „alles abdeckend“, gepriesen worden. Immerhin hält es bei-

8-Punkte-Plan des saudischen Prinzen Fahd

Mit der amerikanischen Nahostpolitik sind wir insgesamt immer noch unzufrieden, insbesondere was die Sache Palästinas und die Rechte seines Volkes betrifft. Ich habe gesagt und bestätigt, daß es zwischen uns und jedweder amerikanischen Administration keine Meinungsverschiedenheit gibt, ausgenommen die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes.

Die Bedeutung dieses Punktes darf nicht unterbewertet werden, da er mit der Sicherheit und der Stabilität unserer Region eng verbunden ist. Deshalb ist das Problem mit den amerikanischen Interessen verknüpft, und ich weiß nicht, ob die nachfolgenden amerikanischen Administrationen weiterhin ihre Beziehungen und somit auch ihre Interessen zur arabischen Nation gefährden sollten, indem sie Israel politisch, finanziell und militärisch unterstützen, während es das Territorium Palästinas sowie andere arabische Gebiete besetzt hält. Es errichtet auch Siedlungen, konfisziert Land und tötet unschuldige Menschen mit amerikanischen Waffen, obwohl es sich verpflichtet hat, diese nicht für aggressive und offensive Zwecke zu mißbrauchen. Im Hinblick auf die Sicherung des Weltfriedens, der im Höchstmaße bedroht ist, sollte Amerika diese Unterstützung stoppen.

Wir bedauern es auch sehr, daß die US-Regierung weiterhin hinter den Abkommen von Camp David steht, die sich als Fehlschlag erwiesen haben. (...)

Internationale Kreise sind sich einig, und seit den jüngsten Ereignissen im Libanon (zweite Libanonkrise vom April bis Juli 1981; d. Red.) hat die westliche Presse – insbesondere die amerikanische – bekräftigt, daß die Anerkennung der PLO durch die amerikanische Regierung notwendig ist. Denn die PLO ist eine Tatsache und eine Realität, und jeder umfassende Frieden in der Region muß auf der Realität und auf Fakten basieren, nicht auf Täuschungen, die nur zu unerwünschten Konsequenzen wie in Angola, Äthiopien und Afghanistan führen können. Für die amerikanische Regierung ist die Zeit gekommen, weniger voreingenommen zugunsten Israels und fairer gegenüber den Arabern zu sein. (...)

Natürlich können wir hier und jetzt nicht in Details gehen. Aber es gibt eine Reihe von Grundsätzen, die als Richtlinien dienen können, um eine gerechte Regelung zu erreichen. Das sind Grundsätze, die die Vereinten Nationen anerkannt und während der letzten Jahre oft bekräftigt haben. Diese Grundsätze sind:

1. Rückzug Israels aus allen im Jahre 1967 besetzten arabischen Gebieten, einschließlich des arabischen Jerusalem.
2. Auflösung der Siedlungen, die Israel auf den arabischen Territorien nach 1967 gegründet hat.
3. Gewährleistung der Freiheit, Gottesdienste abzuhalten und religiöse Riten auszuüben, für alle Religionen in den Heiligen Stätten.
4. Bestätigung des Rechts des palästinensischen Volkes und Entschädigung für diejenigen, die nicht zurückkehren wollen.
5. Die Westbank und der Gaza-Streifen sollen für eine Übergangsperiode, die einige Monate nicht überschreiten soll, der Kontrolle der Vereinten Nationen unterstehen.
6. Gründung eines unabhängigen Palästinenserstaates mit der Hauptstadt Jerusalem.
7. Bestätigung des Rechts der Länder der Region in Frieden zu leben.
8. Die Vereinten Nationen oder einige ihrer Mitgliedsstaaten sollen die Anwendung dieser Grundsätze garantieren.

Wie ich schon gesagt habe, habe ich die erwähnten Grundsätze nicht selbst erdacht oder erfunden. Sie entstammen Resolutionen, die entweder vom Sicherheitsrat oder von der Vollversammlung der UNO angenommen worden sind. Und sie könnten alle in einer einzelnen Resolution kombiniert werden, die vom Sicherheitsrat angenommen werden und den Rahmen für eine gerechte und umfassende Regelung bilden könnte. Ich möchte betonen, daß die Hauptmerkmale einer gerechten und umfassenden Lösung jetzt gut bekannt sind und nicht viele Schwierigkeiten beinhalten. Die Anwendung einer solchen Regelung hängt von drei realistischen und vernünftigen Bedingungen ab:

1. Einstellung der uneingeschränkten amerikanischen Hilfe an Israel.
 2. Beendigung der israelischen Arroganz, die sich in ihrer häßlichsten Form bei Begin widerspiegelt. Diese Bedingung könnte automatisch erfüllt werden, wenn die erste Bedingung erfüllt würde.
 3. Das Eingeständnis, daß – wie Yassir Arafat sagt – die Palästinafrage die Grundfrage eines Ausgleichs im Nahen Osten ist. (...)
- (Quelle: Journal of Palestine Studies, Beirut, Nr. 41/Herbst 1981, S. 241-243)



Interview mit Mohammed Milhem

Wir fühlen uns alle als PLO

Ende November/Anfang Dezember 1981 hielten sich die beiden deportierten palästinensischen Bürgermeister der Westbank, Mohammed Milhem (Halhoul) und Fahd Qawasmeh (Hebron) zu einer Rundreise in der Bundesrepublik auf, die von der Bonner Vertretung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und dem Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) gemeinsam organisiert wurde. Für das AIB sprach Klaus D. Fischer, Mitarbeiter des ASK-Büros, mit Bürgermeister Milhem.

AIB: Kürzlich installierte die Regierung Begin einen sog. Zivilverwalter in den okkupierten Gebieten, der Westbank und dem Gazastreifen. Sehen Sie darin irgendeine bedeutsame Veränderung der israelischen Besatzungspolitik? Oder liegt dies eher auf der Linie einer sog. palästinensischen Autonomie, wie sie das Camp-David-Abkommen zwischen Israel, Ägypten und den USA vom September 1978 festschrieb?

M. MILHEM: Ich meine, daß die Ernennung eines israelischen Zivilgouverneurs durch Begin nichts anderes als die pure Anwendung der Vereinbarungen von Camp David darstellt. Bei dem neuen Gouverneur handelt es sich bekanntlich um einen Mann, der zuvor als Offizier der Militärverwaltung diente und der für die Koordinierung der okkupierten Territorien zuständig war.

AIB: Hat es nach den Bombenanschlägen der Besatzer auf die palästinensischen Bürgermeister Shakah und Khalaf sowie nach der Deportation von Ihnen und Ihrem Kollegen Qawasmeh im Jahr 1980 eine Schwächung des Massenwiderstandes in den besetzten Gebieten gegeben? Ist die Rolle der radikalen Bürgermeister infolge der verstärkten Repressalien gegen sie nicht beeinträchtigt, die der sog. „Gemäßigten“ bzw. „Dritten Kraft“ gefestigt worden?

M. MILHEM: Die Widerstandskaktionen der palästinensischen Bevölkerung der besetzten Gebiete in den letzten Monaten haben wohl gezeigt, daß ihre eindeutige Ablehnung von Camp David sich nun in ihrem Widerstand gegen die neuen Maßnahmen der Besatzungsmacht fortsetzt. Gerade die jüngste Erhebung unseres Volkes, die am 2. November 1981 begann, zeigt das. Denn sie war mutiger und standhafter als alle anderen Erhebungen zuvor.

Was die Bürgermeister der Westbank angeht, so muß man berücksichtigen, daß nicht nur sie der politischen Verfolgung durch die Besatzer ausgesetzt sind. Sie trifft alle Volkskräfte. Dies und das Beharren auf den Rechten der Palästinenser aber macht gerade die gemeinsame Basis des Widerstandes aus. Daher suchte die Okkupationsmacht stets ihn und die Bürgermeister auseinanderzudividieren, daher suchte sie eine Gruppe von „gemäßigten“ Bürgermeistern zu schaffen. Auf diese Weise und durch die von Ihnen angesprochenen Repressalien aber bewirkte sie nur, daß es zu einem Mehr an Einigkeit unter den Bürgermeistern kam.

Was die „Dritte Kraft“ betrifft, so vermochte sie keinen Weg zu finden, um der überwältigenden Unterstützung der PLO durch die palästinensische Bevölkerung, um der großen Mehrheit etwas entgegenzusetzen. Und der Einfluß Jordaniens ist sehr gering, nur auf eine verschwindende Minderheit beschränkt.

AIB: Auf der letzten, der 15. Tagung des Palästinensischen Nationalrates vom April 1981 in Damaskus (Abschlußerklärung in AIB 7-8/1981, S. 10-11) hob die PLO u.a. die Wichtigkeit einer nationalen Front in den okkupierten Gebieten und der Unterstützung des dortigen Volkswiderstandes hervor. Waren Sie mit der Orientierung des palästinensischen Exilparlamentes zufrieden? Fühlen Sie sich als Teil der PLO?

M. MILHEM: Auf der hier angesprochenen 15. Palästinensischen Nationalratstagung wurde unserer Stimme Gehör geschenkt, wurden unsere Vorschläge aufgegriffen und der Frage der besetzten Gebiete Aufmerksamkeit entgegengebracht. Und für uns liegt ein ganz bedeutsames Resultat dieses Kongresses einfach darin, daß man den Aufgaben des Widerstandskampfes in den besetzten Ge-

bieten nähergerückt ist.

Gewiß, es blieben noch einige diesbezügliche Probleme ungeklärt, obgleich wir an Ansehen gewonnen haben. Eines dieser offenen Probleme ist das unserer Repräsentanz innerhalb der Organe der PLO.

Ich wurde einmal vor einem israelischen Gericht gefragt: 'Sind Sie ein Mitglied der PLO?' Und ich wandte gegen diese Frage ein, daß die PLO keine politische Partei sei und es keine Mitgliedschaft in ihr gebe. Als Palästinenser stünde ich aber unter dem Schirm der PLO. Verallgemeinert heißt dies, die Bevölkerung in den besetzten Gebieten steht unter dem Schirm der PLO und wird durch sie repräsentiert.

Wir haben bei den Gemeinderatswahlen 1976 in der besetzten Westbank eben diese Position vertreten und dafür die breite Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung erhalten. Wir fühlen uns alle als PLO.

AIB: Welche positiven und welche negativen Aspekte sehen Sie im 8-Punkte-Plan, den Saudi Arabien im August 1981 als Vorschlag für eine Verhandlungslösung des Nahostkonflikts ins Spiel brachte?

M. MILHEM: Um aufrichtig zu sein, ich als Palästinenser wünschte mir sehr, der 8-Punkte-Plan des Prinzen Fahd würde morgen in die Tat umgesetzt. Ich möchte keine Initiative mehr erleben, die wie jene Anwar al-Sadats (Jerusalemreise Ende 1977; d. Red.) endet. Das war nicht für die Palästinenser. Aber falls die Fahd-Initiative angewandt würde, durch den Druck der UNO, durch den Druck Europas, dann müßte ich als Palästinenser sagen: Das meiste an ihr ist positiv. Und ich bin nicht gegen die Anwendung des Planes, aber ich bin argwöhnisch.

Ich hege Argwohn gegen den Zeitpunkt der Initiative, und ob überhaupt Verhandlungen und Druckmaßnahmen folgen werden, gerade was die Westbank und den Gazastreifen angeht. Darin liegt eine Gefahr.

Der Fahd-Plan hat positive Elemente

Aber dennoch fände ich an der Initiative, falls sie morgen angewandt würde, viele positive Elemente – wie dies auch der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat befand. Zu den zwei oder drei Punkten, wo wir als Palästinenser Einwände haben, können wir unsere Vorbehalte einbringen. Wir können unsere Vorbehalte – wie die Saudis selbst anmerken – sagen und müssen nicht den Vorschlag als Ganzes ablehnen.

Das Platzen des Arabischen Gipfels von Fez (Ende November 1981; d. Red.) bringt uns nichts Positives für das Anliegen des palästinensischen Volkes. Auch wenn irgendjemandsonst der Welt den Vorschlag gemacht hätte, und selbst wenn es US-Präsident Reagan wäre – wo wir doch wissen, daß die USA imperialistisch und prozionistisch sind, und daß sie Israel zur Gründung verhalten (im Jahr 1948; d. Red.) –, dann könnten wir nicht daran vorbeigehen, daß er positive Dinge enthält.

AIB: Welche politische Lösung der Palästinafrage bzw. des Nahostkonflikts halten Sie und die anderen palästinensischen Bürgermeister der Westbank für anstrebbare und realistische?

M. MILHEM: Wir sprechen nicht von Lösungen, weil wir nicht den 4. Stock vor dem 1. Stock erklimmen wollen. Was die internationale Basis (dabei meine ich voran die Haltung der arabischen Nation, Europas, der UdSSR und der USA) betrifft, so scheiterten bislang ausnahmslos alle Verhandlungsvorschläge, in denen die Anerkennung der Rechte der Palästinenser und ein unabhängiger Palästinenserstaat gefordert wurden, am Nein der USA. Erst wenn diese Grundlage geschaffen wäre, könnte man vom Beginn einer Lösung sprechen.

de Seiten an, „kooperativ und zeitlich abgestimmt zu agieren“, um jeder Bedrohung der regionalen Sicherheit durch die Sowjetunion oder durch sowjetisch kontrollierte Kräfte militärisch begegnen zu können. Dies soll gemeinsame See- und Luftkriegsübungen im östlichen Mittelmeer einschließen.

Die urplötzliche Annexion der Golan-Höhen am 14. Dezember 1981 kam daher nicht nur einer Kriegserklärung an Syrien, sondern auch einem Sabotageakt gegen das bilaterale Kooperationsabkommen und gegen die Ausgleichsstrategie der USA im Nahen Osten gleich.

Die Reagan-Administration mußte gegenreagieren, wollte sie gegenüber den arabischen „Partnern“ auch nur den Anschein von Glaubwürdigkeit wahren: Sie verurteilte im UN-Sicherheitsrat die Annexion des Golan mit, suspendierte das strategische Kooperationsabkommen mit Israel und setzte den zugesagten Weiterverkauf israelischer Waffen in Höhe von 200 Mio Dollar aus. Israel soll durch diese Maßnahmen Washingtons zum Verzicht auf weitere eigenmächtige Annexions- oder Kriegsabenteuer gedrängt werden – unter Abbau der „Differenzen ... unter sehr guten Freunden“ (A. Haig).⁷

Israel – eine „Bananenrepublik“?

M. Begins Anklage, die USA bestrafen Israel wie eine „Bananenrepublik“⁸, geht am wahren Sachverhalt vorbei. Denn einmal handelt es sich bislang nicht um tiefgreifende Washingtoner Sanktionen, die angesichts der hochgradigen wirtschaftlich-militärischen Abhängigkeit Israels von den USA erst die Gewähr dafür böten, daß die von der UNO festgestellten israelischen Völkerrechtsverstöße wirksam geahndet werden könnten. Dagegen sperrt sich Washington zum Nutzen der Regierung Begin nach wie vor. Zum anderen drängt die Reagan-Administration das verbündete Israel zu Konzessionen nur dort, wo es elementare imperialistische Interessen in der Ölregion unnötig gefährdet.

Und gerade darin liegt das aktuelle Dilemma der US-Nahostpolitik. Gelingt es R. Reagan nicht, die Regierung Begin zur Rücknahme der Golan-Annexion, zum Verzicht auf weitere Einverleibungspläne (Westbank, Gaza, Südlibanon) und zu einer Wiederbelebung der sog. Autonomieverhandlungen mit Ägypten über die Westbank und den Gazastreifen zu zwingen (A. Haig blieb bei seiner Nahost-Tour im Januar d.J. hierin erfolglos), dann dürfte ihr Ausgleichskonzept für eine „amerikanische Lösung“ des Nahostkonflikts von vornherein zum Scheitern verurteilt sein. Dies gilt erst recht, wenn sich Washington im UN-Sicherheitsrat zum Veto gegen wirksame antiisraelische Sanktionen genötigt sähe.

M. Begins Golan-Coup zog noch eine andere, dem US-Vorherrschaftsstreben in der Region abträgliche Konsequenz nach sich. Das arabische Lager, das noch Ende November 1981 auf dem geplatzten 12. Gipfeltreffen der Arabischen Liga in Fes wegen der kontroversen Haltungen zum saudischen Fahd-Plan ein Bild der Zerrissenheit bot, läßt infolge der Golan-Annexion wieder Vereinheitlichungstendenzen erkennen.

Syrien und Libyen, die in Fes als Wortführer des radikalen Flügels gegen den 8-Punkte-Nahostvorschlag Saudi Arabiens agierten, brachten mit diesem zur Jahreswende 1981/82 eine Aussöhnung/zustande. Mit der libyschen Führung vereinbarte das saudische Königshaus die Wiederaufnahme der im Oktober 1980 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen. Syriens Präsident Assad sicherte man bei seinem Riad-Besuch im Dezember 1981 die volle Unterstützung bei der Rückerlangung des annektierten Golan zu. Und selbst in Ägypten gibt es erste Anzeichen (Parlamentsentscheid gegen den Golan-Coup, geringere Verzichtsbereitschaft in der Pa-

lästinafrage u.a.m.) dafür, daß man nach dem April 1982 eventuell wieder in die arabische Front gegen Israel zurückkehren könnte.

So ungenügend bzw. vage diese Ansätze zur Erneuerung der arabischen Solidarität seit dem 14. Dezember 1981 auch sein mögen, sie haben zumindest erst einmal die Aussicht auf eine gemeinsame politische Gegenwehr der Arabischen Standhaftigkeitsfront (Syrien, Libyen, Algerien, Südjemen und die PLO), Saudi Arabiens und Jordaniens gegen Israel erhöht.

Die vom PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat in Fes verfochtene Position (sie ist innerhalb der PLO allerdings umstritten), der Fahd-Plan sei eine diskussionswerte und ja auch erklärtermaßen abänderbare Alternativplattform für eine politische Verhandlungslösung gegenüber Camp David, könnte bei einer baldigen Wiederaufnahme des Arabischen Gipfels so gesehen Boden gutmachen. Der Golan-Coup und ein seit Anfang November 1981 anhaltender Aufschwung des Massenwiderstandes im palästinensischen Westjordan- und Gazagebiet könnte zusätzlich stimulierend für die Einigung zumindest auf zwei Essentials des Fahd-Plans wirken: die vollständige Räumung aller okkupierten arabischen Gebiete durch Israel und die Errichtung eines unabhängigen Palästinenserstaates.

Und was ist mit dem Einwand, die PLO sei nicht explizit genannt? Der Palästinenserstaat ist bei Prinz Fahd, der UNO und der Arabischen Liga ausschließlich als PLO-geführt angelegt. Außerdem wäre ein solcher Staat derzeit schon deshalb nur unter Führung der PLO vorstellbar, da sie ganz allein der überwältigenden Unterstützung durch die palästinensische Bevölkerung der Westbank, des Gazastreifens und Ostjerusalems (auch für den Fall UN-kontrollierter Wahlen) sicher sein könnte.

Was dann bleibt, ist die Ablehnung der impliziten Anerkennung auch des Existenzrechts Israels (Punkt 7). Doch wird die arabische Welt als Gegenleistung zu einem unabhängigen Palästinenserstaat überhaupt um eine solche Koexistenz Israel und Palästinenserstaat herkommen? Entspräche diese Einsicht nicht vielmehr dem realen Kräfteverhältnis, d.h. dem Vorhandensein eines militärisch mindestens ebenbürtigen und bodenständigen Israel? Hier ist allenfalls der taktische Vorbehalt der PLO-Führung (Abu Ijad) einsichtig, daß man mit einer impliziten Vorausanerkennung eine der Trumpfkarten aus der Hand gäbe.⁹

Mag sein, aber man könnte umgekehrt das unnachgiebige Israel in noch größeren Zugzwang bringen. Je früher man sich innerhalb der PLO, der Standhaftigkeitsfront und des arabischen Lagers auf einen gemeinsamen, realistischen Vorschlag für eine umfassende politische Verhandlungslösung im Nahostkonflikt zu verständigen vermag, desto besser. Denn umso größer wäre die Chance, Israel bzw. seiner Schutzmacht USA echte Zugeständnisse hinsichtlich Golan und den Palästinenserrechten abzutrotzen. Solange jedoch der Camp-David-Prozeß nicht zu Fall gebracht und nicht einmal eine arabische Alternativplattform machbar ist, dürfte eine Lösung des Nahostkonflikts kaum in Sicht sein.

Anmerkungen:

- 1) Siehe ausführlich in: AIB 10/1980, S. 4ff.
- 2) Zit. nach: International Herald Tribune (IHT), Zürich, 8.1.1982
- 3) Vgl. ebenda, 2./3.1.1982; Al Ahrām, Kairo, 27.12.1981; Süddeutsche Zeitung, 2./3.1.1982 und Frankfurter Rundschau, 8.1.1982
- 4) Daten nach: U.S. News and World Report (USNWR), Washington, 11.1.1982 und 9.11.1981; Time, New York, 9.11.1981
- 5) Ebenda
- 6) IHT, 10.11.1981 und Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.11.1981
- 7) Zit. nach: Time, 14.12.1981 und IHT, 1.1.1982
- 8) USNWR, 11.1.1982
- 9) Vgl. zur Diskussion zum Fahd-Plan innerhalb der PLO besonders die Beiträge von S. Kassir und Abu Ijad in: Le Monde Diplomatique, Paris, Dezember 1981, S.6 und The Middle East, London, Januar 1982, S. 27/28

Eduardo Galeano **Wie zu Zeiten der Inquisition**

„Die offenen Adern Lateinamerikas“, eine Geschichtsschreibung der Unterdrückung der Völker Lateinamerikas, machten den uruguayischen Schriftsteller Eduardo Galeano weltberühmt. Sein hier dokumentierter Report über die Zustände in Guatemala (siehe auch Bericht von R. Peltzer und Guatemala-Daten in AIB 4/1981, S. 8-11) stützt sich vornehmlich auf Aussagen von nach Mexiko geflohenen Guatemalteken. Es sind Bauern, die angesichts einer ungeheuerlichen Repression der Lucas-Diktatur die Hochebene von Huehuetenango verlassen mußten. Ihre Zeugenaussagen hat E. Galeano aus verschiedenen Tonbandaufnahmen, die kürzlich von anonymen Interviewern in Chiapas aufgenommen wurden, ausgewählt.

Von je 100 in Guatemala geborenen Kindern haben nur 35 das Privileg ihren 15. Geburtstag zu erleben. Hunger und Krankheiten stellen sich dem Überleben der anderen 65 in den Weg. Aber nicht nur die Armut alleine fungiert als Henker.

Laut amnesty international geschah in Guatemala in den letzten 15 Jahren alle fünf Stunden ein politischer Mord. Der Staatsterrorismus pflegt mit Maske zu operieren. Der Präsident wäscht sich die Hände in Unschuld; die Mörder haben weder Gesicht noch Namen und auch nicht die Mehrzahl der Opfer. Wenn sie die Opfer nicht in eine Vulkanöffnung oder auf den Meeresgrund werfen, dann stellen sie sie von der Folter unkenntlich gemacht mit verbrannten Gesichtern und abgeschnittenen Fingern zur Schau.

Zwei von dreien tauchen am Wegesrand auf, den Kopf eingerammt auf einem Spieß. Das Verbrechen wird somit zu einem öffentlichen Schauspiel wie zu Zeiten der Inquisition: Strafe – Abschreckung – Warnung. In Guatemala gibt es fast keine politischen Gefangenen. Lebend vor die Richter zu gelangen ist ein Privileg oder Zufall.

Elias Barahona, Sprecher des Innenministeriums, floh im September vergangenen Jahres (1980; d. Red.) aus dem Land und enthüllte in Panama zahlreiche Einzelheiten über Funktionsmechanismen dieses Schlachthofes. Er offenbarte, daß Präsident Lucas Garcia persönlich die Todesschwadronen kommandiert und daß der Direktor der nationalen Polizei, Oberst Germán Chupina, die Liste mit den zu ermordenden Gewerkschaftern und Politikern aufbewahrt. Die Zentrale für Hinrichtungen arbeitete – zumindest bis letztes Jahr – im vierten Stock eines an den Nationalpalast angegliederten Gebäudes.

Der Fluch des Indios

Barahona gab auch die Adressen von verschiedenen Folterkammern bekannt, die speziell eingerichtet worden waren, um mit den Verschwundenen „zu reden“. Außerdem berichtete er ausführlich über die in ländlichen Gebieten häufigen Massaker.

Mehrheitlich sind die Opfer des Staatsterrorismus arme Campesinos (Landarbeiter und Kleinbauern), und diese wiederum sind zum Großteil Indios.

Viereinhalb Jahrhunderte nach Pedro de Alvarado ist in diesem Land mit hauptsächlich eingeborener Bevölkerung das Wort „Indio“ eine Beleidigung. Immer noch leiden die In-

dios unter dem Fluch des Reichtums jener Erde, die sie bewohnen. Es war der Nickel, der die vor drei Jahren auf der Plaza de Panzós erschossenen Kekchi-Indios zum Tode verurteilt hatte. Und das Erdöl war es, das für das Massaker der Quiché-Indios zu Beginn letzten Jahres in der spanischen Botschaft (vgl. AIB 4/1980) verantwortlich war.

Die Campesinos, die im folgenden zu Worte kommen, hauptsächlich Indios, stammen aus einem explosiven Gebiet, in dem die Guerilla großen Einfluß hat. Guatemala ist ein Land im Krieg, und in diesem Krieg, dem Krieg eines aufständischen Volkes, sind die Indios in den letzten Jahren zu Hauptdarstellern geworden. Diese Zeugen kommen aus einem Gebiet, das die großen Plantagen an der Küste mit billigen Arbeitskräften versorgt.

Jetzt kommen die Herren der Macht dahinter, daß diese Arbeitskräfte auch Menschen sind, und daß diese Menschen über Jahrhunderte hinweg ihre alte Erinnerung an die Würde – zwar angeschlagen, aber lebendig – zu bewahren wußten. Genauso wußten sie ihre Traditionen des gemeinschaftlichen Lebens und jene Identität mit der Natur zu bewahren, die sie einen Baum um Verzeihung bitten läßt, bevor sie ihn mit der Axt fällen.

... und schließlich wurde er gekreuzigt

„Alle schlafen oder kommen aus ihren Verstecken unter den Bäumen, wo sie sich schlafen legen wollten. So erzählt es die Compañera (Kameradin, Genossin). Und jetzt wird eine andere Compañera in unserer Sprache sprechen, und ich werde übersetzen.

Sie sagt: Die Compañeros (Kameraden, Genossen) von dort flohen, und zwischen den kleinen Dörfern, wo das Militär ist, folterten sie einen Compañero. Er war aus unserem Dorf. Sie folterten ihn vor den Leuten des Dorfes und schließlich wurde er gekreuzigt. Sie nagelten ihn fest, als ob er unser Herr Jesus wäre. Er starb.

In dem Gebiet von Coya töteten sie viele Menschen mit Militärlastwagen und Hubschraubern und alle Leute gingen in die Berge, auch Frauen und alle andern. Nach 10 Tagen kamen sie und holten zwei andere Campesinos. Sie überschütteten sie mit Benzin und verbrannten sie bei lebendigem Leib. Und in einem anderen kleinen Dorf ergriffen sie ungefähr 30 junge Männer, fesselten sie und steckten sie in Hubschrauber. Sie nahmen sie mit – wer weiß wohin.

Sie oder irgendwelche Leute sagten oder dachten: Das sind schon Guerilleros. Aber diese Menschen kannten das, was Guerilla genannt wird, so gut wie gar nicht. Und dennoch bekamen sie die Schuld zugeschoben von den Militärs, die nichts anderes als das Erschießen von Campesinos befehlen. Einen ermordeten sie mit seinen Kindern, sie ermordeten ungefähr 16 Personen, eine ganze Familie. Sie töteten alle 16, die in diesem Haus lebten und danach blieb dort noch ein Mädchen von ungefähr 10 Jahren zurück.

Weil wir arm sind, behandeln sie uns wie Tiere. Sie töten uns, sie hängen uns an Bäumen auf, sie verbrennen uns lebendig oder sie versetzen uns Messerstiche. Wir haben nichts, sind Analphabeten und aus diesem Grund mißhandeln sie uns. Hoffentlich betet ihr für uns, Brüder. Betet für

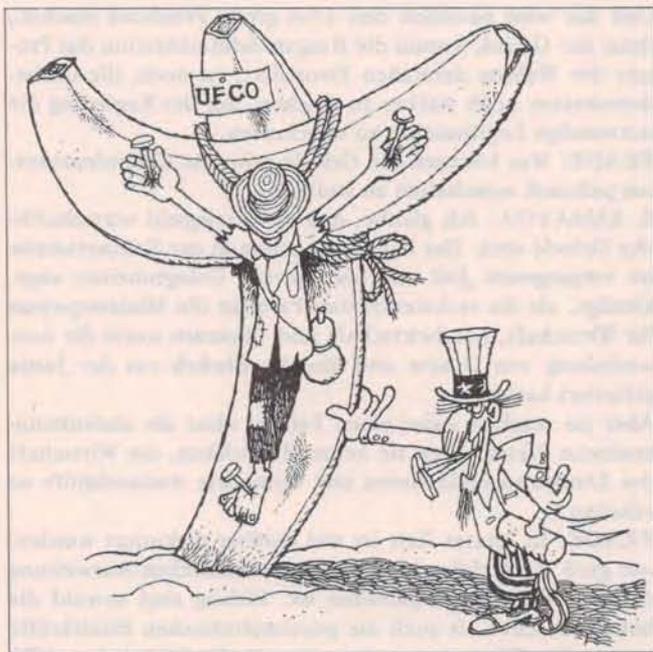
uns mißhandelte.

Wie zum Fleischverkauf legten sie die Körper aus

Brüder, ich bitte euch, daß ihr für unser Volk betet. Hoffentlich helft ihr uns, dieses Abschlachten unserer Leute durch die Regierung zu beenden. Wir leiden sehr unter den vielen Morden, unter Hunger, fehlender Kleidung. Die Menschen sind traurig. Wir sind hier an diesem Ort in Mexiko, ob es sich für uns als gut oder schlecht herausstellen wird, ist unklar.

So ist das Leben. Das Leben ist hart. Manche Tage finden wir Arbeit, tagelang bleiben wir ohne. Wir sind hier, ohne zu wissen, was im Moment geschieht und ich habe eine Familie. Ich habe Geschwister und weiß nicht, wie es ihnen geht, ob sie getötet wurden. Nur Gott steht über uns.

Die Militärs in Guatemala respektieren nichts mehr: Sie verschleppen ahnungslos Schlafende und ermorden sie, wie es heißt, vor den Augen ihrer Familien. Außerdem werden zehn- oder zwölfjährige Mädchen vergewaltigt und ermordet zurückgelassen. Es gibt Leute, die gegen die Militärs sind, und diese werden mit Buschmessern in Stücke gehackt, wie man ein Tier tötet, wie sie es in Cobán gemacht haben. Und auch in dem Dorf Jacatenango haben sie zwei junge Männer,



die einen Tisch verkaufen wollten, in Stücke gehackt. Sie stellten den Tisch auf und legten die Körper wie zum Fleischverkauf aus.

Deshalb hatten sie sich erhoben

Wir haben wenig Land und keine Möglichkeit, das ganze Jahr über zu arbeiten und deshalb haben sich die Menschen organisiert. Der Grund für den Aufstand der Menschen in den Bergen war der, daß sie kein Land zum arbeiten hatten. Nur die Reichen besitzen das ganze Land an der Küste und deshalb organisierten sich die Leute. Tausende von Menschen zogen zur Küste, verdienten 100 bis 200 Tageslöhne, wobei diese sehr gering sind. Einige erkrankten, andere starben an der Küste. Außerdem sterben in den Baumwollplantagen viele durch das Einatmen von Pflanzenschutzmitteln, mit denen die Baumwolle besprüht wird. Deshalb erhoben sich die Menschen in den Bergen. Die armen Leute.

Ich habe gesehen, wie meine Leute mißhandelt wurden. Warum? Als sich Organisationen gebildet haben, wurden die Leute ermordet. In Guatemala gibt es immer Massaker, Bedrohung, Vergewaltigungen. Für mich ist es viel, so viel; die Geschehnisse in Guatemala gehen einem unter die Haut. Warum? Wegen der Soldaten, wegen der Angestellten der

Regierung. Man hört im Radio: 'Ein Campesino von Unbekanntem ermordet!' Es sind die gleichen Soldaten. Sie ziehen sich Zivilkleidung an und tun, als wären sie welche von uns. Aber eines Tages wird unsere Revolution in Guatemala siegen.

Wir verließen unser Land und flohen aus Angst vor den Militärs. In unser Dorf kamen Soldaten, um ein kleines Dorf zu massakrieren und von dort aus nahmen sie uns unter Maschinengewehrfeuer. Sie kamen mit einem Hubschrauber voller Bomben und einem Flugzeug voller Kugeln, um das Dorf und die Menschen zu bombardieren. Sie zerstörten fast alle Häuser, die Maisstauden und sie haben auch von der Saat fast nichts übrig gelassen. Die Menschen flohen vor Angst. Die Frauen hatten Kinder. Einige trugen sie mit weg, andere umarmten sie in ihrer Angst und verließen die Berge. Jetzt verlassen alle Menschen dieses Gebiet. Viele Tote bleiben zurück und deshalb fliehen wir aus Angst.

Niedriger Lohn, trauriges Gehalt

Wenn wir nicht weggegangen wären, hätten uns die Militärs getötet. Deshalb flohen wir mit meinem Papa und einem Bruder und einer Schwester und der ganzen Familie und hinterließen das Haus. Alle Sachen blieben als Geschenk zurück und wir überlegen, wie man unseren Compañeros weiterhin helfen könnte, die so viel für uns tun.

Jeden Tag gibt es Gemetzel, jeden Tag gibt es Tote in jedem Gebiet von ganz Guatemala. Warum? Die Militärs ergreifen Menschen, Campesinos, die sie überrascht aufgreifen, deshalb möchten wir den Compañeros helfen. Organisiert sollten die Campesinos sein und sie werden die Campesinos schon noch kennenlernen. Denn dort zahlen sie uns sehr niedrige Löhne, sie mißhandeln uns schwer. Nur sie alleine hatten Geld und deshalb erhoben sich die Campesinos und Compañeros gegen sie... Wir leiden ständig. Wieviel mal schon sind wir zur Küste gegangen und sie haben uns ein trauriges Gehalt gezahlt.

Wir haben alles zurückgelassen: Bohnen, Mais, Weizen, Kartoffeln. Wir sind immer noch traurig, weil wir nichts mitnehmen konnten, nicht einmal die Wäsche. Jene glauben, daß nur mein Sohn zu den Aufständischen gegangen ist, aber schon fast das ganze Dorf ist dabei. Jetzt haben sich die Campesinos zusammengeschlossen.

Auch ich würde mich gerne erheben

Das betreibt Lucas mit seinen Militärs, seinen Soldaten. Ja, Lucas ist ein Mörder. Weil Reagan ihn unterstützt. Es sind Waffen, es sind Bomben aus den Vereinigten Staaten gefunden worden. Warum? Weil es ein reiches Land ist, deshalb werden sie an Lucas geschickt.

Deshalb sind die Soldaten von den Reichen gekauft und erhalten ihre Befehle, die sie jetzt ausführen. Deshalb haben wir Aufständische: Familien in den Bergen und wollen selber aufständisch werden. Mir würde es gefallen, mich zu erheben, und diese Feiglinge, nicht die Soldaten zu bekämpfen. Die Mexikaner holten drei aus Comitán kommende junge Männer aus dem Bus und fragten, was sie bei sich trügen. Sie ergriffen sie und drohten, falls sie nicht zahlen würden, sie der Armee von Guatemala auszuliefern. Vielleicht machen sie gemeinsame Sache, die Armeen. Und die jungen Männer hatten weder Geld noch sonst irgendetwas, das sie hätten geben können. Und so verprügelten sie sie ganz schön schlimm und schickten sie nach Guatemala.

Das taten die Mexikaner. Dieses ist schon verschiedenen Personen passiert, früher forderten sie nicht mehr als 100 Pesos, aber heutzutage 500-1000 Pesos, nur viele haben nichts zum bezahlen. Sie schnappen sie hier und schicken sie rüber und drüben sagen die Soldaten, er sei bestimmt ein Guerillero auf der Flucht und so werden sie ihn deshalb nicht am Leben lassen. Und die Frauen bieten sie Soldaten an oder andern Männern, die eine Frau haben wollten."

(Quelle: El Pais, Madrid, 22.11.1981)

Salvador Samayoa Die Märzahlen – letzte Karte für die Junta



Alltägliche Repression, keine Basis für reguläre Wahlen

Die Sicht der Linksoption zu den Märzahlen und zum aktuellen Kräfteverhältnis in El Salvador schildert Salvador Samayoa, Mitglied der politisch-diplomatischen Kommission der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN).

FRAGE: Compañero Salvador Samayoa, Sie sind Mitglied der politisch-diplomatischen Kommission der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí. Wie beurteilen Sie die für den kommenden März angesetzten Wahlen in El Salvador?

S. SAMAYOA: Es ist doch ziemlich deutlich, daß die christdemokratische Militärregierung, wenn man von den USA abieht, weltweit isoliert ist. Niemand glaubt, daß diese Regierung irgendeine politische Legitimation besitzt. Ich glaube, daß die Wahlen die letzte Karte sind, die die Regierung ausspielen kann, um eine Art Legitimierung zu erhalten.

Die FMLN/FDR hat sich gegen die Wahlen ausgesprochen und die einzigen, die sich daran beteiligen wollen, sind die Parteien der Rechten. Meiner Meinung nach verfolgen die rechtsextremistischen Parteien ein besonderes Kalkül: Sie haben deutlich ausgedrückt, daß sie einen Wahlbetrug seitens der Christdemokraten verhindern wollen, denn sie wissen, ohne dieses „Hilfsmittel“ bekommt die PDC nicht mehr als 15%. Der Führer der Partei der Volksorientierung, Me-

drano, der auch die rechtsextremistische Todesschwadron ORDEN gründete, spekuliert aber sicherlich damit, daß die Wahlfälschung zugunsten seiner Partei erfolgt. D.h. ich meine, daß es das Ziel der Wahl ist, die Christdemokraten völlig rauszudrängen.

Und das wird natürlich den USA große Probleme machen, denn der Grund, warum die Reagan-Administration das Projekt der Wahlen dermaßen favorisiert, ist doch, die Christdemokraten noch stärker zu machen, um der Regierung die notwendige Legitimation zu verschaffen.

FRAGE: Was könnten die Gründe sein, die Christdemokraten politisch ausschalten zu wollen?

S. SAMAYOA: Ich glaube, daß es vorwiegend wirtschaftliche Gründe sind. Das hat sich ja schon in der Kabinettskrise im vergangenen Juli und bei anderen Gelegenheiten angekündigt, als die rechtsextremen Parteien die Ministerposten für Wirtschaft, Landwirtschaft und Finanzen sowie die Auswechslung von Duarte und Morales Ehrlich aus der Junta gefordert hatten.

Aber sie machen dabei einen Fehler: ohne die christdemokratische Partei haben sie keine Möglichkeit, die Wirtschaft des Landes zu reaktivieren und vermehrte Auslandshilfe zu erhalten.

FRAGE: In letzter Zeit ist viel darüber diskutiert worden, wie groß die Gefahr einer mittelamerikanischen Ausweitung des Konflikts in El Salvador ist. Bislang sind sowohl die honduranischen als auch die guatemalteckischen Streitkräfte in den Konflikt verwickelt und auch die USA haben Militärs, z.B. die „Grün-Nacken“ („Green Berets“, eine Spezialeinheit für die Antiguerilla-Kriegsführung; d. Red.), in El Salvador im Einsatz. Wie schätzen Sie die Gefahr ein?

S. SAMAYOA: Ich glaube, daß die Bedrohung durch eine massive Intervention seitens der USA in El Salvador eine reale, in diesem Moment aber begrenzte Gefahr ist. Bislang haben wir vor allem die Beteiligung der Streitkräfte Honduras' in unserem Krieg, aber auch die ist begrenzt.

Die Regierungen von Guatemala, Honduras und El Salvador können zwar eine formale militärische Allianz gründen, sie werden es aber mit einem massiven Einsatz nicht leicht haben. Nicht, weil sie etwa irgendwelche Skrupel dabei hätten, nein, das Problem ist, daß die Fortschritte der Befreiungsbewegungen in El Salvador und Guatemala dies nur so schwer möglich machen. Die guatemalteckischen Streitkräfte können nicht massiv in El Salvador einmarschieren, weil sie mit den eigenen Aufständischen genug zu tun haben.

Auch die salvadorianischen Streitkräfte können keine große Hilfe anbieten, weil sie an ihr Gebiet gebunden sind. Auch in Honduras sieht es nicht viel anders aus, wenn auch die Guerilla dort noch lange nicht soweit vorangeschritten ist, wie in den Nachbarländern. Man muß folgendes bedenken: Im Vergleich zu seinen Nachbarn ist Honduras ein sehr

Das „My Lai“ El Salvadors

Zwischen dem 10. und 15. Dezember 1981 veranstalteten Junta-Truppen im Rahmen ihrer Großoffensive gegen die weitgehend von der Guerilla kontrollierte Provinz Morazan eines der größten Massaker an der salvadorianischen Zivilbevölkerung. Soviel ist bis Mitte Januar 1982 davon bekannt:

In acht Dörfern ließen sie 900-1.000 Ermordete, fast nur Kinder, Frauen und Greise, zurück. Sie waren in der Regel summarisch erschossen, erschlagen oder bei lebendigem Leibe verbrannt worden.

Als „My Lai“ (von US-Truppen im Vietnamkrieg ausgelöschtes Dorf) El Salvadors dürfte die Gemeinde El Mozote in die Geschichte der Kriegsverbrechen eingehen. Hier wurden alleine 472 Menschen abgeschlachtet. Ein gefangener Soldat sagte in Radio Venceremos aus: „Ich habe die Leichen der Kinder gesehen, Berge von Leichen...“

Berge von Kinderleichen

Ein überlebender Augenzeuge des Massakers von La Joya de Meanguera, Doroteo, berichtet:

„Am Donnerstag, den 10. (Dezember 1981; d. Red.) sind sie ungefähr um halb drei am Nachmittag gekommen. Sie haben sofort begonnen mit Maschinengewehren zu schießen, suchten überall nach Leuten... Ich konnte mit meinen vier Töchtern und meinem Bruder fliehen. Wir haben uns in der Nähe versteckt, damit sie uns nicht erschießen. Dann gingen wir nach El Rincon, dort blieben wir 8 Tage, aber da kamen die Soldaten dann auch hin. Wir waren etwa 65 Leute, darunter viele Kinder...“

In das Gebiet um La Joya sind sie am 11. gekommen, so um 7 Uhr morgens, und haben sofort begonnen, die Leute zu töten. Zuerst erschossen sie Lorenzo Vigil, seine Töchter und ein 6 Monate altes Baby. Danach sind sie zum Haus von Atilio Ramirez gegangen, haben da alle Frauen vergewaltigt, auch die Mädchen von 12 und 13 Jahren, dann haben sie alle getötet. 193 Leute haben sie hier insgesamt ermordet, davon 133 Kinder...“

Die Häuser haben sie geplündert, haben sie niedergebrannt, die Kühe, Pferde, Schweine, alles haben sie getötet... Die Kinder haben sie auch verbrannt, überall war Asche nur von Kindern... Und die Kinder, die haben geschrien in La Joya, die haben nach ihrer Mutter gerufen und die Soldaten haben sie erschlagen, erschossen und niedergestochen... Andere haben sie lebendig verbrannt. Und ein Soldat ist fast verrückt geworden. Der wollte ein Kind töten, aber das ist nicht gestorben. Zuerst hat er das Kind niederge-

stochen, dann hat er es mit Benzin begossen und angezündet, aber das Kind ist nicht gestorben... Dann hat der Soldat geschossen, da war das Kind tot...“

Meine Mutter haben sie auch ermordet, sie haben sie vergewaltigt, und dann hat sie eine Kugel in den Kopf gekriegt. Sie haben auch meine Schwester getötet und ihre drei kleinen Kinder. Sie war schwanger.

Viele Leute sind im Dorf geblieben, weil sie dachten, die Soldaten würden nichts gegen unschuldige Leute machen...“ (IDES, Nr. 66/8.1.1982)

Viele der aufgefundenen Leichen sind nicht mehr zu identifizieren, da von diesen Opfern nur Asche und Knochen blieben. Aus Paz Honda, einem neunten ausgelöschten Ort, fehlen noch die Angaben. Weitere Funde sind nicht auszuschließen. Nach dem Stand vom 6. Januar 1982 verteilten sich die in den acht heimgesuchten Dörfern gezählten Toten folgendermaßen: El Mozote 472 Tote, La Joya 193, Cerro Pando 180, Los Toriles 65, La Capilla 20, Lajitas 16, Canton Soledad 8 und Arambala 5.

Die Massaker dieser „Säuberungs“aktion trafen im übrigen Orte, die bislang als von der Guerilla nichtkontrolliertes Gebiet galten. Die Mordkommandos fielen demnach über Menschen her, die sich bislang noch als „Unbeteiligte“ am salvadorianischen Kriegsgeschehen gefühlt hatten...

Der von Verteidigungsminister Oberst Garcia angeordnete Feldzug war unter dem Deckmantel angelaufen, Radio Venceremos, den Sender der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN), zum Schweigen zu bringen. 4.000 Mann und die gesamte Luftwaffe hatte die Junta vom 6.-16. Dezember 1981 in der nordöstlichen Landesregion um Morazan für ihre sog. „Operation Hammer und Amboß“ zusammengezogen. Das Oberkommando führte Generalstabschef Oberst Flores Lima persönlich. Unter der Leitung des Obersten Cisneros und des Majors Caceres hatten Spezialeinheiten der Nationalgarde, die in das Armeekontingent integriert worden waren, die Mordkommandos in El Mozote, La Joya usw. durchgeführt.

Mitte Dezember hatte Verteidigungsminister Garcia großspurig die „völlige Zerstörung der terroristischen Gruppen in Morazan“, also der FMLN-Verbände, verkündet. Das Gegenteil ist richtig. Bis Anfang Januar 1982 gelang es der FMLN, sämtliche in Morazan verbliebenen Außenposten der Armee (La Guacamaya, El Mozote, die Garnison Arambala) aufzureiben; die Guerillapositionen wurden rekonstruiert. Und Radio Venceremos sendet längst wieder regelmäßig, darunter Berichte von Überlebenden des „My Lai“ El Salvadors.



Salvadorianische Juntasoldaten bei der „Pflichterfüllung“

Die zwei Antworten Washingtons

Im Dezember 1981 blieben die salvadorianischen Juntatruppen einmal mehr bei Gegenoffensiven in Morazan, Chalatenango und anderen von der Guerilla weitgehend kontrollierten Gebieten erfolglos. Dies trotz neuer Massaker der Nationalgarde an Dorfbewohnern in Morazan, die über 1.000 Opfer forderten (siehe Kasten). Die Regierung Reagan aber hält offensichtlich an ihrem Konzept einer militärischen Lösung im El-Salvador-Konflikt fest.

Wie Fred C. Ikle, US-Unterstaatssekretär für Verteidigung am 15.12.1981 in einem Bericht an einen Senatsausschuß bekannt machte, plant Washington für 1982 die Ausbildung von 500-600 Offiziersanwärtern und eines Bataillons von 1.000 Soldaten der salvadorianischen Streitkräfte in den USA. Außerdem habe man bereits das Projekt einer US-Militäraktion in Mittelamerika für den Fall ausgearbeitet, daß Präsident Reagan eine Militärintervention anordne.

Der Agentur API zufolge würden dabei nach den Vorstellungen der Kommandeure der US-Armee über 50.000 Soldaten unmittelbar vor einem direkten Angriff nach El Salvador entsandt werden. Die salvadorianische Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) warnte davor, daß ein solcher Typ von Intervention leicht zu einer allgemeinen Kriegeskalation in der Region führen würde, zumal die USA für eine solche großangelegte Invasionsoperation sicherlich die Unterstützung des guatemalteckischen Regimes und des konservativsten Sektors der honduranischen Armee bemühen dürfte. (Vgl. Latin America Weekly Report (LAWR), London, 1.1.1982 und Granma. Weekly Review, Havanna, 27.12.1981)

Dies ist jedoch nur eine Antwort der Reagan-Administration auf das Angebot der FMLN/Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR) für eine politische Verhandlungslösung vom Oktober 1981 (Wortlaut in AIB 1/82, S.6). Die zweite Antwort ist ihre Rückendeckung für die zum 21. März. d.J. angesetzten Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung, mit denen man der militärisch-christdemokratischen Junta El Salvadors eine demokratische Tünche verabreichen will. Da die Volkskräfte von der Wahlprozedur ausgesperrt sind, werden die Christdemokratische Partei des Juntapäsidenten Napoleon Duarte und diverse ultrarechte Parteien die Sache unter sich austragen – und sei es „im Kugelhagel“, wie Verteidigungsminister Garcia erklärte.

Die Unmöglichkeit, im Lande repräsentative und faire Wahlen abzuhalten, solange Krieg herrscht, hat Ende Dezember 1981 Felipe Gonzalez, Beauftragter der Sozialistischen Internationale, bekräftigt: Den bevorstehenden Wahlen fehle es an den erforderlichen demokratischen Garantien, resümierte er (vgl. LAWR, 1.1.1982).

Mitte Dezember 1981 hatte die 36. UN-Vollversammlung eine Resolution zum El-Salvador-Konflikt verabschiedet (mit 68:22 Stimmen, bei 53 Enthaltungen), in der alle beteiligten Parteien zum Verhandlungsweg für eine politische Lösung aufgefordert worden waren. Erst in einer von Einschüchterung und Terror freien Atmosphäre könne in El Salvador eine demokratisch gewählte Regierung eingesetzt werden. In der Resolution werden ferner alle Staaten aufgefordert, jede Intervention und jede Militärhilfe an die Junta zu unterlassen. Und diese wird ermahnt, die Menschenrechte zu respektieren.

schwaches Land.

Wenn die Befreiungsbewegungen in Guatemala und El Salvador die Macht erkämpft haben, was ganz bestimmt geschehen wird, kann Honduras ganz erhebliche Schwierigkeiten bekommen.

FRAGE: Wird sich, nachdem in Honduras jetzt ein Zivilist die Präsidentschaft antreten wird, etwas ändern hinsichtlich der honduranischen Rolle bezüglich El Salvador?

S. SAMAYOA: Meiner Meinung nach wird die Wahl der neuen zivilen Regierung in Honduras bezüglich seiner Rolle in Mittelamerika nichts wesentliches ändern. Auch die neue Regierung wird fortfahren, den völkermordenden Heeren Guatemalas und El Salvadors ihre Kooperation anzubieten, aber die Kooperation wird aus den erwähnten Gründen beschränkt bleiben.

FRAGE: Vor kurzem hat der salvadorianische Oberst Majano in Mexiko politisches Asyl erhalten. Welche Bedeutung hat Ihrer Meinung nach Majano für die FMLN/FDR?

S. SAMAYOA: Weder Majano selbst noch die FMLN/FDR

glauben, daß Majano sich der Befreiungsfront Farabundo Marti anschließen wird.

Majano macht seine eigene Politik. Doch er ist der Mehrheit des Offizierskorps und auch der Bevölkerung als aufrichtiger Mann bekannt. Seine Aufgabe kann in einer Art Vermittlerrolle zwischen den Befreiungskräften und einem Teil der Streitkräfte bestehen. Eine Aufgabe, die von uns, der FMLN/FDR, gern gesehen wird.

FRAGE: Wie beurteilen Sie die Fortschritte der Befreiungsbewegung seit der Januaroffensive (von 1981; d. Red.)?

S. SAMAYOA: Meiner parteiischen Auffassung nach haben wir auf allen Gebieten ganz beachtliche Erfolge erzielt, sowohl diplomatisch wie politisch als auch militärisch. Wir haben wichtige Gebiete erobert und in fast der gesamten Nordzone Stützpunkte aufbauen können. Stützpunkte, die unentbehrlich sind für die politische und militärische Ausbildung der Truppen und den Aufbau von Waffenfabriken. In den kontrollierten Gebieten bauen wir schon die neue Gesellschaft auf und entwickeln das, was wir Volksmacht nennen. Das Regierungsheer kann sich nur noch sehr schwer bewegen, dank unserer zahlreichen Sabotageaktionen der letzten Monate, bei denen wir Wege, Brücken, Energie- und Kommunikationssysteme lahmgelegt haben. Die Streitkräfte haben immer weniger Kontrolle über das Gebiet und ziehen sich immer häufiger in ihre Lager in den großen Städten zurück. Ein Beweis für diese Entwicklung ist, daß das Heer immer weniger Infanterie und immer mehr Artillerie bei den Kämpfen einsetzt.

Seitdem wir die Brücke „Puente de Oro“ in die Luft gesprengt haben, müssen die Streitkräfte den größten Teil ihrer Kontingente auf dem Luftweg in den Osten des Landes transportieren. Eine eindeutige Kontrolle hat das Heer nur noch über San Salvador, über die Provinzhauptstadt Santa Ana und über die Departements Ahuachapán und Sonsonate.

Wenn wir über „Kontrolle“ reden, muß man sagen, was man darunter versteht. Geht man von einer „operativen Kontrolle“ aus, kann man sagen, daß die Befreiungsbewegung den größten Teil des Landes kontrolliert. Versteht man unter Kontrolle den Umstand einer endgültigen Eroberung, so kontrolliert die Guerilla natürlich nur einen sehr kleinen Teil, aber dann „kontrolliert“ auch das Heer fast nichts.

Ich glaube nicht, daß man diese Probleme mit quantitativen Maßstäben beurteilen kann, denn es gibt wichtige und weniger wichtige Zonen. Man muß die Frage der territorialen Kontrolle dynamisch und nicht statisch betrachten. Wichtig ist nicht, wieviel Gebiet kontrolliert wird, sondern wohin die Tendenz geht. Und meiner Meinung nach geht die Tendenz dahin, daß die Stellung der Befreiungsfront Farabundo Marti von Mal zu Mal besser wird.

(Quelle: SALPRESS. Boletín Semanal, Mexiko-Stadt, Jahrgang 1, Nr. 7/6.-12.12.1981, S. 10-12)

A. Gomez

FARABUNDO MARTI

VOLKSAUFSTAND IN EL SALVADOR

1932



Heute befindet sich das Volk von El Salvador in einer entscheidenden Phase seines Kampfes gegen die Oligarchie, gegen deren Armee und gegen den Imperialismus. Wir wollen mit dieser biographischen Skizze nicht nur einen toten Genossen ehren, sondern vor allem dazu beitragen, die Wurzeln des gegenwärtigen Kampfes des salvadorianischen Volkes und seiner Avantgarde in der Vergangenheit aufzuzeigen.

Herausgeber: Informationsstelle El Salvador e.V.
52 Seiten/ 4,00 DM

Bezug durch: MAGAZIN VERLAG
KÖNIGSWEG 7
2300 KIEL 1

Lothar A. Heinrich

Die USA verlängern den Westsahara-Krieg

Das Jahr 1981 war, zumindestens bis zum Oktober, eines der militärisch ruhigsten im nun seit über sechs Jahren andauernden Westsahara-Krieg (siehe AIB 2/1981, S. 29-32; d. Red.). Durch außergewöhnlich starke Truppenkonzentrationen im südmarokkanischen Djebel Quarkziz 1980 und durch die schließliche Fertigstellung der von Ras-el-Khanfra über Smara und Bou Craa zum Atlantik reichenden doppelten Sandmauer, die das sog. „nützliche Dreieck“ (in ihm befinden sich die Phosphatlager von Bou Craa) vor den Angriffen der Sahraouischen Volksbefreiungsarmee (ALPS) schützen soll, schien es den Marokkanischen Streitkräften (FAR) gelungen zu sein, die militärische Situation zu stabilisieren.

Unter diesen Bedingungen, auf die sich – wie sich inzwischen herausgestellt hat – die sahraouische Befreiungsbewegung Frente POLISARIO zum Teil freiwillig eingelassen hatte, konnte König Hassan II. von Marokko auf der Konferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) Ende Juni 1981 ein Referendum in der Westsahara vorschlagen, ohne daß dieser Vorschlag als Ausdruck einer unmittelbar drohenden militärischen Niederlage zu erkennen gewesen wäre. Während er so in der Tat bis dahin als unverzichtbar erklärte politische Positionen räumte – namentlich die, daß die Bevölkerung der Westsahara in den vergangenen Jahren bereits mehrfach ihre übrigen ohnehin nicht zu bestreitende „Marokkanität“ bekräftigt habe –, gelang es ihm doch, seine diplomatische Isolation in Afrika (26 von 50 OAU-Staaten haben die Demokratische Arabische Republik Sahara anerkannt; d. Red.) und darüber hinaus teilweise zu durchbrechen und wieder einmal Zeit zu gewinnen.

Daß es ihm um einen abermaligen Zeitgewinn für neue Manöver ging, zeigte seine beharrliche Weigerung, seiner Zusage zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes auch nur den ersten konkreten Schritt folgen zu lassen. Dieser erste Schritt ist unzweifelhaft die Aushandlung eines offiziellen Waffenstillstandes zwischen den kriegführenden Parteien.

Hassans Referendumsvorschlag: eine Finte

Während die Frente POLISARIO sich stets dazu bereit erklärte, weigerte sich das marokkanische Regime, direkte Verhandlungen mit der Frente POLISARIO zu führen und fuhr in seinem Bemühen fort, das Problem der Entkolonisierung der Westsahara als ein zwischenstaatliches Problem zwischen Marokko und Algerien darzustellen.

Der Ablauf der Ereignisse der letzten Monate deutet darauf hin, daß man in Marokko begonnen hatte, der eigenen Kriegspropaganda zu glauben und auf eine Umkehrung des Kriegsglücks zu spekulieren. Diese Einschätzung war es, die die Frente POLISARIO Mitte Oktober 1981 dazu bewog, den bis dahin von ihr im Interesse einer friedlichen Lösung einseitig eingehaltenen, wenn auch inoffiziellen, teilweisen Waffenstillstand zu beenden.

Am 13.10.1981 griffen daher starke Einheiten der ALPS die 350 km südöstlich von El Aiyoun gelegene marokkanische Garnison Guelta Zemmour an. In einer zweiwöchigen



Garnison Guelta Zemmour, von der POLISARIO erobert

Schlacht, die sich schließlich bis zur erwähnten Schutzmauer bei Bou Craa ausweitete, riß die ALPS das rund 2.600 Mann starke 4. Regiment der FAR auf, schoß vier Kampfflugzeuge und vor allem bereits unmittelbar nach dem Beginn des Angriffs um 6 Uhr morgens eine Hercules-C-130-Maschine ab.

Die Hercules C-130 war nach marokkanischer Darstellung nur ein Truppentransportflugzeug, nach Darstellung der Frente POLISARIO jedoch die fliegende Kommandozentrale jenes in jahrelanger Arbeit mit amerikanischer Hilfe angelegten elektronischen Überwachungssystems für den ganzen nördlichen Teil der Westsahara. Die Zerstörung dieser Maschine, die in Guelta Zemmour stationiert war, war daher auch ein Hauptzweck dieser Operation. Die ALPS besetzte die Garnison zunächst vom 14.-18. Oktober 1981.

Die Bedeutung dieser Schlacht lag jedoch nicht nur in den gewaltigen Verlusten der FAR an Soldaten und Material. Die sofort einsetzende marokkanische Propaganda benutzte die Schlacht vielmehr für politische Zwecke, insbesondere für den Versuch, den seinem Wesen nach in erster Linie lokalen Konflikt zu internationalisieren. Die marokkanische Regierung behauptete, daß der auch von ihr nicht bestrittene militärische Erfolg der ALPS auf den erstmaligen Einsatz sowjetischer Boden-Luft-Raketen vom Typ SAM 6 und SAM 7 und rund eines Dutzends (je 40 t schwerer) ebenfalls sowjetischer T-54 Panzer zurückzuführen sei. Die Truppen der ALPS seien von Mauretanien hergekommen, wohin sie auch vor dem marokkanischen Gegenangriff wieder geflohen seien.

Sowohl die Sowjetunion als auch die Frente POLISARIO haben die Lieferung bzw. den Einsatz dieser Waffen demen-

tiert. Die Frente POLISARIO kann in der Tat geltend machen, daß einerseits das gebirgige Terrain des Zemmour den Einsatz relativ unbeweglicher schwerer Panzer für einen Überraschungsangriff praktisch verbietet und daß sie andererseits schon mehrere marokkanische Kampfflugzeuge ohne SAM-Raketen abgeschossen habe. Die Zerstörung der Hercules C-130 habe die Kampfflugzeuge im übrigen gezwungen, auf Sicht und also entsprechend tief zu fliegen. Auch der angebliche Rückzug der ALPS-Kolonnen in eine angebliche Basis namens Aydiat nördlich von Bir Moghrein wäre widersinnig, da sie in dieser weitgehend ebenen Vollwüste ungeschützt den verfolgenden marokkanischen Jagdflugzeugen ausgesetzt gewesen wäre.

Während noch die Schlacht in der Nähe von Bou Craa tobte, konnte der Verteidigungsminister der Demokratischen Arabischen Republik Sahara mitten im Zemmour ausländische Korrespondenten empfangen und ihnen einen großen Teil der 230 gefangengenommenen marokkanischen Soldaten, unter ihnen sechs Offiziere, und des erbeuteten Militärmaterials vorführen. Demgegenüber war es den Marokkanern nicht gelungen, den eilig nach Guelta Zemmour eingeflogenen Korrespondenten auch nur einen konkreten Hinweis auf den Einsatz von SAM-Raketen und T-54-Panzern vorzuführen.

Marokkos Aufgabe von Bir Enzeran

Auch der zweite Teil der marokkanischen Kriegspropaganda, die Meldung über die Vertreibung und Zerschlagung der ALPS-Einheiten nämlich, brach in sich zusammen. Am 9.11.1981 konnte die Frente POLISARIO melden, daß die FAR nicht nur die Garnison von Guelta Zemmour, sondern auch die weiter im Landesinneren gelegene von Bir Enzeran als „nicht mehr zu verteidigen“ geräumt hätten.

Diese Information konnte inzwischen von der internationalen Presse an Ort und Stelle verifiziert werden. Die FAR kontrollieren somit nur noch die Hafentstädte Ad-Dakhla und Boujdour außerhalb des „nützlichen Dreiecks“. Beide sind durch die Aufgabe von Bir Enzeran jetzt unmittelbar den Angriffen der ALPS ausgesetzt. Gleichzeitig hat die ALPS jetzt freie Hand für ihre Operationen gegen die Befestigungslinie um das „nützliche Dreieck“.

Nachdem König Hassan II. unmittelbar nach der Schlacht von Guelta Zemmour zunächst verkündet hatte, daß er sich nicht mehr an den „Friedensprozeß“ gebunden fühle, hat er diese Aussage – wohl in Anbetracht der gegenwärtigen militärischen Situation – kurz darauf zurückgenommen. Offensichtlich versucht er weiter Zeit für neue Manöver zu gewinnen und hofft, in der Zwischenzeit die militärische Situation durch forcierte US-Militärhilfe doch noch zu seinen Gunsten zumindest stabilisieren zu können und auf dieser Basis dann seine Konzeption von einem Referendum in der Westsahara durchsetzen zu können.

Eines dieser Manöver ist zweifellos das Auftauchen einer „Revolutionären Sahraouischen Volksfront“ (FPRS) am 11.12.1981 in Madrid, deren Führer Si Ahmed Larosi behauptet, einer der Mitgründer der POLISARIO zu sein, was von dieser jedoch als abwegig bezeichnet wird.

In ihrem ersten Kommuniqué übernimmt die FPRS (die anders als beispielsweise die AOSARIO, die FLU, die MOREHOB oder die „Parlamentarier der Sahraouischen Gebiete“ nicht sofort als marokkanische Pseudoorganisation zu erkennen ist) die marokkanischen Behauptungen, denen zufolge die Frente POLISARIO ein Werkzeug der algerischen Regierung sei und ein wachsender Teil der Flüchtlinge in den Lagern bei Tindouf keine Sahraouis, sondern Malier, Mauretanier und sogar Südjemeniten seien. Durch diese nun von einer scheinbar neutralen sahraouischen Seite bekräf-

Westsahara-Resolution der 36. UN-Vollversammlung vom 25.11.1981

Die Vollversammlung hat die Frage der Westsahara gründlich geprüft und sie hat sodann an das unveräußerliche Recht aller Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit erinnert, gemäß den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie der EntschlieÙung 1514 (XV) der Vollversammlung vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker und hat an die EntschlieÙung 35-19 vom 11. November 1980 über die Westsahara erinnert; (...)

1. Sie bestätigt erneut das unveräußerliche Recht des Volkes der Westsahara auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, gemäß der Charta der Vereinten Nationen, gemäß der Charta der Organisation für die Afrikanische Einheit (OAU) und gemäß den Zielen der EntschlieÙung 1514 (XV) der Vollversammlung sowie den entsprechenden EntschlieÙungen der Vollversammlung der OAU.

2. Sie begrüÙt die Bemühungen der OAU und des Spezialkomitees zwecks Suche einer gerechten und endgültigen Lösung der Westsahara-Frage.

3. Sie nimmt die EntschlieÙung der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU zur Kenntnis, auf dem gesamten Gebiet der Westsahara ein Referendum zur allgemeinen und regulären Selbstbestimmung des Volkes der Westsahara abzuhalten.

4. Sie begrüÙt die von dem Sonderkomitee der OAU getroffenen Maßnahmen zur Organisation und Durchführung des genannten Referendums.

5. Sie richtet einen Appell an die streitenden Parteien, Marokko und die Frente Popular para la liberacion de Sanguia el-Hamra y Rio de Oro (POLISARIO), den Waffenstillstand gemäß den Beschlüssen der OAU und seines Sonderkomitees einzuhalten.

6. Sie richtet zu diesem Zweck einen Appell an Marokko und an die Frente Popular para la liberacion de Sanguia el-Hamra y Rio de Oro, in Verhandlungen zu treten, um einen sofortigen Waffenstillstand zu beschließen und einen Friedensvertrag abzuschließen, welcher die gerechte Anwendung eines allgemeinen, freien und regulären Referendums zur Selbstbestimmung der Westsahara gestatten würde.

7. Sie bestätigt erneut die Entschlossenheit der OAU für die gerechte und unparteiische Organisation des genannten Referendums einzutreten.

8. Zu diesem Zweck bittet sie den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um eine Beteiligung der Vereinten Nationen an der Organisation und Durchführung des genannten Referendums sicherzustellen und die Vollversammlung und den Sicherheitsrat hierüber zu unterrichten, und zwar auch über die Maßnahmen, welche einen Beschluß des Sicherheitsrates verlangen.

9. Sie bittet den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen dringend darum, eng mit dem Generalsekretär der OAU zusammenzuarbeiten, damit „die Beschlüsse der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Afrikanischen Einheit und des Sonderkomitees sowie die vorliegende EntschlieÙung Anwendung finden“.

10. Sie bittet das Sonderkomitee, das mit der Untersuchung der Lage hinsichtlich der Anwendung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker beauftragt ist, ihre Arbeit in der Westsahara vorrangig fortzusetzen und die Vollversammlung diesbezüglich anläÙlich ihrer 37. Sitzung zu informieren.

(Quelle: Material der Informationsstelle Freie Sahara, Bonn, Dezember 1981)

tigte Behauptung versucht das marokkanische Regime, die vor seinen Truppen geflohenen Sahraouis von vornherein aus einem eventuellen Referendum auszuschalten und im wesentlichen nur die unter der marokkanischen Besatzung lebenden Sahraouis und wahrscheinlich als Sahraouis verkleidete Marokkaner „wählen“ zu lassen.

Während die meisten seriösen Beobachter sich kaum von der marokkanischen Propaganda haben einnehmen lassen, gilt das nicht für die US-Regierung. Angesichts der seit langem bestehenden militärischen Kooperation zwischen Marokko und den USA und der faktischen Unterstützung der USA für den marokkanischen Westsahara-Krieg ist es allerdings un-



Marokkanische Kriegsgefangene der POLISARIO

wahrscheinlich, daß die Fachleute des Pentagon über die reale Situation nicht genauestens informiert wären.

Während die US-amerikanische Militärhilfe unter der Regierung Carter jedoch zumindest offiziell lediglich das marokkanische Territorium selbst vor Angriffen der ALPS schützen sollte, sind diese Schranken nach der Operation von Guelta Zemmur gefallen. Mehrere hochrangige US-amerikanische Delegationen haben das Königreich in jüngster Zeit besucht. Vom 4.-6.11.1981 hielt sich eine dreißigköpfige Militärdelegation unter Leitung des Staatssekretärs für nationale Sicherheit, Francis J. West, nicht nur in Marokko, sondern auch in der Westsahara auf, um die militärische Unterstützung zu besprechen. Als Ergebnis wurde Marokko insbesondere die Errichtung eines erweiterten elektronischen Kommunikationssystems zugesagt.

Der US-Botschafter in Rabat, Joseph Reed, verließ der völligen Unterstützung der Regierung Reagan für die marokkanischen Anliegen Ausdruck und begründete das ausdrücklich mit der Einführung von SAM-6-Raketen in den Westsahara-Krieg. Es ist zu erwarten, daß die USA auch ca. 100 M-60-Panzer, die ursprünglich erst 1983 geliefert werden sollten, schon sehr viel früher liefern werden. Offensichtlich hat die US-Regierung wieder einmal Erfolg bei ihrer Suche nach Schlachtfeldern für die Auseinandersetzung mit der UdSSR und ihren „Surrogaten“ (Frente POLISARIO, Libyen, Algerien (?)) und wohl auch nach profitablen Betätigungsfeldern für ihre Rüstungsindustrie gehabt.

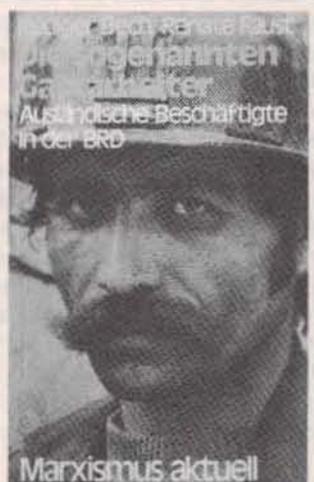
Der bisherige Verlauf des Krieges läßt nicht erwarten, daß die Lieferung von weiterem Kriegsmaterial den Ausgang des Krieges zustimmen wird. Sie wird jedoch das marokkanische Regime in seiner Unnachgiebigkeit bestärken und somit die Opfer auf beiden Seiten unnötig vergrößern. Der einzig unmittelbar einsichtige Zweck, den die US-Regierung mit dieser Unterstützung verfolgt, ist die Schürung internationaler Spannungen als Vorwand für das Reagan'sche Militärprogramm und für die „Disziplinierung“ der NATO-Verbündeten. Demgegenüber ist es kaum ersichtlich, was sie sich von einer Politik verspricht, die mit größter Wahrscheinlichkeit auf die innere Destabilisierung eines verbündeten Regimes wie des marokkanischen hinausläuft.

Nach zweijähriger Dürre ist die wirtschaftliche und soziale Situation Marokkos heute so schlecht wie kaum zuvor. Bei stagnierenden Exporten stiegen die Importe auf durchschnittlich fast 30%. Die Getreideernte 1980/81 sank gegen-

über dem Vorjahr um 50% und fiel auf den Stand von 1956, den des Jahres der formalen Unabhängigkeit. Dem World Business Weekly vom 7.9.1981 zufolge hat eine Regierungskommission inzwischen auch eine teilweise Rücknahme der ohnehin unzureichenden Gesetze von 1973 über die Marokkanisierung von Firmen empfohlen. Wie die Pariser Zeitschrift Afrique Asie am 9.11.1981 meldete, habe König Hassan II. den in Rabat weilenden Ex-Präsidenten Richard Nixon darüber informiert, daß er eine Reaktivierung der 1977 und 1978 geräumten US-amerikanischen Basen Sidi Yahya du Gharb, Sidi Bouknadel und Kénitra befürworte. Der Vorteil, den die USA aus diesen wirtschaftlichen und militärischen Maßnahmen ziehen könnten, verspricht eher kurzlebig zu sein, wenn die Fortführung des Krieges die marode Wirtschaft noch tiefer in den Abgrund stürzt.

Bezeichnenderweise gibt es keine nennenswerten Versuche der europäischen Verbündeten der USA und Marokkos, einen Beitrag zur Korrektur dieser so offensichtlich unproduktiven Politik zu leisten. Das wurde beim Abstimmungsverhalten der EG-Staaten gegenüber der Westsahara-Resolution der UN-Vollversammlung vom 25.11.1981 (siehe Kasten) deutlich. Diese Resolution, die einerseits noch einmal das Selbstbestimmungsrecht des sahrauischen Volkes bekräftigt, andererseits die Resolutionen der OAU vom Juni und August 1981 unterstützt und direkte Verhandlungen zwischen Marokko und der Frente POLISARIO fordert, wurde natürlich von Marokko, den USA und fünf weiteren Staaten (wie El Salvador) abgelehnt, während alle EG-Staaten mit Ausnahme Griechenlands sich der Stimme enthielten. Bemerkenswert ist hier vor allem die Haltung der französischen Regierung, die bisher nicht die Kraft gefunden hat, gegenüber der Frente POLISARIO über unverbindliche Unterstützungserklärungen hinauszukommen, während sie in anderen Regionen wie dem Tschad, dem Libanon und in der Palästinafrage zu durchaus konkreten proimperialistischen Aktivitäten in der Lage ist.

Die ausländischen Arbeiter sind in ihrer Heimat Opfer kapitalistischer Krisenwirtschaft und Armut. Sie wurden in die Bundesrepublik geholt, weil das Kapital zusätzliche Arbeitskräfte ausbeuten wollte. Von Anfang an bis heute steht die Ausländerpolitik unter dem Primat dieses ökonomischen Zwecks. Infrastrukturelle Einrichtungen wurden nur insoweit bereitgestellt, als das für einen zeitweiligen Aufenthalt der Ausländer unerlässlich war; die rechtlichen Regelungen wurden so gefaßt, daß die „Gastarbeiter“ weitgehend entsprechend der Kapitalbewegung verschoben werden können; ihre Integration in die Gesellschaft der Bundesrepublik steht in der Praxis nicht auf dem Programm. Das vorliegende Buch versucht, zu den wichtigsten Bereichen der Lebenssituation der Ausländer in der Bundesrepublik aktuelle Informationen und wissenschaftliche Analysen aufzubereiten und zu verarbeiten. Das betrifft in erster Linie den ökonomischen Zusammenhang als Grundlage des gesamten Problems, die juristischen Fragen sowie den kulturell-politischen



Bereich, also die tatsächlichen Möglichkeiten der Ausländer zur Gestaltung ihres Lebens hiezulande.

Rüdiger Bech / Renate Faust
Die sogenannten Gastarbeiter,
Ausländische Beschäftigte
in der BRD

227 Seiten, 10,80 DM.

Erhältlich im Buchhandel
 oder direkt beim

Verlag Marxistische Blätter
 Hedderheimer Landstraße 78a
 6000 Frankfurt 50
 Telefon (06 11) 57 10 51



Rainer Falk

Verhandlungslösung durch Erpressung?

Seit 1977 sind wir jetzt Zeuge der Bemühungen der westlichen Kontaktgruppe (bestehend aus den damaligen fünf westlichen Mitgliedern im UN-Sicherheitsrat USA, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Kanada), eine „friedliche Verhandlungslösung“ im Namibia-Konflikt zu erreichen.

Spätestens als Südafrika Anfang 1981 die UN-Konferenz über Namibia in Genf platzen ließ (vgl. AIB 3/1981, S. 36-37) aber hätte jedermann klar sein müssen, daß der gesamte von den Westmächten inszenierte Verhandlungsprozess für Pretoria von Anfang an nichts anderes als eine willkommene Chance darstellte, Zeit zu gewinnen. Eben diesem Zweck diene auch die scheinbare Zustimmung Südafrikas zur UN-Sicherheitsratsresolution 435 (siehe AIB 10/1981, S.8), die einen Waffenstillstand in Namibia und Wahlen unter Aufsicht der UNO vorsieht.

Während Südafrika auf dem internationalen diplomatischen Parkett Verhandlungsbereitschaft vortäuschte, lagen seine eigentlichen Ziele klar auf der Hand: Man suchte in Namibia selbst durch die Installierung neokolonialistischer Institutionen vollendete Tatsachen zu schaffen, die Befreiungsbewegung SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation) militärisch so weit zu schwächen, daß ihr letztlich nur die politische Kapitulation übrigbliebe, und durch fortgesetzte militärische Übergriffe auf die Nachbarstaaten diese so weit zu destabilisieren und in ihrer Solidarität mit dem Befreiungskampf zu erschüttern, daß Südafrikas Vormachtstellung in der Region auch künftig unangefochten bliebe. So ist es nicht verwunderlich, daß die letzten vier Jahre für das Südliche Afrika keine Jahre der „friedlichen Lösung“ gewesen sind, sondern vielmehr eine Periode der von Südafrika bewußt vorangetriebenen kriegesischen Eskalation.

Kontaktgruppe: Raubversuch an Namibias Volk

Es ist deshalb nur folgerichtig, daß die überwiegende Mehrheit der internationalen Gemeinschaft längst jeden Glauben an die Ernsthaftigkeit der westlichen Verhandlungsinitiativen verloren hat und die mit 117 Stimmen bei 25 Enthaltungen angenommene Schlußresolution der UN-Vollversammlung zu Namibia vom 14.9.1981 „die jüngsten Manöver bestimmter Mitglieder der westlichen Kontaktgruppe (scharf zurückweist), die darauf gerichtet sind, den internationalen Konsensus zu unterminieren, der in der Resolution des Sicherheitsrates 435 (1978) verkörpert ist, und das unterdrückte Volk von Namibia seiner hart errungenen Siege im Kampf um nationale Befreiung zu berauben“.¹

Die Rede ist von dem jüngsten **Drei-Phasen-Plan**², den die westliche Kontaktgruppe im September letzten Jahres ausgerechnet zu einem Zeitpunkt vorlegte, als die umfangreichste Aggression Südafrikas gegen Angola seit der Invasion von 1975 noch in vollem Gange war (vgl. AIB 10/1981, S. 4-8 und AIB 11-12/1981, S. 16-18). Wieder forderte die internationale Gemeinschaft umfassende und verbindliche Sanktionen gegen Südafrika. Wieder wurde diese Forderung im UN-Sicherheitsrat durch ein Veto der USA abgeblockt. Und wieder reagierte der Westen mit einem Verhandlungsplan, demzufolge die Unabhängigkeit Namibias nunmehr frühestens für 1983 (!) vorgesehen ist.

Gegenposition der SWAPO

Der neue Plan sieht in seiner ersten Phase die Herstellung einer Übereinkunft über verfassungsrechtliche Vorentscheidungen für ein unabhängiges Namibia vor. In Abweichung von der Resolution 435, die die Erarbeitung einer Verfassung allein einer künftigen Verfassungsgebenden Versammlung überläßt, wollen die Westmächte jetzt im Vorhinein eine Übereinkunft über Richtlinien erzielen, mit denen ein unabhängiges Namibia auf ein Regierungssystem westlichen Stils festgelegt würde.

Daß in diesem Projekt bereits wieder Konzessionen an süd-afrikanische Forderungen inbegriffen sind, wird an solchen Klauseln wie einem speziellen „Minderheitenschutz“ oder an umfassenden Garantien für privates Eigentum deutlich, die den politischen Handlungsspielraum einer künftigen SWAPO-Regierung – ähnlich wie die Bestimmungen des Lancaster-House-Abkommens (vom letzten Quartal 1979) in Zimbabwe – erheblich einschränken würden.

Die SWAPO hat – zusammen mit den Frontstaaten, Nigeria und Kenia – auf einer Konferenz in Daressalam im November 1981 ihre Position zur Verfassungsfrage deutlich gemacht (siehe Kasten).

Die dort formulierten Prinzipien unterscheiden sich von den westlichen Vorschlägen im wesentlichen dadurch, daß sie **erstens** keinen speziellen Mechanismus zur proportionalen Repräsentation aller Minderheitsgruppen in einem zukünftigen politischen System für Namibia vorsehen. Da die SWAPO davon ausgeht, daß auch die Weißen in einem unabhängigen Namibia gleichberechtigte Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten sind, läuft jeder besondere Minderheitenschutz für sie auf die Festschreibung spezieller Privilegien einer bestimmten Bevölkerungsgruppe hinaus.

Zweitens wird in dem afrikanischen Gegenvorschlag die

Fortsetzung S. 33

AIB-Register 1981

Das vorliegende Register umfaßt alle Veröffentlichungen des Jahres 1981, einschließlich der AIB-Aktuells (AA), Kurzinformationen (KI), Kommentare (KO), Rückblicke, Buch- und Filmrezensionen. Es ist untergliedert in ein

- Länderregister, das Artikel aufführt, die ausschließlich ein Land behandeln; in ein
- Regionenregister, das Beiträge enthält, deren Inhalt über ein Land hinausgeht; Beiträge, die gleichzeitig wesentliche Aspekte zu einer Region und zu einem Land enthalten, finden sich sowohl unter dem Länder- als auch unter dem Regionenstichwort;
- das Stichwortregister berücksichtigt neben Artikeln, die ausschließlich das Stichwortthema zum Inhalt haben, auch Länder- und Regionenbeiträge, die wesentliche Informationen zu einem Stichwort enthalten.

Mit Ausnahme der AIB-Nummer 3 und 11-12/1981, die vergriffen sind und - in dringenden Fällen - nur noch als Kopien zum Preis von 0,50 DM pro Kopie bezogen werden können, sind alle Ausgaben des Jahrgangs 1981 noch lieferbar.

Länder

Afghanistan

K. Ege, CIA-„Rebellen“ als Heroinlieferanten	2/1981
G. Hekmatyar in der BRD (KI)	4/1981
S. O'Faolain/M. Sarkash, Chemische Kriegsführung in Afghanistan	4/1981
USA unterstützt afghanische „Rebellen“ (KI)	5/1981
P. Spillmann, An Ort und Stelle	7-8/1981
M. Sarkash/S. O'Faolain, Afghanische Rebellen und die Aussicht auf Frieden (1. Teil)	9/1981
M. Sarkash/S. O'Faolain, Afghanische Rebellen und die Aussicht auf Frieden (2. Teil)	10/1981
M. Sarkash/S. O'Faolain, Afghanische Rebellen und die Aussicht auf Frieden (3. Teil)	11-12/1981
Erklärung der afghanischen Regierung	11-12/1981
Sadats Eingeständnis	11-12/1981
Sultan Ali Keshmand, Die sozialistische Orientierung - der einzig richtige Weg	SH 1/1981

Angola

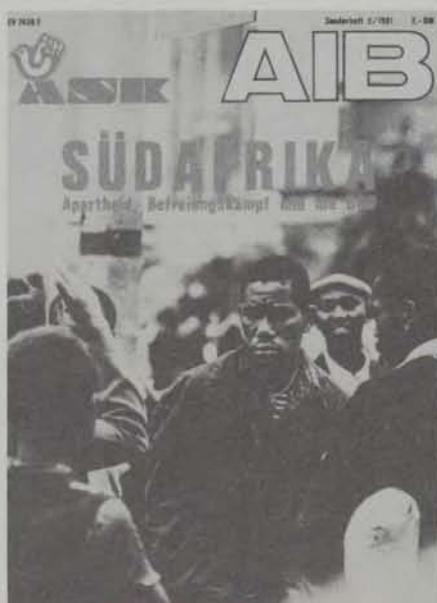
Parteitag der MPLA-Partei (KI)	2/1981
Verbrechen des Apartheidregimes (KI)	3/1981
J.E. dos Santos, Bericht an den a.o. Kongreß der MPLA-Partei der Arbeit	4/1981
J. Ostrowsky, Probleme und Position der neuen MPLA	4/1981
Regierung der VR Angola, Bericht an die internationale Untersuchungskommission	5/1981
Liste der materiellen Verluste Angolas	5/1981
Aussage von J.R. Belmundo	5/1981
Aufhebung des Clark-Amendments gescheitert (KI)	7-8/1981
Gespräch mit A. Barbeitos, Wir sitzen nicht im Elfenbeinturm	10/1981
L. Pizarro, Angolas Zukunft wird unvermeidlich sozialistisch sein	SH 1/1981

Ägypten

Inhaftierung von 70 Oppositionsmitgliedern (KI)	6/1981
W. Brönnner, Sadats Ende - ein Schock für Washington	11-12/1981
Saad ed-Din Schasli, Wir werden das Kairoer Regime kippen	11-12/1981

Argentinien

Atomgeschäft mit BRD-Unternehmen (KI)	5/1981
Illegale Waffengeschäfte BRD-Argentinien (KI)	10/1981
Meinungsverschiedenheiten unter den Militärs (KI)	11-12/1981



Äthiopien

Sudanesischer Staatschef in Äthiopien (KI)	1/1981
Freundschaftsvertrag	
Libyen-Äthiopien-Südjemen (KI)	10/1981

Bangladesh

Vor 10 Jahren: Befreiung Bangladeshs (Rückblick)	3/1981
Ermordung Z. Rahmans (KI)	7-8/1981

Belize

Verhandlungen Guatemala-Belize (KI)	5/1981
Unabhängigkeit der britischen Kolonie Belize (KI)	9/1981
Verhältnis Guatemala-Belize (KI)	11-12/1981

Bolivien

U. Rupp, Putschisten im Zugzwang	1/1981
S. Zuazo, Die Meza-Junta isolieren!	1/1981
Gespräch mit den bolivianischen Minenarbeitern	1/1981
Ermordung von Oppositionspolitikern (KI)	3/1981
Interview mit Generalkonsul J.E. Sanchez, Wir werden die Widerstandsarbeit fortsetzen	5/1981
Interview mit J.E. Sanchez, ... und jetzt geht General Meza	7-8/1981
E. Wernz/M. Weber, Keine „Ruhe“ unter der Junta „Sozialer Waffenstillstand“ in Bolivien? (KI)	9/1981 11-12/1981

Brasilien

Haftstrafen für 11 Gewerkschafter (KI)	5/1981
P. Garcia, Das neue Gesicht Brasiliens	11-12/1981

Chile

Iván Ljubetić, Das Recht des Volkes auf Rebellion	2/1981
Streik in El Teniente (KI)	6/1981
Streikabbruch in El Teniente (KI)	7-8/1981
Exekutivsekretariat der Unidad Popular in der BRD, Offener Brief an Außenminister H.D. Genscher	9/1981
H. Fazio, Soziale Polarisierung unter dem Faschismus	9/1981
Ausweisung von 4 Oppositionspolitikern (KI)	10/1981
C. Almeyda, Grundlehren der chilenischen Erfahrung	SH 1/1981
J. Insunza, Entscheidend wird der Kampf der Massen sein	SH 1/1981

China

Prozeß gegen die sog. „Viererbande“ (KI)	2/1981
Großprojekte der VR China (KI)	4/1981
Überfälle Chinas an der vietnamesischen Grenze (KI)	7-8/1981
Angebote zur Wiedervereinigung mit Taiwan (KI)	11-12/1981
Genschers Rendezvous mit Peking (KO)	11-12/1981

Dominika

J. Walter, Die „grüne“ Insel der Karibik	11-12/1981
Dominika-Daten	11-12/1981
Interview mit R. Douglas, Grenada war ein Meilenstein	11-12/1981

El Salvador

D. Mies, „Direkte US-Militärintervention ... nicht ausschließen“	1/1981
Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR), Der „Friedensvertrag“ mit Honduras – ein Kriegsvertrag	1/1981

R. Peltzer, Die FDR/FMLN bleibt kampf- und verhandlungsbereit	5/1981
K. Ege, Das Weißbuch zu El Salvador – Fälschung Marke CIA	6/1981
Kritik von W.M. Leogrande, El-Salvador-Kurs geht fehl	6/1981
Politisch-Diplomatische Kommission der FMLN/FDR, Erklärung zu den US-Fälschungen	6/1981
Dementi von Sh.J. Handal	6/1981
Massaker an der honduranisch-salvadorianischen Grenze (KI)	6/1981
G. Ungo, Wir wollen keinen Todesdialog	7-8/1981
FMLN kontrolliert 1/3 des Landes (KI)	9/1981
Offensive der FMLN (KI)	10/1981
Erklärung des FMLN-Oberkommandos, Der revolutionäre Volkskrieg schreitet voran	11-12/1981
Eindrücke aus Morazan	11-12/1981
Erklärung der Sozialistischen Internationale vom 25.9.1981	11-12/1981
N. Guevara, Die Revolution – kein Kampf mit bloßen Händen	SH 1/1981

Gambia

Einmarsch von Truppen aus Senegal (KI)	9/1981
--	--------

Grenada

Kredit der USA nur teilweise ausbezahlt (KI)	7-8/1981
Grenada droht eine US-Intervention (KI)	10/1981
Interview mit R. Douglas, Grenada war ein Meilenstein	11-12/1981
V. Noel, Die grenadische Revolution – ein siegreiches Beispiel mehr	SH 1/1981

Guatemala

Situationsbericht von R. Peltzer, Zusteuern auf einen verlängerten Volkskrieg	4/1981
Guatemala-Daten	4/1981
Guatemaltekeische Guerilla	4/1981
Verhandlungen Guatemala-Belize (KI)	5/1981
Begegnung mit ORPA-Kommandant Rafael, Die Guerilla geht zum Angriff über	9/1981
Gespräch mit einem PGT-Kämpfer	9/1981
G.T. Garrido, Pakt der Einheit im Guerilla- und Massenkampf	SH 1/1981

Guinea-Bissau

Militärputsch (KI)	1/1981
--------------------	--------

Guyana

Parlamentswahlen (KI)	2/1981
-----------------------	--------

Haiti

H. Denk, Anklage gegen das Duvalier-Regime	11-12/1981
Resolution der Haiti-Solidaritätskonferenz	11-12/1981

Honduras

R.L. Andino, Reger Volkswiderstand gegen das Garcia-Regime	5/1981
Honduras-Daten	5/1981
Massaker an der honduranisch-salvadorianischen Grenze (KI)	6/1981
R. Holden, Aufmarsch der Konterrevolution	10/1981

Indonesien

J. Lacamora, Geheimer Weltbankplan für Indonesien	11-12/1981
Indonesien-Daten	11-12/1981

M. Baumann, Widerstandsformen in Indonesien. Z.B. Cibinong-Citereup 11-12/1981

Irak

W. Brönnner, Gefahren des Krieges Irak-Iran 1/1981
 Tudeh-Partei des Iran und Irakische KP, Gemeinsame Erklärung zum Krieg Irak-Iran 1/1981
 Erklärung der Volksfedajin (Mehrheit) 1/1981
 Erklärung M.A. Rajais vor dem UN-Sicherheitsrat 1/1981
 Schlußkommunique der Konferenz von Nikosia 1/1981
 Krieg Irak-Iran (KI) 2/1981
 Charta der Patriotisch-Nationaldemokratischen Front des Irak 3/1981
 Kriegsbeihilfen an den Aggressor Irak 3/1981
 Vermittlung im irakisch-iranischen Krieg (KI) 4/1981
 N. Dulaimi, Rückschlag der nationaldemokratischen Revolution SH 1/1981

Iran

E. Rouleau, Die islamische Revolution – ein Weg voller Fallen (1. Teil) 1/1981
 W. Brönnner, Gefahren des Krieges Irak-Iran Tudeh-Partei des Iran und Irakische KP, Gemeinsame Erklärung zum Krieg Irak-Iran Erklärung der Volksfedajin (Mehrheit) 1/1981
 Erklärung M.A. Rajais vor dem UN-Sicherheitsrat 1/1981
 Schlußkommunique der AAPSO-Konferenz von Nikosia 1/1981
 E. Rouleau, Die islamische Revolution – ein Weg voller Fallen (2. Teil) 2/1981
 Krieg Irak-Iran (KI) 2/1981
 Geisel-Vereinbarung mit den USA (KI) 4/1981
 Vermittlung im irakisch-iranischen Krieg (KI) 4/1981
 Einsetzung eines Versöhnungsausschusses (KI) 5/1981
 Situation im Iran (KI) 9/1981
 W. Brönnner/A. Friese, Der „Krieg im Innern“ Testament des Volksmohajehinführers S. Mohammad Reza Sa'adati 10/1981
 Tudeh-Partei, Forderungen an die Regierung Präsidentschaftswahlen (KI) 10/1981
 11-12/1981

Israel

Differenzen im Likud-Block (KI) 2/1981
 Südafrika-Israel-NATO (KI) 3/1981
 Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (KI) 3/1981
 Begins Schelte für den Bundeskanzler (KO) 6/1981
 W. Brönnner, Die neue Libanonkrise 7-8/1981
 A. Kapeliuk, Kriegsstimmung gegen die letzte Bastion der Palästinenser 7-8/1981
 Pulverfaß Naher Osten (AA) 9/1981
 Y. Arafat, Unsere Bilanz des 6. israelisch-palästinensischen Krieges 11-12/1981
 Militärvertrag USA-Israel (KI) 11-12/1981

Jamaika

J. Ostrowsky, Auf dem Weg zurück Jamaika-Daten 1/1981
 1/1981

Jemen

G. Sarhani, Das Gespenst eines neuen Bürgerkriegs 6/1981
 Verhandlungen zwischen Nord- und Südjemen (KI) 7-8/1981
 Vertrag Libyen, VDR Jemen und Äthiopien (KI) 10/1981

Kamerun

Gespräch mit T. Tchaptchet: Im Widerstand gegen das Ahidjo-Regime 1/1981
 Kamerun-Daten 1/1981

Kampuchea

Konferenz der indochinesischen Außenminister vom Januar 1981: Vorschlag für eine Friedenszone Südostasien 4/1981
 Konsolidierung der Lage in Kampuchea (KI) 4/1981
 W. Burchett, Ein Volk zwischen Entsetzen und Hoffnung 5/1981
 H. Samrin, Zum Entwurf einer demokratischen Verfassung 6/1981
 Abstimmung über die Zusammensetzung der neuen Nationalversammlung (KI) 7-8/1981
 UN-Sondervollversammlung über Kampuchea (KI) 9/1981
 P. Sovan, Bericht an den IV. Parteitag der Revolutionären Volkspartei 10/1981
 Erklärung der indochinesischen Außenminister vom Juni 1981 11-12/1981

Kolumbien

C. Torres – Priester und Guerillero (Rückblick) 2/1981
 P. Garcia, Besatzungsmacht im eigenen Land 5/1981
 P. Garcia, Der Strom der Hungrigen 6/1981
 P. Garcia, Indios auf dem „Kriegspfad“ für ihre Rechte 7-8/1981
 Auseinandersetzungen zwischen Guerilleros und Militär (KI) 11-12/1981

Korea

„Soziale Säuberung“ der südkoreanischen Opposition (KI) 1/1981
 General Chon Du Hwan neuer Staatspräsident (KI) 4/1981
 Südkoreanische Parlamentswahlen (KI) 5/1981
 Seoul – Austragungsort nächster Olympiade (KI) 11-12/1981

Kostarika

P. Hiedl, Der „Garten Amerikas“ im Abwind Kostarika-Daten 6/1981
 6/1981

Kuba

Rede F. Castros (3. Teil), Dank dem Internationalismus 1/1981
 F. Noll, Die Revolution ist noch stärker geworden 2/1981
 Kuba 1961: US-Debakel in der Schweinebucht (Rückblick) 4/1981
 F. Noll, Ein Volk von Avantgardisten 4/1981
 Aufruf der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Verhindert ein Vietnam in Mittelamerika! Hände weg von Kuba! 6/1981
 Geplantes Attentat auf F. Castro vereitelt (KI) 9/1981

Laos

Konferenz der indochinesischen Außenminister vom Januar 1981: Vorschlag für eine Friedenszone Südostasien 4/1981
 Erklärung der indochinesischen Außenminister vom Juni 1981 11-12/1981

Libanon

Ernste Krise im Libanon (KI) 6/1981
 W. Brönnner, Die neue Libanonkrise 7-8/1981
 A. Kapeliuk, Kriegsstimmung gegen die letzte Bastion der Palästinenser 7-8/1981
 Y. Arafat, Die Amerikaner testen uns! 11-12/1981
 Y. Arafat, Unsere Bilanz des 6. israelisch-palästinensischen Krieges 11-12/1981
 Interview mit T. Kuba, Die Verschwörung im Libanon hat mit Camp David zu tun 11-12/1981

Libyen

Vertrag Libyen, VDR Jemen und Äthiopien (KI)	10/1981
„Kriegsspiele“ vor der libyschen Küste (AA)	10/1981
W. Brönner, Sadats Ende – ein Schock für Washington	11–12/1981

Malawi

J. Ostrowsky, Die „Schweiz Afrikas“	9/1981
Sozialistische Liga Malawis, Ziele und Programm	9/1981

Malaysia

Verhältnis zu Vietnam (KI)	10/1981
----------------------------	---------

Marokko

J. Ostrowsky, Positionsgewinne der Frente POLISARIO	2/1981
M. Abdel-Aziz, Wir Saharaouis sind entschlossen	2/1981
Marokko als Handlanger der USA (KI)	5/1981
Der „Panthersprung“ nach Marokko (Rückblick)	6/1981
Todesopfer und Verhaftungen in Marokko (KI)	9/1981

Mauritius

Wahlbündnis auf Mauritius (KI)	6/1981
--------------------------------	--------

Mexiko

Vor 135 Jahren: Krieg der USA gegen Mexiko (Rückblick)	5/1981
Zusammenschluß der Vereinigten Partei der Mexikanischen Linken (KI)	10/1981
Mexikanische Linksparteien: Erklärung der Einheit	11–12/1981

Moçambique

L. Schmitz, CIA-Spionage für Südafrikas Aggressoren	6/1981
---	--------

Mongolei

H. Noroventsen, Die allmähliche Emanzipation der mongolischen Frau	7–8/1981
J. Zedenbal, Stationen der Mongolischen Revolutionären Volkspartei	7–8/1981
G. Adjaa, 60 Jahre mongolische Volksrevolution	7–8/1981
Mongolei-Daten	7–8/1981

Namibia

S. Nujoma in Bonn (KI)	1/1981
Scheitern der UN-Namibia-Konferenz (KI)	2/1981
S. Nujoma, Die SWAPO-Position in Genf	3/1981
Gemeinsame Erklärung der Frontstaaten, Nigerias und der OAU	3/1981
H. Mayer, Die Namibia-Initiative in Trümmern	10/1981
UN-Resolution 435 vom 29.9.1978	10/1981
M. Garoeb, Die SWAPO – siegesgewiß im Krieg um Namibia	SH 1/1981
Chronologie zur Namibiafrage	SH 2/1981

Nikaragua

Provokationen der Opposition (KI)	1/1981
J. Weber, Angriffe auf die Sandinistas	2/1981
Reiseimpressionen von F. Vahle/A. Salm, Nützlich für die Revolution sein!	2/1981
Menschenrechtskommission (CPDH) wieder tätig (KI)	4/1981
M. Somarriba, Die nikaraguanische Revolution	5/1981

„Weizen als Waffe“ (KI)	5/1981
R. Cauli, Ein Volk in Alarmbereitschaft	7–8/1981
A. Salm, Kreuzzug gegen die Unwissenheit	7–8/1981
F. Cardenal/ E. Cardenal/M. d'Escoto/ E. Parrales, Gemeinsame Erklärung	9/1981
D. Ortega, Wir werden standhaft bleiben	10/1981
Notstand in Nicaragua (KI)	11–12/1981
M. Somarriba, Lehren der sandinistischen Volksrevolution	SH 1/1981

Obervolta

Sturz der Regierung S. Lamizanas (KI)	1/1981
---------------------------------------	--------

Oman

Gespräch mit S. Massoud, Dank Quabous – neuer US-Stützpunkt auf Zeit	5/1981
Oman-Daten	5/1981
M.A. Hussein, Die omanische Befreiungsbewegung reorganisiert sich	SH 1/1981

Ost-Timor

Westliche Invasions-Empfehlungen	3/1981
----------------------------------	--------

Pakistan

Zunehmender Widerstand der Opposition (KI)	3/1981
Genscher bei Zia ul-Haq (KI)	4/1981
„Frontstaat“ in „schwieriger Lage“ (KI)	5/1981
Strauß bei Zia ul-Haq (KI)	7–8/1981
M. Sarkash/S. O'Faolain, Afghanische Rebellen und die Aussicht auf Frieden (3. Teil)	11–12/1981

Palästina

T. Ataöv, Die Palästinenser. Ihre Persönlichkeit und Kultur (2. Teil)	1/1981
PLO lehnt „jordanische Option“ ab (KI)	4/1981
Tagung des Palästinensischen Nationalrates, Politische Abschlusserklärung	7–8/1981
Kein PLO-Anschlag in Wien (KI)	10/1981
Y. Arafat, Die US-Amerikaner testen uns!	11–12/1981
Y. Arafat, Bilanz des 6. israelisch-palästinensischen Krieges	11–12/1981
Interview mit T. Kuba, Die Verschwörung im Libanon hat mit Camp David zu tun	11–12/1981
Zivilverwaltung für die Westbank (KI)	11–12/1981
M. Abu Sharar, Die palästinensische Befreiungsbewegung konnte standhalten	SH 1/1981

Panama

Gespräch mit O. Torrijos, Wir sind ein widerspenstiges Land	7–8/1981
Panama-Daten	7–8/1981
CIA beteiligt am Tode von O. Torrijos (KI)	11–12/1981

Paraguay

Proteste gegen Verschleppung paraguayischer Patrioten	1/1981
Wachsender Terror in Paraguay (KI)	3/1981
Freiheit für A. Maidana, E. Roa und A. Alcorta	6/1981
A. Maidana im Konzentrationslager (KI)	9/1981

Peru

Kommunalwahlen (KI)	1/1981
Interview mit G.E. Montesino, Zum Wahlerfolg der Linken	3/1981
Waffenstillstand mit Ekuador (KI)	3/1981

Philippinen

Internationale Juristen gegen
Präsident Marcos (KI) 5/1981

Puerto Rico

Freiheitskämpfer vor US-Gericht (KI) 5/1981
UN-Entkolonialisierungsausschuß fordert (KI) 10/1981

Sambia

Staatsstreich vereitelt (KI) 1/1981

Sri Lanka

Kommunalwahlen (KI) 7-8/1981

Sudan

Vor 10 Jahren: Numeiris „Abrechnung“
(Rückblick) 7-8/1981
Der Sudan nach Sadats Tod (KI) 11-12/1981

Südafrika

Todesurteile für ANC-Freiheitskämpfer (KI) 1/1981
Ciskei - 4. Bantustan in Südafrika (KI) 2/1981
Interview mit Th. Botha, Der politische und
ökonomische Kampf der Arbeiter sind eins 3/1981
Offizielle Kontakte NATO-RSA (KI) 3/1981
Stellungnahme des ANC 4/1981
Gespräch mit Häuptling Sabata Dalindyebo, Ein
Mann, eine Stimme für Südafrika 4/1981
Reagans Ermunterung für Südafrika (AA) 5/1981
OAU-Strategie zur Befreiung Südafrikas 5/1981
Gespräch mit L. Nkosi, Unsere Literatur -
nicht einfach ein südafrikanisches Thema 5/1981
Liefermanipulationen beim OPEC-Öl (KI) 5/1981
Wie weiter in Südafrika? (AA) 6/1981
L. Schmitz, CIA-Spionage für Südafrika 6/1981
J. Ostrowsky, Kampfansage an die „Republik“ 7-8/1981
Bischof D. Tutu, Jetzt ist es Zeit zu handeln 7-8/1981
Internationale Konferenz über Sanktionen (KI) 7-8/1981
Friedrich-Ebert-Stiftung: Boykott nicht
empfehlenswert (KO) 7-8/1981
J. Jele, Die Reagan-Botha-Allianz 9/1981
„Springbok“-Rugby Tournee (KI) 9/1981
J. Ostrowsky, Zermübungskrieg gegen Angola 10/1981
Geheimprotokoll Botha, Malan und Crocker 10/1981
Waffenlieferungen an das Apartheidregime 10/1981
O. Tambo, Antiimperialistisches Bündnis
unverzichtbar SH 1/1981
R. Brückner, Das Apartheidsystem ist
unmenschlich SH 2/1981
Südafrika-Daten SH 2/1981
J. Ostrowsky, Der Kampf des ANC SH 2/1981
H. Mayer, Pretorias Aggressionskurs SH 2/1981
W. Geisler/J. Ostrowsky, Südafrika und
die NATO SH 2/1981
R. Falk, Die Bundesrepublik und Südafrika SH 2/1981
Nukleare Kollaboration BRD-Südafrika SH 2/1981
Kulturabkommen BRD-Südafrika SH 2/1981
ANC-Schule in Morogoro SH 2/1981

Surinam

Putschversuch niedergeschlagen (KI) 5/1981

Syrien

Konflikt Jordanien-Syrien (KI) 1/1981
A. Salim, Die antiimperialistische Einheit ist
von strategischer Bedeutung SH 1/1981



Jan Metzger/Martin Orth/Christian
Sterzing

**Das ist unser Land -
Westbank und Gaza-Streifen unter
israelischer Besatzung**

1980, 320 Seiten, Format 11,5x18 cm,
DM 14,80
Lamuv Taschenbuch 2
ISBN 3-921521-20-3



Jürgen Roth/Kamil Taylan

Die Türkei - Republik unter Wölfen

1981, 224 Seiten, 19 Abbildungen,
Format 11,5x18 cm,
2. Auflage, 11.-15. Tausend
DM 9,80
Lamuv Taschenbuch 6
ISBN 3-921521-24-6



Karl-Klaus Rabe (Hg.)

Vier Minuten vor Mitternacht
Stellungnahmen
zum Rüstungswahnsinn

1981, 160 Seiten, 2 Abbildungen,
Format 11,5x18 cm
DM 9,80
Lamuv Taschenbuch 9
ISBN 3-921521-32-7



Alwin Meyer/Karl-Klaus Rabe

**Unsere Stunde, die wird kommen -
Rechtsextremismus unter Jugendlichen**

1980, 260 Seiten, Format 11,5x18 cm
DM 8,80
Lamuv Taschenbuch 3
ISBN 3-921521-19-X

LAMUV VERLAG

Martinstraße 7
D-5303 Bornheim 3
☎ (0 22 27) 21 11

Unser Ziel 1981/82: Tausend neue Abonnenten!

Mitte 1981 steckten wir uns das Ziel, binnen eines Jahres 1.000 neue Abonnenten für das AIB zu gewinnen. Nach Ablauf eines halben Jahres ist es Zeit für eine Zwischenbilanz dieser Aktion.

Anfang Januar 1982 überschritt nun die Zahl der Neuabonnenten die 400er-Grenze – ein Halbzeitergebnis, mit dem wir natürlich nicht ganz zufrieden sein können, das aber auch kein Anlaß zum Defätismus zu sein braucht. Wir meinen: Mit verstärkten Anstrengungen, vor allem mit der Unterstützung unserer Leser, können wir das 1.000er-Ziel bis Mitte dieses Jahres schaffen! Wir stellen deshalb Lesern, die etwas fürs AIB tun wollen, das unten links abgebildete Werbeflugblatt kostenlos zur Verfügung. Wir möchten insbesondere anregen, dieses Material bei Veranstaltungen der Friedens- und Solidaritätsbewegung massenhaft zu verteilen. Auch Probeexemplare stellen wir auf Anfrage kostenlos zur Verfügung.

Appell an unsere Leser: Helft mit – werbt neue AIB-Abonnenten!

Wir wissen: Ohne die tatkräftige Mithilfe unserer Leser werden wir dieses hochgesteckte Ziel nicht erreichen können. Denn wir verfügen weder über einen umfangreichen Werbeetat noch über einen Stamm finanzkräftiger Inserenten. Auch einen kostspieligen Vertrieb über die kommerziellen Kiosknetze könnten wir uns nicht leisten, ohne den Verkaufspreis drastisch zu erhöhen. Deshalb unser Appell: Helft mit! Verbreitet das AIB in Eurem Bekanntenkreis! Bringt das AIB bei Aktionen im Freiverkauf unter die Leute! Werbt neue Abonnenten für das AIB!

Es lohnt sich, neue AIB-Abonnenten zu werben

Gleichzeitig läuft unsere Aktion „Abonnenten werben Abonnenten“ weiter, und zwar mit erheblich erweitertem Buch- und Schallplattenangebot. Das heißt: Jedem AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, stellen wir kostenlos eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl zur Verfügung. Er muß nur selbst AIB-Abonnent sein; und der neue Abonnent muß das Abo bezahlt oder einfach die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt haben.



Unser Angebot: Gratishefte für Neuabonnenten!

Ab sofort erhält jeder, der das AIB für mindestens ein Jahr abonniert, unser Sonderheft 1/1981 „Arbeiter- und Befreiungsbewegung im antiimperialistischen Kampf“ zur Berliner Konferenz gratis. Damit spart er 4 DM! Das Sonderheft gibt anhand von Originalbeiträgen einen zusammenhängenden Überblick über die Positionen nationaler Befreiungsbewegungen und revolutionärer Parteien in Entwicklungsländern.

Für einen Abonnenten:

Ernesto Cardenal
Die Stunde Null
2. Auflage, 400 Seiten, Peter Hammer 1981

Autorenkollektiv
AFRIKA. Geschichte von den Anfängen
bis zur Gegenwart in vier Bänden
Band 1 oder 2
372 bzw. 297 Seiten
Pahl-Rugenstein Verlag 1979/80



Jürgen Roth/Kamil Taylan
Die Türkei – Republik unter Wölfen
240 Seiten, Lamuv Verlag 1981

Eduardo Galeano
Die offenen Adern Lateinamerikas.
Die Geschichte eines Kontinents
von der Entdeckung bis zur Gegenwart
Erweiterte Neuauflage, 311 Seiten,
Peter Hammer Verlag 1981

Bitte mit
Postkartensporto
freismachen

Ich habe als neuen AIB-Abonnenten geworben:

Name:

Adresse:

Mein Name:

Meine Adresse:

Mein Prämienvorschlag:

Der neue Abonnent hat die umseitige Abbuchungsvollmacht ausgefüllt.

Der neue Abonnent überweist den Abobetrag selbstständig auf eines der AIB-Weltkreis-Verlags-Konten (Prämienzusendung erfolgt nach der Überweisung).

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

Name

Adresse

An

AIB – Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg

James Madhlope Phillips/Bremer Chor Die
Zeitgenossen,
Bongi Makeba, Jabula
Konzert für Soweto
30-cm-Doppel-LP
UN-Centre against Apartheid/Pläne 1981

Ernesto Cardenal
**Unser Land mit den Menschen
die wir lieben**
Gedichte. Mit Bildern aus
Solentiname und dem neuen Nicaragua
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

Hannes Stütz/Dieter Süverkrüp
Kuba, Vom Zuckerrohr zur Zukunft
144 Seiten, reich illustriert
Weltkreis 1978

Miriam Makeba
Country Girl
30-cm-LP, Verlag Pläne



... wenn Sie eine Zeitung suchen,

- die informiert – analysiert – kommentiert
- die Partei bezieht
für demokratischen und sozialen Fortschritt
für das Recht auf Arbeit, Bildung und Ausbildung
für internationale Zusammenarbeit und Abrüstung
- die solidarisch ist mit dem Kampf der Völker
gegen Imperialismus und Faschismus
- die Antikommunismus und Antisowjetismus für eine
Grundtorheit unserer Epoche hält
und den Meinungsstreit nicht mit psychologischem
Krieg verwechselt –

eine Zeitung,

- die diese Haltung auch in einem umfangreichen
Kulturteil zum Ausdruck bringt –

dann ist die **DEUTSCHE VOLKSZEITUNG** richtig für Sie!



Sie sollten diese Wochenzeitung kennenlernen. Mitteilung Ihrer Anschrift auf dieser Karte genügt!

Bitte senden Sie mir unverbindlich und kostenlos einige Ausgaben der **DEUTSCHEN VOLKSZEITUNG**:

Vor- und Zuname

Beruf

Straße / Nr.

Postleitzahl / Wohnort

Bitte mit
Postkarten-
porto
freimachen

Werbeantwort

An die

DEUTSCHE VOLKSZEITUNG

Oststraße 154 - Postfach 2726

4000 Düsseldorf

In ihr schreiben:

Prof. Wolfg. Abendroth	Dr. Karl Heinz Götze	Peter Malwald	Erasmus Schöfer
Therese Angeloff	Prof. Horst Herrmann	Dr. Jutta Menschik	Margot Schroeder
Prof. Hans W. Bartsch	Dr. Florence Hervé	André Müller	Peter Schütt
Arno Behrisch	Prof. Rudolf Hickel	Prof. Michael Nerlich	Dr. Hannelis Schulte
Prof. Frank Benseler	Dr. Richard Hiepe	Prof. Norman Paech	Monika Sperr
Horst Bethge	Michael Höhn	Dr. Karl Pawek	Jürgen P. Stössel
Wolfgang Beutin	Prof. Hans Heinz Holz	Prof. Lothar Peter	Norbert Stratmann
Prof. Wilhelm R. Beyer	Prof. Horst Holzer	Hans Platschek	Dr. Horst D. Strüning
Michael Charlier	Prof. Jörg Huffs Schmid	Prof. Uta Ranke- Heinemann	Prof. G. Stuby
Peter O. Chotjewitz	Mechtild Jansen	E. A. Rauter	Dieter Süverkrüp
Franz J. Degenhardt	Prof. Gerhard Kade	Josef Reding	Uwe Timm
Lottemi Doormann	Dietrich Kittner	Prof. Renate Riemeck	Dr. Karl Unger
Klaus Eder	Franz Xaver Kroetz	Erika Runge	Peter Weiss
Dr. Elisabeth Endres	Prof. H.-J. Krysmanski	Prof. H.-J. Sandkühler	Gaby Zipfel
Anatol Feid O. P.	Prof. Reinhard Kühnl	Pfarrer Werner Sanß	u. a.
Pastor Peter S. Gerlach	Steffen Lehndorf		

Redaktionskollegium:

Helmut Ebusch (Vorsitz); Peter Baumöller; Walter Bloch; Dr. Hans Brender; Alexander Goeb; Helmut Haensch; Dr. Agnes Hüfner; Dr. Mathias Jung; Emmi Kuhlmey; Winfried Lierenfeld; Bernd Mansel; Erich Rudolf; Reiner Taudien; Fritz Wolf; Bernhard Wortmann.
Ständige Beratung: Fritz Hollstein

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler
Südafrika.
Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
160 Seiten, Pahl Rugenstein 1978

Lore Schultz-Wild
Die zweite Befreiung.
Alphabetisierung in Nicaragua
Mit einem Vorwort von Fernando Cardenal
204 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Sergio Ramirez
Viva Sandino! Leben und Tod des
ersten lateinamerikanischen Guerillaführers
157 Seiten, Peter Hammer 1981

MALIBONGWE.
Freiheitsgedichte südafrikanischer Frauen
176 Seiten, Weltkreis 1980

Michael Opperskalski
Gott ändert nichts...
Iran gestern und heute
236 Seiten, Weltkreis 1980

Brigitta Benzing/Kahsai Wolde-Giorgis
Das neue Äthiopien.
Vom Kaiserreich zur Revolution
196 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Prosper Kivouvou
Angola. Vom Königreich Kongo zur
Volksrepublik
272 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Ein Vierteljahrhundert mit Allende.
Erinnerungen seines Privatsekretärs
429 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Günter Giesenfeld
Vietnam – Laos – Kampuchea
240 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Günter Amendt
Das Sexbuch
249 Seiten, Weltkreis 1979



Plácido Erdozaín
San Romero de America.
Das Volk hat dich heilig gesprochen.
Die Geschichte des Bischofs von San Salvador
122 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Jan Metzger/Martin Orth/Chr. Sterzing
Das ist unser Land – Westbank und
Gazastreifen unter israelischer Besatzung
320 Seiten, Lamuv 1980

Hermann Kohn
El Salvador/Nicaragua.
Aufstand im US-Hinterhof
191 Seiten, Weltkreis Verlag 1981



Peter Schütt
Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.
Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?
264 Seiten, Weltkreis 1981

Ernesto Cardenal
In Kuba. Bericht von einer Reise
388 Seiten, Peter Hammer 1980

Wolfram Brönner
Afghanistan.
Revolution und Konterrevolution
290 Seiten, Verlag Marxistische Blätter 1980



Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg)
Befreiungsbewegungen in Afrika.
Politische Programme, Grundsätze und
Ziele von 1945 bis zur Gegenwart
532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Sergio Ramirez
Vom Vergnügen des Präsidenten.
Erzählungen aus Nicaragua
141 Seiten, Peter Hammer 1981

Alfred Babing/Hans-Dieter Bräuer
Namibia. Kolonialzeit, Widerstand und
Befreiungskampf heute
219 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980



Thailand

Militärputsch gescheitert (KI) 6/1981

Tschad

Hilfeersuchen an Libyen (KI) 1/1981
Ende des Bürgerkriegs (KI) 2/1981
Tschad-Konferenz der OAU (KI) 3/1981

Tunesien

Parteien zugelassen (KI) 10/1981
S. el-Khoudja, Öffnung mit gezinkten Karten 11-12/1981

Türkei

B. Boran, Die Junta zeigt ihr Gesicht 5/1981
Bonner Beihilfen für die türkische Junta (KO) 5/1981
Erklärung der progressiven Gewerkschaft DISK 6/1981
R. Geffken, Rückkehr zur Demokratie? 9/1981
„Graue Wölfe“ in der BRD 9/1981
Prozeß gegen die „Grauen Wölfe“ (KI) 10/1981
Interview mit Agha Alan, Die Situation der Kurden in Türkisch-Kurdistan 11-12/1981
Resolution des 5. Kongresses der FIDEF 11-12/1981
BRD-Hilfe für die türkischen Militärs (KI) 11-12/1981

Uganda

Parlamentswahlen (KI) 2/1981
F.N. Makumbi-Kidza, Neubeginn unter Obote 3/1981

Uruguay

Verfassungsentwurf der Militärs abgelehnt (KI) 1/1981
F. Andrade, Das „Nein“ zur Verfassung 2/1981
Neue Phase des demokratischen Kampfes (KI) 4/1981
Unstimmigkeiten innerhalb der Militärs (KI) 7-8/1981
Frente Amplio, Schreiben an die UNO 10/1981
Frente Amplio, Programm für eine wahre Demokratie 10/1981

Vietnam

Konferenz der indochinesischen Außenminister vom Januar 1981: Vorschlag für eine Friedenszone Südostasien 4/1981
J.v. Freyberg, Verlangsamte sozialistische Umgestaltung im Süden 4/1981
Vietnams neue Verfassung 4/1981
J.v. Freyberg, Langwierige Landwirtschaftsprobleme 5/1981
Grenzkonflikt mit China (KI) 7-8/1981
P. Dietzel, Im Umerziehungslager Ha Tay 11-12/1981
Interview mit Nguyen Khac Vien, Kräfte, die einen Bürgerkrieg ansteuern 11-12/1981
Erklärung der indochinesischen Außenminister vom Juni 1981 11-12/1981

Westsahara

J. Ostrowsky, Positionsgewinne der POLISARIO 2/1981
Westsahara-Resolution der UNO 2/1981
M. Abdel-Aziz, Wir Sahraouis sind entschlossen Wende im Westsahara-Konflikt? (KI) 10/1981
M. Fadel Ali, Die Frente POLISARIO kämpft offensiv SH 1/1981

Zaire

Der Mord an Patrice Lumumba (Rückblick) 1/1981

Zentralafrika

„Planmäßige“ Wahlen (KI) 6/1981
Verbot oppositioneller Parteien (KI) 9/1981
Putsch rechtsgerichteter Militärs (KI) 10/1981

Zimbabwe

Kabinettsumbildung stärkt R. Mugabe (KI) 3/1981
Kredite für den Wiederaufbau (KI) 6/1981

Zypern

Parlamentswahlen im griechischen Teil (KI) 7-8/1981

Regionen

Afrika

H. Mayer, Rückschau auf die Buchmesse. Afrika zwischen Dialog und Kommerz 1/1981
Afrika-Flüchtlingskonferenz (KI) 6/1981

Lateinamerika/Mittelamerika

US-Interventionstaktiken und -ziele 2/1981
Camilo Torres – Priester und Guerillero 2/1981
T. Drainin, Das Konzept der Reagan-Administration 3/1981
M.A. Carranza, Der US-Interventionismus 3/1981
H. Cienfuegos/J.J. Medrano, Die Region würde zum Riesenfeuer 3/1981
T. Borge, Gegen die Bedrohung verteidigungsbereit 3/1981
Zu Opfern für das salvadorianische Volk bereit 3/1981
F. Castro, Die Yankees gebührend empfangen! 3/1981
F. Gamboa, Die mittelamerikanische Revolution 3/1981
H. Denk/J. Weber, Krise und Revolution in Mittelamerika (1. Teil) 4/1981
H. Denk/J. Weber, Krise und Revolution in Mittelamerika (2. Teil) 5/1981
M. Somarriba, Die nikaraguanische Revolution 5/1981

Vor 135 Jahren: Krieg USA-Mexiko (Rückblick) 5/1981
K. Ege, Das Weißbuch zu El Salvador 6/1981
FMLN/FDR, Erklärung zu den US-Anschuldigungen 6/1981
H. Denk/P. Grund, Krise und Revolution in Mittelamerika (3. Teil) 7-8/1981
Ph. Agee, Der US-Interventionismus salonfähig 7-8/1981
Lateinamerika-Seminar des ASK 7-8/1981
W. Huismann, Die lateinamerikanische Offensive der Sozialistischen Internationale 7-8/1981
H. Werner, Die Kirche im Befreiungsprozeß 7-8/1981
P. Garcia, Faule Eier von Uncle Sam (KO) 10/1981
Giftküche Washington (AA) 11-12/1981
A. Hart, Unsere kulturelle Identität 11-12/1981
M. Theodorakis, Lateinamerikas Volkskunst 11-12/1981
Konferenz über Menschenrechte und Frieden (KI) 11-12/1981

Mittlerer Osten

W. Brönnner, Der Krieg Irak-Iran 1/1981
Tudeh-Partei des Iran/Irakische KP, Gemeinsame Erklärung zum Krieg Irak-Iran 1/1981
Volksfedajin (Mehrheit), Erklärung zum Krieg Irak-Iran 1/1981
Arabischer Volkskongreß, NATO-Aufmarsch am Golf 1/1981
Saudi-arabischer „Sicherheitsplan“ für den Golf 2/1981

Reagans Zugeständnisse an den Iran (KI)	4/1981
Vermittlung im Krieg Irak-Iran gescheitert (KI)	4/1981
R. Abdallah, Der Golf – neokolonialistischer Anziehungspunkt	SH 1/1981

Naher Osten/Arabischer Raum

Israels Sozialdemokratie für „Jordanische Option“ (KI)	3/1981
Islamische Konferenz (KI)	3/1981
A. Haigs Nahost-Reise (KI)	6/1981
Begins Schelte für den Bundeskanzler (KO)	6/1981
W. Brönner, Die neue Libanonkrise	7–8/1981
A. Kapeliuk, Kriegsstimmung gegen die letzte Bastion der Palästinenser	7–8/1981
Pulverfaß Naher Osten (AA)	9/1981
Vor 25 Jahren: Das Suez-Abenteuer (Rückblick)	10/1981
Treffen Sadat-Begin (KI)	10/1981
M. Begin in Washington (KI)	11–12/1981
Y. Feissal, Die US-Offensive zurückdrängen!	SH 1/1981

Südliches Afrika

H. Lederer, Südafrikas alltägliche Verbrechen	4/1981
H. Mayer, Neue Fronten im Süden Afrikas	5/1981
ANC, OAU-Strategie zur Befreiung Südafrikas	5/1981
Systematischer Rechtsbruch des Apartheidregimes VR Angola, Bericht an die Untersuchungskommission	5/1981
Aussage von José Ricardo Belmundo	5/1981
L. Schmitz, CIA-Spionage für Südafrika	6/1981
Aufhebung des Clark-Amendments abgelehnt	7–8/1981
H. Mayer, Südafrikas Angolakrieg geht weiter	11–12/1981
H. Quaa, Im zerbombten Cahama	11–12/1981
Bericht der Rockefeller-Stiftung (KI)	11–12/1981
H. Mayer, Pretorias Aggressionskurs	SH 2/1981

Südostasien/Indochina

Konferenz der indochinesischen Außenminister	4/1981
„Strategische“ Zusammenarbeit China-USA (KI)	9/1981
R. Falk, ASEAN – Neutralitätszone oder neokoloniale Einflußzone?	11–12/1981
Erklärung der indochinesischen Außenminister	11–12/1981



Beiträge des AIB-Sonderhefts 1/1982:

W. Brönner: Ein Jahr Reagan – eine Zwischenbilanz ● A. I. Barrios/H. Denk: Auf Interventionskurs im mittelamerikanischen „Hinterhof“ ● R. Falk: Der Kurs der Bundesrepublik – mit Reagan in den Abgrund? ● Der CIA und die US-Angriffsziele Kuba, Libyen und Südliches Afrika ● Umfrage bei Befreiungsbewegungen, Friedens- und Solidaritätsbündnissen: Frieden und Befreiungskampf – ein Gegensatz? ● Aktions- und Materialspiegel mit Literaturüberblick

Stichworte

Arbeiterbewegung

Gespräch mit bolivianischen Minenarbeitern	1/1981
Interview mit Th. Botha, Der politische und ökonomische Kampf der Arbeiter sind eins	3/1981
W. Huismann, Die lateinamerikanische Offensive der Sozialistischen Internationale	7–8/1981
Z.B. Südkoreanische Arbeiter	7–8/1981
DGB-Protest gegen türkische Terrorjustiz	9/1981
Mexikanische Linksparteien, Erklärung der Einheit	11–12/1981
M. Gremetz, Gemeinsam eine neue, gerechte Weltordnung erkämpfen	SH 1/1981
B. Ponomarjow, Mit der revolutionären Einheit die imperialistische Gegenoffensive zurückweisen	SH 1/1981

BRD-Dritte Welt (nach Ländern und Regionen)

Afrika

H. Mayer, Rückschau auf die Buchmesse. Afrika zwischen Kommerz und Dialog	1/1981
---	--------

Argentinien

Atomare Zusammenarbeit (KI)	5/1981
-----------------------------	--------

Bolivien

Interview mit Generalkonsul J.E. Sanchez, Wir	
---	--

werden die Widerstandsarbeit fortsetzen	5/1981
---	--------

Chile

Exekutivsekretariat der Unidad Popular in der BRD, Offener Brief an Außenminister H.D. Genscher	9/1981
---	--------

China

Genschers Rendezvous mit Peking (KO)	11–12/1981
--------------------------------------	------------

El Salvador

Taktieren zu El Salvador (AA)	4/1981
-------------------------------	--------

Irak

Kriegsbeihilfen für den Aggressor Irak	3/1981
--	--------

Israel

Begins Schelte für den Bundeskanzler (KO)	6/1981
---	--------

Lateinamerika

W. Huismann, Die lateinamerikanische Offensive der Sozialistischen Internationale	7–8/1981
---	----------

Namibia

Nujoma-Besuch in Bonn (KI)	1/1981
----------------------------	--------

Südafrika

Friedrich-Ebert-Stiftung: Südafrikaboykott nicht empfehlenswert (KO)	7–8/1981
Broschüre BRD-Südafrika	9/1981

Anti-Apartheid-Bewegung, Neue Waffenlieferungen an das Apartheidregime	10/1981	Friedenszone Südostasien	4/1981
R. Falk, die Bundesrepublik und Südafrika	SH 2/1981	Erklärung vom Juni 1981	11-12/1981
Nukleare Kollaboration BRD-Südafrika	SH 2/1981	Nichtpaktgebundene	
Kulturabkommen BRD-Südafrika	SH 2/1981	R. Falk, Tendenzwende in Neu-Delhi?	4/1981
Türkei		OPEC	
Bonner Beihilfen für die türkische Junta (KO)	5/1981	Sonderkonferenz in Genf (19.-21.8.1981) (KI)	10/1981
„Graue Wölfe“ in der Bundesrepublik	9/1981	Russell-Tribunal	
Neue Kredite für die Junta	11-12/1981	Die Indianerfrage vor dem IV. Russell-Tribunal (24.-30.11.1980) (KO)	1/1981
BRD-Entwicklungspolitik-Dritte Welt		Sonstige	
Waffenexportboom Bonns in die Dritte Welt (KO)	2/1981	Internationale Wissenschaftliche Konferenz in Berlin (20.-24.10.1981)	SH 1/1981
M. Brzoska, Rüstungsexportoffensive in die Dritte Welt	3/1981	Wirtschaftsgipfel in Ottawa (KO)	9/1981
Mit Reagan/Haig in den Krieg? (KO)	4/1981	Haiti-Solidaritätskonferenz in Panama	11-12/1981
Waffen nach Saudi Arabien und Chile (KI)	4/1981	Kongreß lateinamerikanischer Intellektueller (4.-7.9.1981)	11-12/1981
Schmidt – „ärmer dran“ als die Dritte Welt? (AA)	7-8/1981	Olympisches Komitee (KI)	11-12/1981
M. Buschmann, Die BRD, eine bedeutende Macht des Neokolonialismus und der NATO	SH 1/1981	Sozialistische Internationale	
Entwicklungsländer/Neue Weltwirtschaftsordnung		W. Huismann, Die lateinamerikanische Offensive der Sozialistischen Internationale	7-8/1981
AIB-Seminar, Verhältnis Frieden und Befreiungskampf (1. Teil)	1/1981	Erklärung zu El Salvador vom 25.9.1981	11-12/1981
N.A. Razzak, Befreiungsstrategie für die 80er Jahre (1. Teil)	2/1981	UNO	
AIB-Seminar, Verhältnis Frieden und Befreiungskampf (2. Teil)	2/1981	35. Vollversammlung, Westsahara-Resolution vom 11.11.1980	2/1981
N.A. Razzak, Befreiungsstrategie für die 80er Jahre (2. Teil)	3/1981	Namibia-Konferenz in Genf (7.-14.1.1981) (KI)	2/1981
R. Falk, Tendenzwende in Neu Delhi?	4/1981	Stellungnahme Sam Nujomas, Die SWAPO-Position zur Genfer Namibia-Konferenz	3/1981
N.A. Razzak, Befreiungsstrategie für die 80er Jahre (3. Teil)	4/1981	Gemeinsame Erklärung der Frontstaaten, Nigerias und der OAU	3/1981
Schmidt – „ärmer dran“ als die Dritte Welt? (AA)	7-8/1981	Internationale Konferenz über Sanktionen gegen Südafrika (20.-25.5.1981) (KI)	7-8/1981
Rede F. Castros auf dem 2. Kongreß der Dritte-Welt-Ökonomen, Das Dilemma unserer Zeit	7-8/1981	Seerechtskonferenz (KI)	10/1981
Von Ottawa nach Cancún (KO)	9/1981	Weltenergiekonferenz (10.-21.8.1981) (KI)	10/1981
LLDC-Konferenz in Paris (KI)	10/1981	LLDC-Konferenz in Paris (1.-14.9.1981) (KI)	10/1981
F. Mitterrand, Rede vor der UN-Konferenz der LLDCs	11-12/1981	Rede F. Mitterrands vor der LLDC-Konferenz	11-12/1981
S. Cissoko, Neue Weltwirtschaftsordnung – ein Kampf gegen den Neokolonialismus	SH 1/1981	UNHCR/OAU	
Aus der Sektionsdiskussion, Neokolonialismus und Neue Weltwirtschaftsordnung	SH 1/1981	Afrika-Flüchtlingskonferenz in Genf (9.-10.4.1981) (KI)	6/1981
Frankreich – Dritte Welt		Vereinigung der Ökonomen der Dritten Welt	
R. Falk, Mitterrands Wahlsieg – Chance für ein neues Verhältnis zur Dritten Welt (1. Teil)	10/1981	Rede F. Castros auf dem 2. Kongreß in Havanna (26.-30.4.1981)	7-8/1981
Frankreich-Daten	10/1981	Weltbank/IMF	
R. Falk, Mitterrands Wahlsieg – Chance für ein neues Verhältnis zur Dritten Welt (2. Teil)	11-12/1981	Jahrestagung 29.9.-2.10.1981 (KI)	11-12/1981
F. Mitterrand, Rede vor der UN-Konferenz der LLDCs	11-12/1981	WHO	
Internationale Organisationen und Konferenzen		Werbeverbot für Baby-Trockenmilch (KI)	7-8/1981
AAPSO		Japan – Dritte Welt	
N.A. Razzak, Befreiungsstrategie für die 80er Jahre (1. Teil)	2/1981	P. Fabre, Der japanische Ansturm auf die Dritte Welt	6/1981
N.A. Razzak, Befreiungsstrategie für die 80er Jahre (2. Teil)	3/1981	Japan-Daten	6/1981
N.A. Razzak, Befreiungsstrategie für die 80er Jahre (3. Teil)	4/1981	Krieg und Frieden	
13. Ratsagung in Aden (20.-26.3.1981) (KI)	5/1981	AIB-Seminar, Verhältnis Frieden und Befreiungskampf (1. Teil)	1/1981
Internationale Untersuchungskommission über Apartheid-Verbrechen		AIB-Seminar, Verhältnis Frieden und Befreiungskampf (2. Teil)	2/1981
2. Tagung in Luanda (30.1.-3.2.1981)	4/1981	Absagen an den Rüstungswahn (AA)	3/1981
Schlußfolgerungen der 2. Tagung und Zeugenaussagen	5/1981	M. Brzoska, Rüstungsexportoffensive in die Dritte Welt	3/1981
Konferenz der indochinesischen Außenminister		Stand des internationalen Waffenexportgeschäfts	3/1981
Erklärung vom Januar 1981! Vorschlag für eine		Mit Reagan/Haig in den Krieg? (KO)	4/1981
		Friedensmanifestation am 10. Oktober in Bonn	10/1981
		Immer näher an den atomaren Abgrund (AA)	10/1981
		Eröffnungsansprache von E. Honnecker, Friedensverteidigung und Revolution – zwei Seiten eines Kampfes	SH 1/1981
		W. Geisler/J. Ostrowsky, Südafrika und die NATO	SH 2/1981

Kultur

H. Mayer, Rückschau auf die Buchmesse. Afrika zwischen Kommerz und Dialog	1/1981
T. Ataöv, Die Palästinenser. Ihre Persönlichkeit und Kultur (2. Teil)	1/1981
Gespräch mit L. Nkosi, Unsere Literatur – nicht einfach ein südafrikanisches Thema	5/1981
J. Ostrowsky, „Gebt den Kampf nicht auf!“ Bob Marley, Reggae und der Rastafari-Mythos	7–8/1981
Gespräch mit A. Barbeitos, Wir sitzen nicht im Elfenbeinturm	10/1981
Rede Armando Harts auf dem Kongreß lateinamerikanischer Intellektueller, Unsere kulturelle Identität verteidigen!	11–12/1981
Gespräch mit Mikis Theodorakis, Lateinamerikas Völker brauchen eine alternative Volkskunst	11–12/1981
Kulturabkommen BRD-Südafrika	SH 2/1981

Nichtpaktgebundene

R. Falk, Tendenzwende in Neu-Delhi?	4/1981
-------------------------------------	--------

Schweiz – Dritte Welt

R. Lechleitner, Den Schweizer Schleier zerreißen Entwicklungspolitisches Manifest für die 80er Jahre	9/1981 9/1981
--	------------------

Solidaritätsbewegung

Kurzmeldungen regelmäßig in der Rubrik Infodienst ab:	2/1981
--	--------

USA – Dritte Welt

...und jetzt kommt Ronald Reagan (AA)	1/1981
D. Mies, „Direkte US-Militärintervention ... nicht auszuschließen“	1/1981
Arabischer Volkskongreß, NATO-Aufmarsch am Golf	1/1981
El Salvador – ein neues Vietnam? (AA)	2/1981
Aufschlüsse des Washingtoner „Dissent Papers“	2/1981
K. Ege, CIA-„Rebellen“ als Heroinlieferanten	2/1981
T. Drainin, Das Konzept der Reagan-Administration	3/1981
M.A. Carranza, Der US-Interventionismus hat Varianten	3/1981
H. Cienfuegos/J.J. Medrano, Die Region würde zum Riesenfeuer	3/1981
T. Borge, Gegen die Bedrohung verteidigungsbereit sein	3/1981
F. Castro, Die Yankees gebührend empfangen!	3/1981
Taktieren zu El Salvador (AA)	4/1981
Geisel-Übereinkunft USA-Iran (KI)	4/1981
Mit Reagan/Haig in den Krieg? (KO)	4/1981
Reagans Ermunterung für Pretoria (AA)	5/1981
Waffen für afghanische „Rebellen“ (KI)	5/1981
L. Schmitz, CIA-Spionage für Südafrikas Aggression	6/1981
K. Ege, Das Weißbuch zu El Salvador – Fälschung Marke CIA	6/1981
Dementi von Sh. J. Handal	6/1981
Kritik von W.M. Leogrande, El-Salvador-Kurs geht fehl	6/1981
Politisch-Diplomatische Kommission der FMLN/FDR, Erklärung zu den	
US-Anschuldigungen	6/1981
Haig-Reise durch den Nahen Osten (KI)	6/1981
Ph. Agee, Der US-Interventionismus soll wieder salonfähig gemacht werden	7–8/1981
J. Jele, Die Reagan-Botha-Allianz	9/1981
Neuer US-Kurs in Ostasien (KI)	9/1981
Immer näher an den atomaren Abgrund (AA)	10/1981
Faule Eier von Uncle Sam (KO)	10/1981
Giftküche Washington (AA)	11–12/1981
W. Brönnner, Sadats Ende – ein Schock für Washington	11–12/1981
Y. Arafat, Die Amerikaner testen uns!	11–12/1981
Libérale Variante für Südafrika (KI)	11–12/1981
H. Winston, Das Dilemma der Anpassungsstrategie der USA	SH 1/1981

Spendenappell

Liebe Leser!

Trotz einer teilweise explosionsartigen Kostenentwicklung im Druck- und Papierbereich sowie bei den Portogebühren ist das AIB seit seiner Gründung die preiswerteste Dritte-Welt-Zeitschrift im deutschsprachigen Raum geblieben. Um auch weiterhin diese günstige Preisgestaltung beibehalten zu können, sind wir auf die materielle Solidarität unserer Leser angewiesen. Wir richten insbesondere an die Einkommensstärkeren den Appell, ernsthaft zu überlegen, ob Sie nicht in diesem Jahr – zusätzlich zur Entrichtung Ihres Abopreises – eine Spende aufbringen können. Jeder Spendenbetrag ist willkommen. Benutzen Sie bitte zu diesem Zweck die untere Zahlkarte.

Ihre AIB-Redaktion

Postcheckkonto Nr. des Absenders		DM Pf für Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607	
Empfängerabschnitt		DM Pf für Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607	
Verwendungszweck		Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung	
Spende AIB		für Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607	
Anstellungsdatum		Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607	
Unterschrift		Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607	
Zahlkarte/Postüberweisung		Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607	
DM Pf für Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607		Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607	
Antimperialistisches Informationsbulletin Welkreis-Verlags-GmbH 4600 Dortmund		Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607	
DM Pf für Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607		Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607	
Einlieferungsschein/Lastschriftzettel		Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607	
DM Pf für Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607		Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607	
Antimperialistisches Informationsbulletin Welkreis-Verlags-GmbH 46 Dortmund		Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607	
DM Pf für Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607		Postcheckkonto Nr. 3120 93 – 607	

Spendenappell

Liebe Leser!

Trotz einer teilweise explosionsartigen Kostenentwicklung im Druck- und Papierbereich sowie bei den Portogebühren ist das AIB seit seiner Gründung die preiswerteste Dritte-Welt-Zeitschrift im deutschsprachigen Raum geblieben. Um auch weiterhin diese günstige Preisgestaltung beibehalten zu können, sind wir auf die materielle Solidarität unserer Leser angewiesen. Wir richten insbesondere an die Einkommensstärkeren den Appell, ernsthaft zu überlegen, ob Sie nicht in diesem Jahr – zusätzlich zur Entrichtung Ihres Abopreises – eine Spende aufbringen können. Jeder Spendenbetrag ist willkommen. Benutzen Sie bitte zu diesem Zweck die untere Zahlkarte.

Ihre AIB-Redaktion



Für Mitteilungen an den Empfänger

<p>Hinweise für Postscheckkontoinhaber: Dieses Formblatt können Sie auch als Postüberweisung benutzen, wenn Sie die stark umrandeten Felder zusätzlich ausfüllen. Die Wiederholung des Betrages in Buchstaben ist dann nicht erforderlich. Ihren Absender (mit Postleitzahl) brauchen Sie nur auf dem linken Abschnitt anzugeben.</p>															
<p>1. Abkürzung für den Namen Ihres Postscheckkants (P.SchA) s. unten</p>	<p>2. Im Feld „Postscheckkantinnehmer“ genügt Ihre Namensangabe</p>														
<p>3. Die Unterschrift muß mit der beim Postscheckkant hinterlegten Unterschriftprobe übereinstimmen</p>	<p>4. Bei Einzahlung an das Postscheckkant bitte den Lastschriftzettel nach hinten umschlagen</p>														
<p>Abkürzungen für die Ortsnamen der P.SchA:</p> <table border="0"> <tr> <td>Bin W - Berlin West</td> <td>Kln - Köln</td> </tr> <tr> <td>Dtmd - Dortmund</td> <td>Lshrn - Ludwigshafen</td> </tr> <tr> <td>Essn - Essen</td> <td>Mchn - München</td> </tr> <tr> <td>Ffm - Frankfurt am Main</td> <td>Nbg - Nürnberg</td> </tr> <tr> <td>Hmb - Hamburg</td> <td>Sbr - Saarbrücken</td> </tr> <tr> <td>Han - Hannover</td> <td>Stgt - Stuttgart</td> </tr> <tr> <td>Kln - Karlsruhe</td> <td></td> </tr> </table>		Bin W - Berlin West	Kln - Köln	Dtmd - Dortmund	Lshrn - Ludwigshafen	Essn - Essen	Mchn - München	Ffm - Frankfurt am Main	Nbg - Nürnberg	Hmb - Hamburg	Sbr - Saarbrücken	Han - Hannover	Stgt - Stuttgart	Kln - Karlsruhe	
Bin W - Berlin West	Kln - Köln														
Dtmd - Dortmund	Lshrn - Ludwigshafen														
Essn - Essen	Mchn - München														
Ffm - Frankfurt am Main	Nbg - Nürnberg														
Hmb - Hamburg	Sbr - Saarbrücken														
Han - Hannover	Stgt - Stuttgart														
Kln - Karlsruhe															

Bedienen Sie sich der Vorteile eines eigenen Postscheckkontos
Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld für postdienstliche Zwecke

Rezensionen

Bücher

- W.F. Wiegand,
Afghanistan. Nicht aus heiterem Himmel 1/1981
- H. Vogel (Hg.),
Die sowjetische Intervention in Afghanistan. Entstehung und Hintergründe einer weltpolitischen Krise 1/1981
- W. Brönnner,
Afghanistan, Revolution und Konterrevolution 1/1981
- K.H. Rudersdorf,
Afghanistan – eine Sowjetrepublik 1/1981
- R. Falk/P. Wahl (Hg.),
Befreiungsbewegungen in Afrika. Politische Programme, Grundsätze und Ziele von 1945 bis zur Gegenwart 2/1981
- Politisches Lexikon Lateinamerika, hg. von P. Waldmann unter Mitarbeit von U. Zelinsky 4/1981
- V. Bennholdt-Thomsen u.a. (Hg.),
Lateinamerika. Analysen und Berichte 4: Internationale Strategien und Praxis der Befreiung 4/1981
- F. Nuscheler und K. Ziemer in Zusammenarbeit mit E. Adam und L. Harding,
Politische Herrschaft in Schwarzafrika. Geschichte und Gegenwart 7–8/1981
- J. Ziegler,
Afrika: Die neue Kolonisation 7–8/1981
- A. Ijad,
Heimat oder Tod. Der Befreiungskampf der Palästinenser 9/1981
- J. Metzger/M. Orth/Ch. Sterzing,
Das ist unser Land. Westbank und Gaza-Streifen unter israelischer Besatzung 9/1981
- J. Collins/F. Lappé,
Vom Mythos des Hungers. Die Entlarvung einer Legende 10/1981
- P.R. Mooney,
Saattmultis und Welthunger. Wie die Konzerne die Nahrungsschätze der Welt plündern 10/1981
- P. Krieg,
Der Mensch stirbt nicht am Brot allein... Lesebuch zum Film Septemberweizen 10/1981
- G. Simon,
Banya aus Thailand schreibt Briefe an die Kinder in Deutschland 11–12/1981
- F. Vahle,
Ich erzähle von Pedro. Geschichte, Lieder und Märchen aus Mexiko 11–12/1981
- F. Vahle,
Manuel oder die Reise zum Anfang der Welt. Geschichtenroman in vier Teilen 11–12/1981

Schallplatten

- M. Makeba, African Convention. A. Promise, Live, Country Girl 3/1981
- B. Makeba, Blow on Wind 3/1981
- Jabula, African Soul. Let Us Be Free 3/1981
- J.M. Phillips mit dem Bremer Chor Die Zeitgenossen, „Inkululeko!“ – Südafrikanische Freiheitslieder 3/1981

Vergriffene Hefte!

Vergriffen und nicht mehr lieferbar (Stand Januar 1982) sind folgende AIB-Ausgaben:
Alle Hefte vor 1977
1977: Nr. 3, 5, 9
1978: Nr. 3, 7–8, 9, 10, 11–12
1979: Nr. 1, 2, 4, 6
1980: Nr. 2, 4
1981: Nr. 3, 11–12

Einlieferungsschein / Lastschriftzettel (nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)

Gebühr für die Zahlkarte (wird bei der Einlieferung bar erhoben)
bis 10 DM 70 Pf
über 10 DM (unbeschrankt) 1,20 DM
Bei Verwendung als Postüberweisung gebührenfrei

Post-Bankservice:
Damit Sie
Geld und Wege
sparen -
Postscheckkonto.

Post - damit Sie mehr vom Geld haben

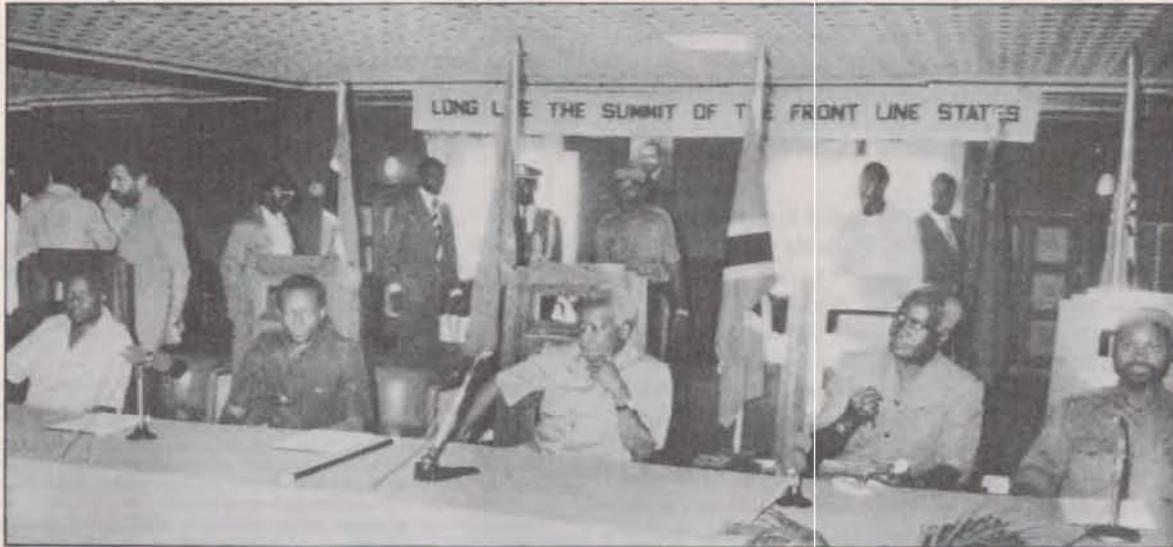
Fortsetzung von S. 16.

Gewaltenteilung (Exekutive, Legislative, Judikative) nur empfohlen, nicht aber – wie in dem westlichen Vorschlag – verbindlich vorgeschrieben.

Drittens unterstreicht das Dokument eindeutig die Forderung nach Verbot aller Formen der Diskriminierung, insbesondere der rassischen, in einem unabhängigen Namibia.³ Die Westmächte haben jetzt eine revidierte Fassung ihres ursprünglichen Vorschlags in Umlauf gebracht, die die afrikanischen Forderungen teilweise in Rechnung stellt. Hingegen war Anfang Januar 1982 klar, daß mit einer südafrikanischen Stellungnahme nicht vor Mitte Januar d.J. zu rech-

nen sein würde.⁴

Jedoch läßt sich auch unabhängig davon, wie diese ausfällt, und selbst wenn es zu einer Übereinkunft über verfassungsrechtliche Grundsätze für ein unabhängiges Namibia käme, sagen, daß damit die Beendigung des kolonialen Status in Namibia noch lange nicht besiegelt wäre. Abgesehen davon, daß ein südafrikanisches Ja zu den westlichen Verfassungsplänen vor dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen keinen Pfifferling wert ist und jederzeit wieder zurückgezogen werden kann, bleiben entscheidende Fragen, wie die des Waffenstillstands und der sich daran anschließenden Übergangsperiode, völlig ungeklärt und voller Fußangeln.



Position der Frontstaaten, Nigerias, Kenias und der SWAPO

Grundsätze einer Verfassungsgebenden Versammlung und der Verfassung für ein unabhängiges Namibia:

A. Verfassungsgebende Versammlung

1. Zu einer Verfassungsgebenden Versammlung, die eine Verfassung für ein unabhängiges Namibia annehmen wird, werden Wahlen durchgeführt werden. Die Verfassung wird für alle Ebenen der Regierung Gliederung und Machtbefugnisse festlegen. Jeder erwachsene Namibier wird wählbar sein, ohne Diskriminierung oder Furcht vor Einschüchterung von irgendeiner Seite wählen, einen Wahlkampf führen sowie für die Verfassungsgebende Versammlung kandidieren können. Die Wahl wird geheim sein; für die, die nicht lesen oder schreiben können, wird Vorsorge getroffen. Über den Zeitpunkt der Wahlkampföffnung, das Datum der Wahlen, das Wahlsystem, die Vorbereitung der Wählerlisten und andere Aspekte des Wahlvorgangs wird unverzüglich entschieden werden, um allen politischen Parteien und interessierten Personen, ungeachtet ihrer politischen Standpunkte, eine hinreichende und faire Chance zur Organisation und Teilnahme am Wahlprozeß zu geben. Volle Rede-, Versammlungs-, Bewegungs- und Pressefreiheit werden garantiert werden.

2. Die Verfassungsgebende Versammlung wird in Übereinstimmung mit den in Teil B genannten Grundsätzen die Verfassung für ein unabhängiges Namibia formulieren, und die Verfassung insgesamt mit einer Mehrheit von 2/3 ihrer Mitglieder annehmen.

B. Grundsätze für eine Verfassung eines unabhängigen Namibia

1. Namibia wird ein einheitlicher, souveräner und demokratischer Staat sein.

2. Die Verfassung wird das höchste Gesetz des Staates sein. Sie darf nur nach einem festgelegten Prozeß entweder durch die Legislative oder durch Volksentscheid verändert werden.

3. Die Verfassung wird die Gliederung und die Machtbefugnisse aller Ebenen der Regierung festlegen. Doch erwähnen wir besonders, daß den meisten Regierungen eine gewählte Exekutive, eine in

allgemeinen und gleichen Wahlen gewählte Legislative, die für die Verabschiedung aller Gesetze verantwortlich ist, eine unabhängige Judikative, die für die Auslegung der Verfassung und die Garantieung ihrer Vorrangstellung sowie für die Glaubwürdigkeit der Gesetze verantwortlich ist, zugrunde liegt, und daß Exekutive und Legislative durch periodische und echte Wahlen, die geheim erfolgen, gebildet werden.

4. Das Wahlsystem wird mit obigem Punkt A (1) übereinstimmen.

5. Es wird eine Erklärung der Grundrechte geben, die das Recht auf Leben, Freiheit der Person und Bewegungsfreiheit, auf Gewissensfreiheit, auf Freiheit des Ausdrucks, einschließlich der Rede- und Pressefreiheit, auf Versammlungs- und Assoziationsfreiheit einschließlich politischer Parteien und Gewerkschaften, auf eine rechtmäßige und gleiche Behandlung vor dem Gesetz, auf Schutz vor willkürlicher Enteignung privaten Eigentums ohne Entschädigung und auf Schutz vor rassistischer, ethnischer, religiöser oder geschlechtlicher Diskriminierung einschließt. Die Erklärung der Grundrechte wird mit den Bestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (durch die UNO 1948; d. Red.) übereinstimmen. Die Erklärung der Grundrechte wird durch die Gerichte durchzusetzen sein, und zwar auf Ersuchen eines geschädigten Individuums, wenn der Bruch dieser Rechte erwiesen ist.

6. Es wird verboten sein, rückwirkend ein strafrechtliches Delikt zu schaffen oder rückwirkend Strafverschärfungen zu verhängen.

7. Es wird ein gleicher Zugang für alle und eine ausgewogene Umstrukturierung von öffentlichem Dienst, Polizei und Streitkräften gewährleistet sein. Die angemessene Verwaltung der Personalpolitik gegenüber diesen Diensten wird durch geeignete unabhängige Körperschaften sichergestellt.

8. Private kulturelle und gesellschaftliche Gesundheits- und Erziehungseinrichtungen werden für alle ohne Diskriminierung offen sein.

Es wird per Parlamentsbeschluß gewährleistet werden, daß gewählte lokale Verwaltungsräte eingerichtet werden.

(Quelle: Facts and Reports, Amsterdam, 11.12.1981, S.7)

Anders als in den Bestimmungen des Lancaster-House-Abkommens in Zimbabwe ist z.B. in dem neuesten Namibia-Plan eine respektable Zeitspanne zwischen der Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung und der Errichtung einer unabhängigen namibischen Regierung vorgesehen. Eine Garantie dafür, daß Südafrika diese kritische Periode zu einer erneuten Besetzung nutzt, wenn ihm die politische Entwicklung zu bedrohlich wird, vermag heute freilich niemand zu geben.⁵

Südafrika hat bereits jetzt für die zweite Phase des neuen Namibia-Plans eine Reihe von Bedingungen gestellt, die eindeutig auf die weitere Aushöhlung der UN-Resolution 435 zielen. Dazu gehört etwa die Forderung, daß die Überwachungsgruppe UNTAG ausschließlich von den fünf Mitgliedern der westlichen Kontaktgruppe gestellt werden dürfte, oder die Koppelung der südafrikanischen Rückzugsbereitschaft an die Forderung nach Rückzug der kubanischen Hilfstruppen aus Angola. Daß der letzte Punkt fester Bestandteil auch des Namibia-Konzepts des Unterstaatssekretärs im US-Außenministerium, Chester Crocker, ist, zeigt das westlich-südafrikanische Zusammenspiel in der Namibia-Frage ganz deutlich.

Das Manövrieren der Kontaktgruppe in den letzten Monaten verweist selbst darauf, daß der Westen heute bereit ist, wesentliche von Südafrika in Namibia geschaffene Tatsachen anzuerkennen, auch wenn diese nach allgemeinem internationalem Rechtsverständnis illegal sind. Erstmals hat diese „Fünferbande“, wie sie von den Afrikanern inzwischen genannt wird, bei ihrer Rundreise durch das Südliche Afrika im Oktober/November 1981 Windhoek besucht und dort offizielle Gespräche u.a. mit der Demokratischen Turnhallen-Allianz (DTA) und Repräsentanten des kürzlich von Südafrika installierten illegalen Ministerrates geführt. Durch diese de-facto-Anerkennung des von Südafrika abhängigen Marionettenregimes in Windhoek als Verhandlungspartner in der Namibiafrage (eine seit langem von Südafrika gestellte Forderung) hat der Westen schwere Verantwortung auf sich geladen, die – wie SWAPO-Präsident Sam Nujoma zu Recht betonte – „in der Anerkennung der Tatsache der illegalen Besetzung Namibias durch Südafrika ebenso (besteht) wie in der Anerkennung der illegalen bei uns geschaffenen Institutionen“.⁶

Manövrieren der „Fünferbande“

Diese Verantwortung trifft nicht zuletzt auch die Bundesregierung, deren Außenminister H.D. Genscher im November 1981 in Bonn erstmals eine DTA-Delegation unter ihrem Präsidenten Kalangula empfangen hat und hinterher ausdrücklich verlauten ließ, dies sei Bestandteil des „ständigen Dialogs“, den die Bundesregierung mit allen politischen Kräften Namibias führe. Kein Wunder, daß dieser Marionettenführer Bonn „sehr zufrieden“ verließ.⁷

Versucht man eine Zwischenbilanz, so läßt sich schon jetzt sagen, daß das wesentliche Resultat des neuen westlichen Verhandlungsanlaufs darin besteht, Südafrika mehr Zeit zu geben, seine aggressive Strategie im Süden des Kontinents zu verwirklichen. Diese schließt nicht nur die militärische Liquidation der SWAPO ein, sondern zielt inzwischen offen auf die Errichtung eines Pufferstaats von Südafrikas Gnaden in Südafrika, dessen Territorium Südafrika immer noch besetzt hält. An seiner Spitze stünde dann der kürzlich in den USA mit allen Ehren empfangene Marionettenführer Jonas Savimbi. Es wäre ein weiterer Schritt zur Destabilisierung der Lage in Angola, und am Ende dieses Prozesses stünde möglicherweise, ginge es nach den Vorstellungen Washingtons und Pretorias, der Sturz der Regierung in Luanda.

Gleichwohl muß betont werden: Die bisherige Geschichte Namibias hat gezeigt, daß eine Verhandlungsstrategie auf der Basis militärischer Erpressung die SWAPO zwar zu zeitweiligen taktischen Rückzügen zwingen kann, langfristig aber mit Sicherheit zum Scheitern verurteilt ist. So flexibel die namibische Befreiungsbewegung in Verhandlungen auf internationalem Parkett auch agiert, so fest ist ihre Entschlossenheit, den bewaffneten Kampf bis zur endgültigen Befreiung Namibias fortzusetzen. Es fragt sich, wie lange es noch dauert, bis sich in den westlichen Hauptstädten diese Einsicht durchsetzt.

Anmerkungen:

- 1) Wortlaut in: Deutsche Außenpolitik, Berlin, Nr. 11/1981, S. 140-142
- 2) Wortlaut in: Süddeutsche Zeitung, 28.10.1981
- 3) Vgl. auch: Financial Times, London, 23.11.1981
- 4) Afrique Asie, Paris, 4.1.1982, S.32
- 5) Africa, London, Dezember 1981
- 6) Zit. nach: Afrique Asie, 23.11.1981
- 7) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.11.1981

Zeitschriftenschau

Forum, Nr. 50/Januar 1982

Protokoll des 5. Bundeskongresses entwicklungspolitischer Gruppen: „Multinationale Konzerne bedrohen den Frieden“ (Nov. 1981, Westberlin) ● Pharma-Brief Einzelpreis: 3,- DM, Abo 36,- bzw. 50,- DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Nicaragua Aktuell, Nr. 15

Nicaragua: Opposition nutzt wirtschaftliche Lage ● Einige Aspekte zur wirtschaftlichen Lage Nicaraguas ● Ausreiseverbot für Robelo? ● El Salvador: Ein Beitrag zum Frieden der Salvadorensen ● FMLN gut ein Jahr alt ● Zur Lage in El Salvador ● Honduras: Ein Schritt zur „Demokratie“ ● Guatemala: Priester vom Militär „umgedreht“ ● Guerillaaktionen und Anti-Guerilla-Offensive ● Generale verfolgen eigene Interessen ● Interview mit einem Campesino aus dem Widerstand ● Intervention: US-Aggressionen gegen Zentralamerika ● Solidaritätsarbeit: Antiinterventionskampagne ● Mittelamerika: Für ein Recht der Völker auf Selbstbestimmung ● Aufrufe: Waffen, Stundenlohn oder Brot? ● Zeitschriftenübersicht ● Offener Brief an die Organisatoren der Friedensdemo Einzelpreis: 2,- DM, Abo 12,- bzw. 20,- DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

IKA – Zeitschrift für Internationalen Kulturaustausch, Nr. 19

Gemeinsame Erklärung der Befreiungsbewegungen ANC, FDR/FMLN, SWAPO, PLO, F. POLISARIO und LIP zur Friedensdemonstration am 10.10.1981 in Bonn ● Haiti-Block: A. Antonin, Liberalisierung und Staatsterrorismus ● C. Duvalier, Kultur und soziale Struktur in Haiti ● A. Phelps, Die Diktatur der großen Zehe (Geschichte aus seinem Buch „Moins L'infini“) ● Mittelamerika-Block: medico international, El Salvador (Fotobereich), Repression, Flüchtlinge, befreite Gebiete ● Nicaragua: Über die Arbeit des nationalen Filmstudios ● Brevier zur Volksgesundheit Comic zur Gesundheitskampagne in Nicaragua ● Guatemala: Guatemala-Komitee Bonn, Mayas in Guatemala – ethnische Emanzipation für eine indianische Autonomie ● Chile: „Exil“. Kurzgeschichte von M. Bergholz ● „Singen im Exil“. Interview mit D. Zamorra ● Türkei-BRD: IKA-Interview mit dem türkischen Sänger Cem Karaca ● Moçambique: E. Fuchs über das Filmwesen ● Indonesien: M. Heinschke, Nationalbewegung und Zensur – über das Verbot der Romane von P.A. Turs Einzelpreis: 4,- DM, Abo 16,- bzw. 25,- DM
Bezug: IKA, Lerchenstr. 84, 7000 Stuttgart 1

Paraguay-Rundbrief, Nr. 33/Dezember 1981

Familien von „Valle Ybate“ wünschen angemessene Umsiedlung ● 16 Familien eines Asuncioner Vorortes werden von der Ortsverwaltung mit einer Ausweisungsaktion konfrontiert ● Presse-Echo ● Verschiedene Kurzberichte ● „Meinen Vater töteten sie, als er schlief“ – Augenzeugenbericht eines paraguayischen Jungen ● Bericht über das Paraguay-Seminar und anderes Einzelpreis: 2,50 DM, Abo 15,- DM
Bezug: PAG e.V., c/o I. Gräfe, Sandbergstr. 45, 6100 Darmstadt

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 99/Dezember 1981

Brasilien: Lula erneut verurteilt ● Wahlsieg per Gesetz ● BRD-Argentinien: ADLAF-Tagung über Argentinien ● Chile: Schlecht, sehr schlecht, Herr Schlecht! ● Uruguay: Interview mit Mario Santos ● Ecuador: Neues VW-Werk ● Costa Rica: Quo Vadis? ● Guatemala: Interview mit einem Führer des CUC ● Mexiko: PSUM – Vereinigte Linke? ● Streik bei VW-Mexiko ● Argentinien: Die Diktatur in der Krise ● Bolivien: Geschichte eine Radioschule ● Brasilien: Eine Krähne hackt der anderen ... ● Nicaragua: Wirtschaftskrise, Disziplinierung der KP, CAUS ● Büro des Guatemala-Komitees durchsucht ● Rezensionen Einzelpreis: 3,- DM, Abo 35,- DM
Bezug: FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

blätter des iz3w, Nr. 98/Dezember 1981

Chroniken: El Salvador, Bolivien, Malawi, Zimbabwe, Seerechtskonferenz, Startbahn West, BRD-Waffenexporte ● Offener Brief zu BRD-Rüstungsexporten ● Iran ● Nicaragua: Aspekte der Wirtschaft ● Zwischen Kolonialismus und Revolution ● Venezuela: Stadteilarbeit in den Barrios von Caracas ● Brasilien: Ronda Alta ● Offener Brief an die Organisatoren der Friedensdemo ● Kirche und Dritte Welt ● Entwicklungshelfer in Tanzania ● Flüchtlingsprojekt in Westsahara ● BUKO 5: „In dieser Form weitermachen“ ● Repression gegen Guatemala-Komitee Zürich ● Leserbrief ● Rezension: Die Demokratische Bewegung Chinas ● Nicaragua-Schallplatte Einzelpreis: 4,- DM, Jahresabo 25,- bzw. 35,- DM
Bezug: Aktion Dritte Welt/iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Hugues Tertrais

Störbasis gegen Indochina



Thailändischer Armeesoldat und Kampuchea-Flüchtlinge

„Thailand tut und tat so viel, wie aufgrund seiner sehr begrenzten Ressourcen möglich ist, um die am wenigsten entwickelten Länder zu unterstützen. Es hat regelmäßig Beiträge zum Fonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer ohne Zugang zum Meer geleistet“, erklärte am 8. September 1981 Arun Panupong, Vizeminister des thailändischen Außenministeriums anlässlich der Pariser Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC).

Dies scheint jedoch nicht den Erfahrungen des nächstgelegenen LLDC ohne Meereszugang, Laos, zu entsprechen: Dessen Vertreter, Soulivong Phrasithideth, hatte einige Stunden zuvor auf der gleichen Tribüne „die Wirtschaftsblockade, die von einem gewissen Nachbarland, mit welchem wir eine gemeinsame Grenze von über 1.500 km haben“, verurteilt; ein Land, das „von uns zudem unerhört hohe Fracht- und Transitzkosten verlangt“.

Thailand, das gerade seinen Verteidigungshaushalt für 1982 um 13,2% erhöht hat, setzt die Überwachung seiner beiden indochinesischen Grenzen mit Laos und Kampuchea fort: Entlang dieser „Frontlinie“ wird Südostasien in zwei Blöcke aufgeteilt. Wenn Bangkok die Frage der Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Laos nicht aufwirft, so lastet der vietnamesische Faktor deshalb nicht weniger auf den Beziehungen zur Regierung von Vientiane. „Die Schließung der Grenzen“, erklärte uns der Vizepremierminister Thanat Khoman, „ist verursacht durch die Tatsache, daß Laos in sehr enger Beziehung zu einem Land steht, das mit Thailand in sehr vielen Fragen große Meinungsverschiedenheiten hat.“ Die andere seit 1975 geschlossene Grenze mit Kampuchea ist allerdings nicht für alle geschlossen: Die thailändischen Stoffe, Motorräder und Fahrräder, die auf dem Markt von Battambang verkauft werden, kommen irgendwo über die Grenze; aber entlang der gesamten Grenze stehen sich thailändische und vietnamesisch-kampucheanische Truppen gegenüber, zwischen den Basen der kampucheanischen Oppo-

sition, der Roten Khmer und anderer. Sie stehen sich im Feld wie in der diplomatischen Szenerie gegenüber. „Die Frage der Regierungskontrolle in Kampuchea geht uns nichts an“, meint Thanat Khoman, aber „das Prinzip der militärischen Intervention kann nicht akzeptiert werden.“ Wurde (in Kampuchea im Mai 1981; d. Red.) nicht schon eine Nationalversammlung bestimmt? Es muß in Kampuchea „Wahlen unter der Kontrolle unparteiischer Kräfte geben“.

Bangkok war sehr intensiv an der Vorbereitung der internationalen Konferenz über Kampuchea beteiligt, die in New York Ende Juli 1981 stattfand. Aber die drei anderen indochinesischen Länder, die ihrerseits eine regionale Konferenz vorschlugen (siehe deren Erklärung in: AIB 11-12/1981, S. 28; d. Red.), erschienen nicht, ebensowenig wie ihre Verbündeten, die sozialistischen Länder.

„Freundschaft“ mit China

Taubstummendialog: „Für uns stellt sich die vietnamesische Präsenz anders dar“, bestätigt in Phnom Penh Hor Nam Hong, Vizeaußenminister. „Die Welt muß die Intervention Vietnams hinnehmen und die Tatsache, daß Vietnam gekommen ist, um uns zu helfen.“ In Hanoi wiederholt der Außenminister den vietnamesischen Standpunkt. „Die vietnamesische Präsenz in Kampuchea ist mit der chinesischen Bedrohung verbunden. Wenn die Chinesen ihre Drohungen beenden, ziehen wir unsere Truppen aus Kampuchea zurück.“ Die Verantwortlichen in Bangkok scheinen selbst nur mäßig optimistisch zu sein, was die Erfolgchancen einer oppositionellen „Unionsregierung“ gegen das Regime von Phnom Penh angeht. (...)

„Es gibt kein Komplott zwischen Thailand und China“, hat

Thailand-Daten

Territorium: 514.000 qkm (etwa doppelte Fläche der BRD)

Bevölkerung: 46,46 Mio (1980), davon über 85% Thaivölker, hauptsächlich Siamesen, außerdem Shan und Lao. Jährliches Bevölkerungswachstum (1970-1979): 2,4%

Hauptstadt: Bangkok, mit über 5 Mio Einwohnern

Währung: Baht (B); 1 B = 0,1017 DM (Stand August 1981)

Religion: 93% der Bevölkerung sind Hinajana (Theravada)-Buddhisten; ferner gibt es 3-4% Moslems und etwa 0,5% Christen

Amtssprache: Thai (Siamesisch)

Klima: großteils tropisches Monsunklima; Jahresdurchschnittstemperatur um 28 Grad (Bangkok).

Staatsform: T. ist eine konstitutionelle Monarchie mit einer Militärregierung. Staatsoberhaupt ist seit 1946 König Bhumibol Adulyadej (Rama IX; gekrönt 1950). Regierungschef ist seit März 1980 General Prem Tinsulanonda, der außerdem als Finanz-, Verteidigungs- und Landwirtschaftsminister fungiert.

Im Dezember 1978 erhielt T. eine neue Verfassung, derzufolge T. über ein Zweikammer-Parlament mit Senat (Mitglieder ernannt, hauptsächlich Militärs) und Abgeordnetenkammer (gewählte Abgeordnete bürgerlicher Parteien) verfügt. Nach den Wahlen von April 1979 verfügt die oppositionelle Soziale Aktionspartei über 82 von 301 Sitzen, die regierungsnahen Seritham über 21 Sitze in der Abgeordnetenkammer. Die restlichen Sitze entfallen auf mehr oder weniger „neutralistische“ (u.a. religiöse) Parteien. Die Kommunistische Partei Thailands ist seit 1952 verboten. Faktisch entscheidend für die Regierungsausübung ist jedoch der seit 1976 bestehende Nationale Administrations-Reformrat, der ausschließlich aus hohen Militärs besteht. Dessen Vorsitzender ist Admiral Sa-Ngad Chaloryu. Die Militärs streben danach, durch einen Kurs begrenzter Reformen Ts. Staatsführung zu stabilisieren.

Wirtschaft: T. ist ein unterentwickeltes kapitalistisches Agrarland. 77% der Werktätigen arbeiten in der Landwirtschaft, nur 9% in der Industrie. Die Landwirtschaft trägt 26%, die Industrie 27,1% zum Bruttosozialprodukt (BSP) bei. Der größte Anteil entfällt auf den Handel, der Rest auf Transport, Fernmeldewesen und Dienstleistungen (Tourismus). 86% des Gesamtproduktes wird in Privatbetrieben erarbeitet (Stand 1972).

Der Kapitalanteil ausländischer Konzerne am Industriesektor beträgt offiziell ca. 40%. Japan steht mit Direktinvestitionen (1978) in Höhe von rd. 400 Mio Dollar an erster Stelle. Seit 1978 nehmen die US-Investitionen zu. Im Bergbau dominiert der Zinnerzabbau (3. Stelle der Weltproduktion). 30% der Bauern haben keinen eigenen Boden. Die gesetzliche Pachtabgabe an den Eigentümer beträgt mindestens 1/3 des Ernteertrages.

Das BSP stieg real im Jahresdurchschnitt (1970-1979) um 4,5%. Die Außenhandelsbilanz ist defizitär. Außenhandelspartner Nr. 1 ist mit 25% Exportanteil Japan, gefolgt von den USA mit 12%.

Soziales: Ts. Prokopf-Einkommen beträgt 590 Dollar (1979) und ist das zweitniedrigste (nach Indonesien) innerhalb der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN). Die Analphabetenrate beträgt 16% (1976), die Lebenserwartung liegt bei 62 Jahren (1979). Die Arbeitslosenquote beträgt offiziell 9% (liegt jedoch auf dem Lande wesentlich höher).

Geschichte:

- 13. Jh. Gründung des Königreiches von Sukhotoai und damit Beginn der Geschichte Ts. als Nation
- 17. Jh. T. wird als einziges Land Südostasiens nicht kolonialisiert
- 1932 Bürgerliche Revolution am 24. Juni
- 1950 Entsendung thailändischer Truppen nach Südkorea
- 1966/67 Im Indochinakrieg: US-Basis mit 45.000 US-Soldaten in T., 10.000 Thai-Soldaten in Südvietnam
- 1967 Gründung der ASEAN in Bangkok
- 1973 Sturz des Diktators Kittikachorn am 14. Oktober nach Massendemonstration von Arbeitern und Studenten gegen die US-Aggression in Indochina und für Demokratie
- 1976 Abzug der US-Truppen: militärische Einrichtungen der USA bestehen weiter
Durch Militärputsch wird Tanin Kraivichien Ministerpräsident
- 1977 Das außenpolitisch isolierte Regime Tanins wird im Oktober vom Militär abgesetzt. Kriangsak wird Ministerpräsident
- 1978 Verhandlungen mit Laos und Vietnam um Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen
- 1979 Wiederzulassung politischer Parteien und Parlamentswahlen. Kriangsak wird als Ministerpräsident bestätigt
- 1980 Erzwungener Rücktritt Kriangsaks und Ernennung des Generals Prem Tinsulanonda zum Ministerpräsidenten

uns Arun Panupong versichert. Gewiß, aber jeder weiß, und Deng Xiaoping selbst hat es 1979 bestätigt, daß die chinesische Hilfe für die Roten Khmer über Thailand erfolgt. Erst kürzlich berichtete die Presse in Hongkong, daß mehrere hundert Thailänder laotische Oppositionelle im Süden von China trainieren.

Die chinesisch-thailändische Annäherung erfolgte gleichzeitig mit der chinesisch-amerikanischen Annäherung, nach 1972. Aber unter ganz speziellen Bedingungen: Das Thai-Volk stammt ursprünglich aus Yunnan im Süden von China, und Millionen Chinesen leben in Thailand, besonders in Bangkok als große oder kleine Händler, viele seit mehreren Jahrhunderten. Die herrschende Klasse Thailands ist selbst stark von Chinesen durchsetzt.

Die Unterstützung, die die Kommunistische Partei Chinas weiterhin dem thailändischen Pendant (die maoistische KP Thailands: d. Red.) gewährt, stellt ohne Zweifel ein Hindernis zur vollen Entfaltung der Beziehungen „von Staat zu Staat“ dar. Aber Peking ermutigt die Rückkehr der früheren politischen Führer der KP Thailands, die seit dem Putsch von 1976 im Busch waren, wie z.B. Khaisaeng Suksai, der sich in Kunming aufhielt. Der chinesische Premierminister, Zhao Ziyang, war bereits zwei Mal zu offiziellen Staatsvisiten in Bangkok.

Die Beziehungen entwickeln sich auf verschiedenen Gebieten. Die Flugverbindung Bangkok-Kanton erlaubt häufiges Reisen. So wurden von Mai bis Oktober 1981 ca. 10.000 thailändische Touristen, zu 70% chinesischer Abstammung, in der Volksrepublik zu „Familienbesuchen“ erwartet. Die Handelsbeziehungen wurden 1974 aufgenommen und entwickelten sich schnell: Bangkok kauft in China hauptsächlich Brennstoffe – die Brennstoffbeschaffung ist eines der Hauptprobleme des Landes – und verkauft Grundnahrungsmittel. Aber das Handelsdefizit steigt mit dem Handelsvolumen und könnte 1981 5 Mrd Baths (ca. 250 Mio Dollar) übersteigen.

Diese, manchmal aufdringliche „Freundschaft“ mit China, die der Konfrontationspolitik mit Indochina entspricht, hat teilweise die nationalen Gefühle in Thailand etwas beunruhigt, insbesondere bei gewissen militärischen Kreisen, wie bei dem versuchten Staatsstreich im April 1981 festzustellen war. Vor allem hat sie auch das Prinzip des Gleichgewichts, auf welchem die thailändische Politik beruht, insbesondere zwischen Peking und Hanoi, ad absurdum geführt. Gleichwohl bleibt neben der offen antivietnamesischen Haltung Bangkoks ein Platz für eine andere Dimension der thailändischen Politik, diskreter und bescheidener.

Die „200 Familien“ von Bangkok

Gehören die neuen Regelungen für Flüchtlinge in diesen Zusammenhang? Indem nunmehr die laotischen und vietnamesischen Flüchtlinge als Menschen eingestuft werden, die aus wirtschaftlichen Gründen ein besseres Leben suchen, haben die Verantwortlichen in Bangkok einen Standpunkt eingenommen, der im Großen und Ganzen dem ihrer indochinesischen Nachbarn entspricht. Seit dem 15.8.1981 hat Thailand Maßnahmen ergriffen, um den Emigrantenstrom zu „entmutigen“: Die Flüchtlinge werden in neue Lager gebracht und, wenn sie nicht die Ausreisemöglichkeit in ein drittes Land haben, vor die Wahl gestellt, sich in Haft zu begeben oder in ihr Land zurückzukehren. Ein Terminplan zur Schließung der großen traditionellen Lager wurde festgelegt. (...)

Thailand bleibt zwar ein privilegiertes Verbündeter der USA, aber die Kontakte mit der UdSSR werden beibehalten bzw. entwickelt. Ende August 1981 hielt sich Vizepremierminister Pramarn Adireksarn, der mit General Chatichai Choon-



Thailands König Bhumipol (l.) und Premierminister Prem

havan, Industrieminister, die Chart Thai-Partei führt, die die chinesisch-thailändische Annäherung vorbereitete, in Moskau auf. Ein anderes Regierungsmitglied könnte demnächst nach Moskau reisen.

„Wir sind mit einer regionalen Konsultation einverstanden, nicht jedoch mit einer regionalen Konferenz“, sagen die Verantwortlichen in Bangkok, „da wir nicht glauben, daß eine regionale Konferenz die Probleme lösen kann. Es gibt Länder außerhalb dieser Region, die eine vorherrschende Rolle spielen.“ Die Thailänder, die sich nicht voll in die Kampuchea-Frage verwickelt sehen möchten, stellen vielleicht ein gewisses Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber den „Großen“ der Region und der Welt fest. Um jedoch keinen Weg zu verschließen, verwirft Bangkok die Idee einer regionalen Konferenz nicht endgültig, selbst wenn die Unterredungen, die stattfanden, keine neuen Gesichtspunkte erbrachten. Man sagt in Bangkok, daß „eine Atmosphäre des Vertrauens hergestellt werden muß“.

Nguyen Co Thach in Hanoi vertritt einen sehr ähnlichen Standpunkt: „Es ist positiv in dem Sinn, daß ein Dialog stattfindet“, sagt er uns, „und insofern man durch den Dialog Probleme lösen möchte.“ Die Sackgasse des Kampuchea-Problems schließt nicht aus, daß in Zukunft über andere Dinge gesprochen wird: Von der Bildung einer „Friedenszone“ in Südostasien oder vom Mekong-Komitee, einer der Schlüssel zur Entwicklung der Region, zu der theoretisch Thailand, Laos, Kampuchea und Vietnam gehören. Die Arbeit dieses Komitees ist jedoch praktisch aufgrund der Nichtanerkennung des Regimes von Phnom Penh lahmgelegt.

„Persönlich sehe ich keinen Hinderungsgrund, daß Heng Samrin schon bald an einer Tagung des Komitees teilnimmt. Dies würde keine Anerkennung beinhalten“, sagte uns Vizepremierminister Thanat Khoman.

Es handelt sich dabei bei weitem sicher noch nicht um eine Politik des „Gleichgewichts“; aber indem weiterhin die „vietnamesische Bedrohung“ an die Wand gemalt wird, verfolgt die thailändische Diplomatie offensichtlich mehrere Wege. Das Bestreben nach einer Diversifikation (der außenpolitischen Beziehungen) ist ein Ausdruck der Verschiedenartigkeit der Bestandteile der herrschenden Klasse, in der sich eine Aristokratie, die vom Kolonialismus nicht wie in den Nachbarländern vernichtet wurde, eine Bourgeoisie, die sich im Großhandel und kürzlich in der Industrie bereicherte, und Offiziere, die aus den gleichen Familien kommen, verschmelzen.

Reich, aber nicht immer mächtig, scheinen die „200 Familien“ von Bangkok um den Königspalast „mehrere Eisen im Feuer“ zu haben: Wenn sie auch keine Sympathien für die

kommunistischen Parteien haben, die in den Nachbarländern die Macht ausüben, so sind sie doch um ihre eigene Sicherheit besorgt. „Vielleicht glauben die Chinesen, daß die Vietnamesen bösartig sind“, sagt ein thailändischer Politiker. „Wir hingegen denken, daß Vietnam ein Nachbarland ist, mit dem wir leben müssen. (...) Außerdem sind wir, glaube ich, in mehreren Punkten der gleichen Meinung. Wir brauchen ebenso ein unabhängiges Vietnam, wie Vietnam uns braucht.“

Thailand riskiert darüber hinaus, sich innerhalb der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) (siehe ausführlich in: AIB 11-12/1981, S. 25-30; d. Red.) zu isolieren, und zwar zu einem Zeitpunkt, da man sich mit schwierigen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert sieht und das Handelsbilanzdefizit mit Japan steigt (ca. 1 Mrd US-Dollar 1981). Die anderen Mitgliedsstaaten der ASEAN betonen immer stärker das Gewicht Chinas in der Region: Insbesondere Indonesien und Malaysia haben offen ihre Ablehnung der thailändischen Haltung, es gäbe keine „chinesische Bedrohung“, zum Ausdruck gebracht: „Ich verlege nicht, daß China in 10 oder 20 Jahren eine Bedrohung für unsere Sicherheit und Unabhängigkeit werden kann“, erklärt Thanat Khoman. „Aber im Moment kommt die Bedrohung nicht von China.“ Man hat jedoch in Bangkok noch in Erinnerung, daß das Land sich 1950 an die USA gebunden hat „aufgrund einer direkten Bedrohung durch China“: es handelte sich damals allerdings um die Ansteckungsgefahr der chinesischen Revolution.

Die augenblickliche Regierungskoalition ist ein kurzlebiger Kompromiß. Es gibt zwei oppositionelle Kräfte, die sich um General Prem Tinsulanonda, Premierminister, der trotz des gescheiterten Staatsstreiches vom April 1981 weiterhin in Amt und Würden ist, und General Kriangsak Chomanon, ehemaliger Premierminister und Wahlsieger der Regionalwahlen von Rai-Et im August 1981, wodurch er neue Unterstützung im Parlament finden kann und eventuell selbst wieder den Posten des Premierministers anstreben könnte, sammeln. General Kriangsak scheint profiliert in der Regionalpolitik zu sein: Er machte eine offizielle Visite in Vientiane; empfing den Premierminister Vietnams in Bangkok und unterschrieb die wichtigsten gemeinsamen Erklärungen mit Laos und Vietnam.

Sollte Thailand auch nur im geringsten seine Außenpolitik zu ändern wünschen, werden sich seine mächtigen „Patronen“ zu Wort melden. Der kleine Staat, der durch seine abhängigen Beziehungen noch verletzlich wird, hat ein besonderes Bedürfnis nach Stabilität. Aus diesem Grunde könnten die Verantwortlichen sich veranlaßt sehen, ein gewisses Gleichgewicht in den regionalen Beziehungen herzustellen. „Gleichgewicht“, betont man in Bangkok, nicht „Äquidistanz“ (gleicher Abstand). Denn das Land bleibt zutiefst engagiert an der Seite der westlichen Welt.

(Quelle: Le Monde Diplomatique, Paris, Oktober 1981, S.12)

**SOLIDARITÄTSKALENDER
GUATEMALA 1982**



Format: 21 x 30 cm
schwarz-weiß
13 Blätter mit Photos und
wichtigen Ereignissen

Preis 5,50 DM (ab 10 Stück 4,-DM) + Porto
Zu beziehen beim Guatemala Komitee Bonn
c/o Lutz Müller, Frongasse 6, 5300 Bonn 1
Volksbank Bonn, BLZ 380 601 86 Regine Schönenberg
Konto-Nr.: 10 26 88, Stichwort: "Kalender".

In der zweiten Jahreshälfte 1981 hielt sich Prof. Günter Giesenfeld, Filmemacher und Vorstandsmitglied der Freundschaftsgesellschaft BRD - SR Vietnam, in Indochina auf. Im Binnenland Laos führte er Gespräche mit dem laotischen Vizepremierminister Phoumi Vongvichit (Minister für Bildung, Sport und Kultur) und mit Prinz Souvanna Phouma. Letzterer hatte 1973-75 zusammen mit seinem Halbbruder, dem „roten Prinzen“ Souphanouvong die Provisorische Übergangsregierung geleitet, bevor er im Dezember 1975 vom Volkskongreß – zeitgleich mit dem abdankenden König Sri Savang Vatthana – zum Berater der Volksmacht ernannt wurde. Souphanouvong, seit den 50er Jahren Führer der Befreiungsfront Pathet Lao, wurde erster Staatspräsident der im Dezember 1975 proklamierten Volksdemokratischen Republik Laos.



Interview mit Phoumi Vongvichit

Unsere Länder schützen und aufbauen

FRAGE: 1977 schrieb der Generalsekretär der Revolutionären Volkspartei von Laos (RVPL), Kaysone Phomvihane: „In Laos herrscht ein sehr fortschrittliches politisches System, dem die rückständige Produktionsweise nicht entspricht. Die materielle Basis für den Aufbau des Sozialismus ist noch sehr schwach.“ Hat sich diese Situation seitdem geändert?

PH. VONGVICHIT: Seit dem 2. Dezember 1975 hat das laotische Volk unter der Führung der Revolutionären Volkspartei von Laos auf dem ganzen Territorium des Landes, das der Feudalismus, der Kolonialismus und der Neokolonialismus hinterlassen hatten, mit der Umwälzung und dem sozialistischen Aufbau begonnen.

Die sozialistische Basis – noch schwach und ärmlich

Die Produktion bestand aus kleinen rückständigen, völlig auf dem Stand der Naturalwirtschaft verbliebenen landwirtschaftlichen Betrieben. Außerdem hatten 4/5 des laotischen Territoriums unter dem schrecklichen Aggressionskrieg des amerikanischen Imperialismus gelitten, die Häuser, Krankenhäuser, Schulen und Pagoden waren von Bomben aller Art verwüstet; nichts war stehengeblieben. Ein großer Teil der Felder und Wälder war nicht mehr zu bewirtschaften. Das laotische Volk hat versucht, sein Leben wieder zu normalisieren und auf der Asche, die die modernsten Waffen des amerikanischen Imperialismus hinterlassen hatten, Landwirtschaft und Industrie wieder auf die Beine zu stellen.

Das ist die materielle Basis, auf der der Sozialismus in Laos aufgebaut wird, schwach und ärmlich, weil die sog. zivilisierten Länder der Welt das Leben als menschliches Wesen nicht geachtet und geschützt haben.

Nachdem die Demokratische Volksrepublik Laos gegründet war, haben unsere Partei und Regierung die Bevölkerungsgruppen aufgenommen, die von den amerikanischen Imperialisten und ihren Handlangern gezwungen worden waren, in den Gebieten unter ihrer Kontrolle zu leben, oder die ihre Dörfer verlassen mußten und sich in Wäldern und Höhlen versteckten, um den Bomben und Kugeln der amerikanischen Imperialisten und ihrer Diener zu entkommen; wir haben sie in ihren Herkunftsgebieten wieder ansässig gemacht, die nicht explodierten Bomben entschärft, Wohn-

häuser, Pagoden für die Priester, Schulen und Krankenhäuser gebaut, damit es Orte gibt, wo die Kinder Unterricht erhalten und die Bürger versorgt werden.

Von 1977 an haben wir die Bevölkerung mobilisiert, Deiche und Bewässerungskanäle zu bauen, landwirtschaftliche Genossenschaften und Staatsgüter geschaffen, die sich ständig weiterentwickeln, Büffel gekauft und als Zugtiere an die Bevölkerung verteilt und die Bevölkerung an neue Produktionstechniken herangeführt, namentlich Saatgutauswahl, Einsatz von Mist und von chemischem Dünger und andere Techniken zur Verbesserung der Produktivität von Ackerbau und Viehzucht.

Gegenwärtig haben wir 3.000 landwirtschaftliche Genossenschaften und über 10 Staatsgüter. Die Brauereien und die Holzfabriken, die das alte Regime uns hinterlassen hat, sind wieder instandgesetzt worden und haben die Arbeit wieder aufgenommen. Einige Werkstätten für die Landwirtschaft, die Leichtindustrie und das Kunsthandwerk sind geschaffen worden.

Im vergangenen Jahr haben wir über 1.390.000 t Reis geerntet, eine Zahl, die in der Geschichte von Laos niemals erreicht wurde; dieses Jahr werden wir bei günstigen klimatischen Bedingungen eine noch bessere Ernte erzielen, denn unsere landwirtschaftlichen Aktivitäten verbessern sich in quantitativer und qualitativer Hinsicht.

Um den Aufbau des Landes, das Leben des Volkes, den Personen- und Warentransport zu erleichtern, haben wir die Straßen repariert, die unter dem Krieg gelitten hatten, vor allem die, die unser Land quer durch das Territorium von Vietnam mit dem Meer verbinden, um so den guten Ablauf und die Sicherheit unserer Exporte und Importe zu gewährleisten.

Wenngleich die Ergebnisse, die wir erreicht haben, noch bescheiden sind, ist die innere Situation unseres Landes besser als unter dem alten Regime, und sie wird sich sicherlich immer mehr verbessern. Diese Ergebnisse sind erreicht worden dank der Anstrengungen aller Stämme unseres Volkes, die sich mit der Verwirklichung der korrekten politischen Linie der Revolutionären Volkspartei von Laos solidarisiert haben, und dank der beträchtlichen und wertvollen Hilfe und Unterstützung der Sowjetunion, der sozialistischen Bruderländer und der internationalen Organisationen, die Freundschaft für das laotische Volk empfinden. Unser laoti-

ches Volk wird sich ewig an diese wertvolle Hilfe erinnern. FRAGE: Wie haben sich die Beziehungen zwischen Laos und der Volksrepublik China entwickelt? Droht immer noch eine Intervention chinesischer Truppen wie in Vietnam? Sind die Informationen der westlichen Presse richtig, nach denen es in Laos und Vietnam eine Truppe von 4.000 Meos gibt, die einen bewaffneten Kampf gegen die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Laos führen?

PH. VONGVICHIT: Das chinesische Volk ist ein Volk, das von Frieden, Gerechtigkeit und sozialem Fortschritt begeistert ist, und in der Vergangenheit hat es das laotische Volk in seinem Kampf um das nationale Wohl gegen den amerikanischen Imperialismus unterstützt; deshalb ist das laotische Volk dem chinesischen Volk dankbar und betrachtet es immer noch als guten Freund. Aber gewisse Reaktionäre, die in Peking an der Macht sind, möchten ihre expansionistischen und großmacht-hegemonistischen Ambitionen über die Länder Indochinas praktizieren und sich dieser als Sprungbrett bedienen, um ihre Vorherrschaft über ganz Südostasien auszudehnen.

Weil die Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea eine Politik der Unabhängigkeit und der Erhaltung des Friedens verfolgen und nicht wünschen, daß sich diese expansionistisch-hegemonistischen Reaktionäre ihres Territoriums bedienen, um Aggressionsakte gegen Südostasien zu begehen, haben diese das völkermörderische Regime in Kampuchea dazu gebracht, die Sozialistische Republik Vietnam anzugreifen, und den Norden von Laos mit ihrer eigenen Armee bedroht. Darüber hinaus haben sie die Reaktionäre, die in Thailand an der Macht sind, verpflichtet, mit ihnen zusammenzuarbeiten, um Unsicherheit entlang der Grenze zur Volksrepublik Kampuchea zu schaffen; sie haben die Nordgrenze der Sozialistischen Republik Vietnam angegriffen, Interventions- und Provokationshandlungen gegen den Norden von Laos begangen und von Zeit zu Zeit gespannte Situationen entlang der laotisch-thailändischen Grenze geschaffen.

Die Reaktionäre aus Peking und Thailand haben die des Landes verwiesenen laotischen Reaktionäre unterstützt, ausgebildet und ausgerüstet und sie beauftragt, das laotische Volk entlang der laotisch-chinesischen und der laotisch-thailändischen Grenze auszuplündern; von den Polizeiorganen des laotischen Volkes sind einige dieser Reaktionäre getötet, andere gefangengenommen worden, und einige andere sind nach China und Thailand geflohen.

Ich kenne nicht die genaue Zahl von Meos oder der des Landes verwiesenen laotischen Reaktionäre, die von den Reaktionären aus Peking und Bangkok für die Provokationen an der laotisch-chinesischen und laotisch-thailändischen Grenze benutzt werden. Aber ich weiß, daß diese Plünderbanden in Gruppen von 3-10 Personen in unser Land eingedrungen sind, um die Lebensmittel der Bevölkerung entlang der Grenze zu stehlen und um ab und zu Wagen und Transportboote zu beschießen. Doch sie sind von unseren bewaffneten Truppen und unserem Volk geschlagen und verjagt worden, wie ich schon erwähnt habe.

Gegenwärtig ist das ganze laotische Territorium unter der Kontrolle der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Laos, und zwar mit einer Sicherheit, die mit jedem Tag stabiler wird. Das macht es möglich, daß das ganze laotische Volk sein Land unter ständig sich verbessernden Bedingungen aufbauen kann.

FRAGE: Die chinesische Presseagentur behauptete 1979, daß 50.000 vietnamesische Soldaten in Laos stünden. Und in der westlichen Presse kann man lesen, daß laotische Politiker regelmäßig nach Vietnam fahren, um dort „politische Erziehung“ zu erhalten. Was sagen Sie dazu, und wie sehen Sie die Entwicklung der Beziehungen zwischen Laos und Vietnam nach 1977 (Jahr des Abschlusses des Freund-

schaftsvertrags)?

PH. VONGVICHIT: Ich glaube, der Zweck der Veröffentlichung dieser Informationen durch die chinesische Presseagentur ist es, einen Vorwand zu finden, um sich in die inneren Angelegenheiten von Laos einzumischen, um dort Unordnung zu stiften. Jeder weiß, daß die Demokratische Volksrepublik Laos ein völlig unabhängiges und souveränes Land ist. Und aufgrund der Tatsache, daß seine Sicherheit bedroht ist, ist seine Regierung voll dazu berechtigt, jede Hilfe von Vietnam oder anderen Ländern zu erbitten, wie es auch schon mehrere unabhängige Länder in der Welt getan haben.

Die Tatsache, daß laotische Delegationen Vietnam oder andere befreundete Länder besuchen, um sich Erfahrungen des nationalen Aufbaus anzueignen, oder daß Delegationen aus Vietnam oder anderen befreundeten Ländern Laos besuchen, um unsere Erfahrungen kennenzulernen, ist eine völlig normale Sache. Soviel ich weiß, machen Delegationen aus verschiedenen Ländern der Erde regelmäßig gegenseitige Besuche, sei es in kleiner oder großer Zahl, um Erfahrungen auszutauschen, aber ich finde nicht, daß das eine merkwürdige Sache ist.

Kooperationsangebot an ASEAN

Was die Beziehungen zwischen Laos und Vietnam betrifft, haben sie sich seit dem Beginn des Kampfes für das nationale Wohl gegen die französischen Kolonialisten und so dann gegen die amerikanischen imperialistischen Aggressoren gefestigt. Nach unserem vollständigen Sieg konsolidieren sich diese Beziehungen weiter, besonders seit der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags von 1977, und diese Beziehungen festigen sich mehr denn je. Es sind Beziehungen der Freundschaft und gegenseitigen Hilfe auf allen Gebieten, um unsere Länder zu schützen und aufzubauen, um sie auf dem Weg des Sozialismus gemäß unseren Mitteln voranschreiten zu lassen, um insgesamt den Frieden in Indochina zu bewahren und zur Sicherung des Friedens in Südostasien und in der Welt beizutragen.

FRAGE: Die drei Länder Indochinas haben seit einiger Zeit gemeinsame politische Schritte unternommen, vor allem gegenüber den ASEAN-Staaten. Was ist das Ziel dieser koordinierten Politik?

PH. VONGVICHIT: Die Politik von Laos, Vietnam und Kampuchea ist deutlich in den gemeinsamen Erklärungen der Außenminister der drei Länder ausgedrückt, die sich in Phnom Penh, Vientiane und Ho-Chi-Minh-Stadt getroffen haben (Wortlaut der letzten Erklärung in: AIB 11-12/1981, S. 28; d. Red.). Das Ziel jedes der drei Länder Indochinas ist es, seine Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität zu schützen und den Frieden zu bewahren, damit jedes Volk sein Land für eine strahlende Zukunft aufbauen kann.

Die drei Länder Indochinas werden nicht zulassen, daß die expansionistischen und großmacht-hegemonistischen Reaktionäre aus Peking ihre Länder als Sprungbrett benutzen, um ihre Vorherrschaft über Südostasien auszudehnen. Denn ein solcher Versuch birgt das Risiko in sich, einen in diesem Teil der Welt unerwünschten Krieg zu provozieren. Die drei Länder Indochinas halten es in gemeinsamer Absprache für nötig, daß zur Vermeidung bewaffneter Konfrontationen Treffen mit China und jedem Land der ASEAN (Vereinigung Südostasiatischer Nationen, siehe AIB 11-12/1981, S. 26ff.; d. Red.) stattfinden, damit diese Länder in Frieden, Gleichheit und gegenseitigem Respekt und gegenseitiger Interessenwahrung koexistieren können. Das wird eine gemeinsame Anstrengung darstellen, um den Frieden in Indochina, Südostasien und in der Welt zu sichern.

Interview mit Prinz Souvanna Phouma Für die „Einigkeit aller Laoten“



FRAGE: Sie waren in der Periode nach 1954 (Genfer Verträge) der Repräsentant einer Politik der Neutralität. Aber viele Beobachter der damaligen Zeit hielten Sie für einen geheimen Verbündeten der USA, während andere (z.B. Ihr Sohn Mangkra) Ihnen vorwarfen, Sie seien zu empfänglich für die Zusammenarbeit mit der Neo Lao Haksat (Laotische Patriotische Front, gegr. 1954), die von Ihrem Bruder S.H. Souphanouvong geleitet wurde. Wie würden Sie Ihre Rolle und Funktion in dieser Zeit sehen?

S. PHOUMA: Was die Entwicklung in Laos seit 1954 bis heute anlangt, so dürfte sie bekannt sein. Mir ist es ein Bedürfnis, Ihnen dazu noch zu sagen, daß ich stets nur ein Ziel hatte: den Frieden und die nationale Einheit in Laos. Deshalb hatte ich immer enge Kontakte mit der Neo-Lao-Haksat-Bewegung, die eine sehr breite und volksverbunden Kraft repräsentierte und dafür arbeitete, daß alle Anstrengungen unternommen wurden, um die „Einigkeit aller Laoten“ zu erreichen.

Jedesmal, wenn diese „Einigkeit aller Laoten“ zerbrach, war dies die Folge einer Sabotagearbeit der Feinde unseres Landes. Und diese letzte „Vereinigung aller Laoten“ (gemeint ist die Gründung der VDR Laos im Dezember 1975; G.G.) ist ein Sieg des ganzen laotischen Volkes, der unumkehrbar ist, die Frucht des Kampfes der ganzen laotischen Nation, und ich habe persönlich einen positiven Beitrag dazu geleistet... Über diesen Punkt sind sich die Völker der Welt einig. Denn dieser Sieg ist von den Völkern der Welt begrüßt und unterstützt worden. Ich bin persönlich fest davon überzeugt, daß es auf der ganzen Welt keinen Feind gibt, der in der Lage ist, diese Situation wieder umzustürzen.

Berater der Revolutionsregierung

FRAGE: Wenn Sie die Entwicklung in Laos mit der in Kampuchea vergleichen (der Periode Sihanouk, dann Lon Nol und Pol Pot), wie sehen Sie die Unterschiede und die Gründe für diese Unterschiede?

S. PHOUMA: Die Lage in Kampuchea hat sich anders entwickelt als in Laos, wegen der Unterschiede in der Innen- und Außenpolitik. Die schlimmste Politik war die der Pol-Pot-Clique, die auf einen Völkermord der kampucheanischen Nation hinauslief und von den Intentionen der aktuellen Führer in Peking geprägt war.

Dies war untragbar für das kampucheanische Volk. Es war deshalb gezwungen, aufzustehen und sich zur Wehr zu setzen, mit der Hilfe Vietnams und der Unterstützung Laos' und aller den Frieden und die Gerechtigkeit liebenden Völker der Welt. Dieser Sieg des kampucheanischen Volkes ist ein gerechter und endgültiger Sieg, und ebenso unumkehrbar wie in Laos.

FRAGE: Sie sind augenblicklich „Berater der Regierung“. Welche Ratschläge geben Sie ihr?

S. PHOUMA: Zunächst hatte ich vorgehabt, wegen meines fortgeschrittenen Alters in den Ruhestand zu gehen. Als aber der nationale Kongreß der Volksvertreter (am 2.12.1975; G.G.) meine Ernennung zum Berater der Regierung beschloß, habe ich meine neue Aufgabe aus freier Entscheidung akzeptiert. Seither habe ich meine große Erfahrung dazu verwendet, um meiner Aufgabe gerecht zu werden, indem ich dem Präsidenten des Ministerrates und der Regierung verschiedentlich Ratschläge politischer, ökonomischer und anderer Natur gebe.

FRAGE: Sie haben öffentlich (in Le Monde im Jahre 1980) erklärt, daß im Jahre 1979 noch 10 bis 15.000 Personen in Umerziehungslagern gewesen seien. Wieviel befinden sich heute noch dort, und aus welchem Grund? Wann und unter welchen Bedingungen werden sie freigelassen und integriert werden?

S. PHOUMA: Die große Mehrzahl der Personen, die sich zum Zwecke der Umerziehung in den verschiedenen „Kursen für das zivile und militärische Personal des alten Regimes“ befanden, sind inzwischen freigelassen, zu ihren Familien zurückgekehrt oder wieder an den Orten, wo die Seminare stattgefunden hatten, in die Gesellschaft eingegliedert worden. Jeden Monat werden weitere Personen die Seminare verlassen, bis es dort niemand mehr geben wird.



Bewässerungsarbeiten am Mekong, dem „laotischen Schicksalsfluß“

Stimmen zum Rüstungsexport

Die Diskussion um die Neufassung der Richtlinien für bundesdeutsche Waffenexporte trat zur Jahreswende 1981/82 in ein Entscheidungsstadium. Während öffentlich beteuert wurde, die Bundesregierung wolle im Prinzip an einer generell restriktiven Handhabung des Rüstungsexports in die Dritte Welt festhalten, konzentrierte sich das eigentliche Interesse auf die Formulierung von Ausnahmeregelungen. Das bisherige Verfahren, demzufolge der Export von Waffen in Spannungsgebiete untersagt war, bot freilich schon so viele Hintertüren, daß sich die Bundesrepublik in den letzten Jahren zum fünfgrößten Waffenexporteur der Welt entwickeln konnte (vgl. AIB 3/1981, S. 4-11).

Wenngleich die definitive Entscheidung des Bundessicherheitsrats, die für Ende Januar 1982 erwartet wird, bei Redaktionsschluß noch nicht vorlag, zeichnete sich ab, daß die Parteiführungen der sozialliberalen Koalition, wenn nicht auf eine Rundumliberalisierung der Waffenexporte, so doch wenigstens auf weitere respektable Erleichterungen hinaus wollten. Nach dem Vorschlag der Arbeitsgruppe Rüstungsexport der SPD-Bundestagsfraktion vom November 1981 etwa soll eine Ausnahme genehmigung dann möglich sein, wenn „vitale außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen es erfordern“. Auf einer gemeinsamen Sitzung der Arbeitsgruppen Rüstungsexport von SPD und FDP Ende Oktober 1981 hieß es, Waffenexporte in Spannungsregionen sollten dann gestattet werden, wenn das „Gleichgewicht“ in der betreffenden Region es erfordert. Mit dem Hinweis auf die „Sicherung von Arbeitsplätzen“ sollen nach SPD-Vorstellungen die Ausnahmeregelungen beim Bau und Export von Kriegsschiffen noch weiter gefaßt werden. Eine „parlamentarische Kontrolle“ von Waffenexporten soll schließlich nach den Vorstellungen der Koalition dadurch gewährleistet werden, daß die Bundesregierung künftig ein Gremium von fünf bis neun Abgeordneten „vertraulich“ (!) konsultieren soll.

Die neuen Bestimmungen dürften am Ende wohl so vage abgefaßt sein, daß es ins Belieben der Regierenden gestellt ist, wie sie interpretiert werden. Den Expansionsinteressen der westdeutschen Rüstungsexportkonzerne dürften dann kaum noch Grenzen gesetzt sein. Um so wichtiger scheint deshalb eine weitere Verstärkung der Proteste. Einige kritische Stimmen zu den Liberalisierungstendenzen bundesdeutscher Waffenexporte haben wir im folgenden zusammengestellt.

Offener Brief des 17. Ausbildungsgangs am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik

Wir, Teilnehmer des 17. Ausbildungsgangs am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Berlin, sind schockiert über die gegenwärtige Genehmigungspraxis für Waffenexporte und deren Auswirkungen vor allem in der Dritten Welt. Besondere Sorge bereiten uns die Tendenzen zu einer noch weitergehenden Liberalisierung dieser Genehmigungspraxis. In ihren entwicklungspolitischen Grundlinien bekennt sich die Bundesregierung zur Sicherung des Friedens in der Welt: „Entwicklungspolitik leistet einen wachsenden Beitrag zu der auf Abbau von Spannungen und partnerschaftliche Zusammenarbeit ausgerichteten Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist damit ein wesentliches Element zur Sicherung des Friedens in der Welt.“ (...)

Der Artikel 26 des Grundgesetzes, das Außenwirtschaftsgesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz weisen die Entscheidung über die Genehmigung von Waffenexporten der Bundesregierung zu und legen eine restriktive Genehmigungspraxis nahe. Dementsprechend hat das Kabinett am 16. Juni 1971 beschlossen, daß der Export von Kriegswaffen in die Länder außerhalb des Nordatlantischen Bündnisses grundsätzlich unterbleiben soll und daß die Lieferung von Waffen in Spannungsgebiete verboten ist.

Im krassen Widerspruch dazu steht das Verhalten der Bundesregierung. Die Bundesrepublik rangierte in den 70er Jahren bereits auf Platz 7 in der Liste der Großwaffenexporteure in die Dritte Welt. (...)

Hinzu kommen die Verkäufe kleinerer Waffen und sonstiger Rüstungsgüter, wie Fertigungsunterlagen und Anlagen zur Herstellung von Rüstungsgütern, sowie Teilen von Kriegswaffen, die selbst keine Kriegswaffen sind. Nach Angaben von amnesty international wurden z.B. bis Februar 1980 Pistolen, Handfeuerwaffen und Munition an den mittelame-

rikanischen Staat Guatemala geliefert, in dem jährlich mehrere tausend Menschen von Polizei und paramilitärischen Organisationen ermordet werden.

Waffenexporte verstärken die Spannungen in der Welt und stellen in vielen Fällen eine Beihilfe zu politischer Repression, zu Folter und Mord dar. Außerdem werden durch die Waffenkäufe der jeweiligen Regierungen wertvolle Mittel verschleudert, die die Völker der Dritten Welt für ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung dringend benötigen.

Die Genehmigungspraxis der Bundesregierung ist ein Schlag gegen unsere entwicklungspolitische Arbeit und unser entwicklungspolitisches Engagement. Waffenexporte sind moralisch nicht zu rechtfertigen, auch nicht durch eventuelle politische und wirtschaftliche Vorteile der Bundesrepublik Deutschland.

Hinzu kommt, daß diese Vorteile höchst zweifelhaft sind. Gerade Waffenverkäufe an demokratisch nicht legitimierte Regierungen werden der internationalen Stellung der Bundesrepublik Deutschland langfristig schwer schaden. Durch Waffenexporte werden zudem wirtschaftliche Kapazitäten gebunden und somit vergeudet, sowie Arbeitsplätze von der Rüstungsproduktion abhängig gemacht, die aufgrund der starken Beschäftigungsschwankungen in diesem Bereich extrem unsicher sind. Eine Umstellung der Rüstungsproduktion auf Produktion für friedliche Zwecke ist auch aus wirtschaftlichen Gründen dringend geboten.

Wir fordern angesichts der gegenwärtig laufenden Überprüfung der bisherigen Rüstungsexportbestimmungen

- Rüstungsexporte in Länder der Dritten Welt gesetzlich zu verbieten und dieses Verbot konsequent durchzuhalten,
- die Umstellung der Rüstungsproduktion auf Produktion für friedliche Zwecke in Angriff zu nehmen.

Appell von amnesty international

Alle reden vom Frieden



Wir nicht.

Graphik von K. Staeck

Die Unterzeichnenden sind der Auffassung, daß die Bundesrepublik Deutschland durch den Export deutscher Waffen und Rüstungsgüter keine Beihilfe zur Unterdrückung der Bevölkerung anderer Staaten und zu Akten politischer Repression leisten darf. Die gegenwärtigen gesetzlichen Regelungen und die Genehmigungspraxis der Bundesregierung tragen dieser Auffassung nicht Rechnung.

Die Unterzeichnenden fordern daher,

- Rüstungsexporte gesetzlich zu verbieten, wenn die Gefahr besteht, daß die Rüstungsgüter im Empfängerland (Endverbleibsland) zu Menschenrechtsverletzungen angewandt werden;
- die Genehmigungspflicht über Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter hinaus auch auf deren Teile, Produktionsanlagen und Lizenzen zu ihrer Fertigung sowie Beratungs-, Ausbildungs- und Ausrüstungsleistungen für Militär, Polizei und sonstige Sicherheitskräfte auszudehnen;
- die Entscheidungen über Rüstungsexporte unter Angabe von Antragsteller, Exportartikel, Empfängerland und Entscheidungsgründen zu veröffentlichen;
- die Genehmigung von der Zustimmung eines parlamentarischen Unterausschusses abhängig zu machen. (...)

Pressemitteilung von terre des hommes

Das Kinderhilfswerk terre des hommes, das die von amnesty international veröffentlichte Erklärung mitunterzeichnete, betont darüber hinaus erneut seine strikte Ablehnung jeglicher Rüstungsexporte in Länder der Dritten Welt. Während seiner nunmehr fast 15jährigen Betreuung und Versorgung von kriegsverletzten Kindern habe terre des hommes festgestellt, daß ein maßgeblicher Teil der kriegsbedingten Verletzungen und dauerhaften Schädigungen durch Waffen aus westlichen Industriestaaten verursacht wurden.

Die in der Öffentlichkeit noch häufig verbreitete Behauptung, Waffen würden zur Stabilisierung unterentwickelter Länder und Krisengebiete beitragen, bezeichnete das Kinderhilfswerk als reine Augenwischerei.(...)

Wie bereits gegen die umstrittenen U-Boot-Lieferungen an Chile protestiert terre des hommes in diesem Zusammenhang aufs schärfste gegen die vor wenigen Tagen durch den

Bundessicherheitsrat erfolgte Export-Freigabe der Panzerhaubitzen 155-1 an Saudi Arabien. Unter dem Deckmantel multinationaler Gemeinschaftsproduktionen werde damit faktisch mit dem Export deutscher Waffen in Krisengebiete begonnen. Nach Auffassung des Kinderhilfswerks sei mit dieser Entscheidung ein Präzedenzfall geschaffen worden, der den Handlungsspielraum der Bundesregierung bei entsprechenden Export-Entscheidungen künftig einenge und darüber hinaus eine durchlässigere Handhabung der einschlägigen Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetze ermögliche.

Terre des hommes appelliert daher nochmals mit allem Nachdruck an die Bundesregierung, ihre Entscheidung zu überprüfen, denn niemand könne glaubhaft für den Frieden eintreten und mit dem Export von Waffen an unterentwickelte Länder den eigenen Wohlstand sichern.

Offener Brief von H. Böll, der Kinderhilfe Chile, der Gesellschaft für bedrohte Völker u.a. an H. Schmidt, H.D. Genscher und H. Kohl

(...) Wir weisen darauf hin:

- daß Sie jetzt endgültig dabei sind, die Beschränkungen aufzugeben, die wir uns als Lehre aus dem 2. Weltkrieg auferlegt haben;
- daß in mehreren Ländern der Dritten Welt berechnete Ansprüche der Bevölkerung nach Demokratisierung und ausreichender Ernährung unterdrückt werden — mit deutschen Waffen;
- daß für Rüstung 15mal mehr ausgegeben wird als für Entwicklungshilfe;
- daß mit gleichem Kapitaleinsatz im Gesundheitswesen doppelt, im Bildungswesen gar dreimal so viele Arbeitsplätze geschaffen werden können wie im Rüstungsbereich.

Wir stellen fest:

Man war sich einig, daß deutsche Waffen nie mehr aggressiv genutzt werden sollten!

Rüstung verhindert soziale Gerechtigkeit in der Dritten Welt!

Rüstungsausgaben sind verloren für die wirtschaftliche Entfaltung der Dritten Welt!

Rüstungsproduktion verschwendet Geld und Arbeitsplätze!
Wir fordern Sie auf:

- Machen Sie Ernst mit Ihren Wahlversprechen, den Frieden zu sichern.
- Widmen Sie Ihre Kräfte der Rüstungsbeschränkung und der Abrüstung in aller Welt!
- Verschenden Sie nicht Ihre Kräfte, um von selbstauferlegten Beschränkungen abzurücken und gegen den Willen eigener Parteimitglieder, gegen Ihre eigenen Bekenntnisse und gegen die Interessen Ihrer Wähler zu handeln!
- Machen Sie nicht sich und uns mitschuldig an Tod, Hunger und Unterdrückung in der Dritten Welt!

Vor 55 Jahren: Gründung der „Liga gegen Imperialismus“

In den 70er Jahren schmückte sich der Ableger einer Maoistensekte mit der Bezeichnung „Liga gegen Imperialismus“. Ihre kümmerlichen Überbleibsel sind nicht mehr auffindbar, ihre Wirkung nicht feststellbar. In die Annalen wird sie allenfalls eingehen wegen der Schamlosigkeit, mit welcher ihre Anstifter den Namen der „Liga gegen Imperialismus, gegen Kolonialherrschaft und für nationale Unabhängigkeit“ mißbrauchten, die auf der gleichnamigen Brüsseler Konferenz vom 10.-15. Februar 1927, vor 55 Jahren also, formell gegründet wurde.

Der Protokollband der Konferenz, 1927 in Berlin unter dem pathetisch wirkenden Titel „Das Flammenzeichen vom Palais Egmont“ (so der Name des Tagungsortes) erschienen, verzeichnet in der Ansprache des deutschen Kommunisten und Liga-Führungsmitgliedes Willi Münzenberg die Intention der Konferenzteilnehmer: „Wir wollen versuchen, die Keimzelle zu einer großen, allumfassenden Gemeinschaft aller Unterdrückten, aller Unterjochten zu bilden, sie herauszuführen aus den dunklen Tiefen, in die sie hinuntergestoßen wurden, und in denen sie von dem waffenstarrenden, die Kultur hindernden Imperialismus gehalten werden, und sie zu dem Lichte der Freiheit emporzuführen.“

Und an anderer Stelle: Die Zukunft werde „denjenigen Völkern und Organisationen gehören, die heute auf dem Brüsseler Kongreß vertreten sind“. Der von W. Münzenberg genannte Versuch gelang nur wenig über den eindrucksvollen Beginn der Konferenz von 1927 hinaus, seine Zukunftsvision indessen hat sich inzwischen in großen Teilen bewahrheitet.

Was stand hinter der Einberufung jener Weltkonferenz, was begründete ihren fast überschwänglich formulierten Optimismus?

Auf ihrem II. (1920) sowie IV. (1922) Kongreß hatte sich die Kommunistische Internationale ausführlich mit der Frage der Kolonien und Halbkolonien beschäftigt. Ausgehend von W.I. Lenins Thesen auf dem II. Kongreß hatte sie im wesentlichen eine auf breite antiimperialistische Bündnisse gerichtete Orientierung entwickelt, die den Kampf für die Unabhängigkeit führen sollten. Die Entwicklungen der 20er Jahre sollten die Richtigkeit dieser Politik bestätigen.

In den beginnenden antikolonialen Kämpfen namentlich der Länder des Ostens, so in China, gelang es zeitweise, eine breite antiimperialistische Front zu errichten. Dem Aufschwung der revolutionären Bewegungen in den Kolonien begegneten die imperialistischen Mächte mit Interventionen und blutiger Unterdrückung. Zugleich setzte sich z.B. in der chinesischen Guomindang mit Tschiang Kai-schek zunehmend eine reaktionäre Linie durch. In Indonesien veranstaltete die holländische Kolonialmacht Ende 1926 ein Massaker unter den Aufständischen, in China vereinten sich die britischen und japanischen Interventen mit der einheimischen Reaktion, in Indien nahmen die Massenaktionen gegen die britische Kolonialherrschaft zu.

„Flammenzeichen von Egmont“

Diese Entwicklungen motivierten Kommunisten, linke Sozialdemokraten, bürgerliche Demokraten und nationalrevolutionäre Kräfte aus den Kolonien und Halbkolonien, die Brüsseler Konferenz einzuberufen. Das Zustandekommen der Brüsseler Tagung allein war ein Erfolg, denn die Einladungen waren durch einzelne Personen und kleine Grüppchen erfolgt. „Die Parole unseres ernstesten Gegners, des englischen Imperialismus“, triumphierte Willi Münzenberger, „war Totschweigen... Das ist unmöglich gewesen... Die Presse mußte berichten.“

Die Bilanz: 174 Delegierte nahmen teil, „darunter allein 104 von Kolonialgruppen und Organisationen aus unterdrückten Ländern. Unser Kongreß ist in seiner Zusammensetzung einzigartig in der Geschichte der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung. Zum ersten Male treffen sich auf einem Kongreß Delegierte aus verschiedensten Erdteilen, Vertreter verschiedener Rassen, verschiedener Religionsgemeinschaften, verschiedener politischer Überzeugung, verschiedener Weltanschauung. Nur ein großer, gemeinsamer Gedanke bindet die so verschiedenartigen Gruppen und Kreise... Wir sind hierher gekommen, um gemeinsam eine mächtige Waffe zu schmieden gegen den gemeinsamen Feind, den Imperialismus“. (W. Münzenberg)

Vertreten waren 31 „Nationen“, wobei – Spiegelbild der kolonialen Verhältnisse – Afrika z.B. (außer Südafrika) nur als Französisch-Afrika in Erscheinung treten konnte. Zu den Teilnehmern zählten



Liga gegen Imperialismus in Mexiko-Stadt 1928: Plakat der Solidarität mit Nikaraguas Sandino

einige der bedeutendsten Vertreter des nationalen Befreiungskampfes: Jawaharlal Nehru aus Indien, Haya della Torre aus Peru, der südafrikanische („farbige“) Gewerkschaftsführer James LaGuma und der Präsident des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Josia Gumede, der algerische Revolutionär Messali Hadj, der Mitbegründer der kubanischen KP, Julio A. Mella. Aus Deutschland kamen u.a. der revolutionäre Schriftsteller Ernst Toller und der linke Sozialdemokrat Georg Ledebour, aus Großbritannien z.B. der heute noch im hohen Alter in der Friedens- und Solidaritätsbewegung aktive Fenner Brockway.

Imperialistische Kolonialpolitik, ihre Auswirkungen, die Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker, Fragen ihrer Unterstützung durch die Arbeiterbewegung und fortschrittlichen Kräfte in den imperialistischen Ländern, gemeinsame Aktionen, Organisationsfragen – dies waren die Themen der Konferenz. Zahlreiche Resolutionen – so zur Südafrikafrage, zur „Negerfrage“, naturgemäß zu China und Indonesien (wohin eine Delegation – Fritjof Nansen, Bernard Shaw, Henri Barbusse – entsandt werden sollte) wurden verabschiedet, ein Ehrenpräsidium gewählt. Es bestand aus dem französischen Schriftsteller Henri Barbusse, der Witwe des chinesischen Revolutionärs Sun Yatsen, dem chinesischen General Lu Chung-lin sowie Albert Einstein.

Das Manifest schloß mit den Worten: „Die Befreiung der Unterdrückten, der Vasallen oder gewaltsam unterjochten Kolonialvölker wird die Errungenschaften und Möglichkeiten der materiellen und geistigen Kultur der Menschheit nicht verringern, sondern in noch nicht dagewesenem Umfang vermehren. Und in diesem Sinne können die unterdrückten und versklavten Völker, die ähnlich dem Proletariat die überwiegende Mehrheit der Menschheit darstellen, die ganze Welt, die Welt der Zukunft erobern. Unterdrückte Völker und unterdrückte Klassen vereinigt euch!“

Die Liga und ihre Mitglieder unternahm zahlreiche Aktivitäten. Durch ihren Einsatz wurde Ho Chi Minh aus französischer Kolonialhaft freigekämpft; dem beschlossenen Justizmord an Sacco und Vanzetti in den USA setzten die Führer der Liga ihren Protest entgegen; im Sommer 1932 initiierte Henri Barbusse mit Romain Rolland den Amsterdamer Kongreß gegen die wachsende Kriegsgefahr. Dennoch: Die Liga erlebte nur eine kurze Ära des Einflusses.

Obwohl die Kommunistische Internationale Korrekturen sektiererischer Orientierungen frühzeitig vornahm, blieben diese vielfach in den einzelnen Mitgliedsparteien bestehen. Vor allem in China, Indien und Indonesien wirkte sich deren gegenüber bürgerlich-demokratischen Kräften sektiererische Politik aus. Die Folge: Der Indische Nationalkongreß (Nehru), die Indonesische Nationalpartei, die Ägyptische Nationalpartei und andere Organisationen traten aus der Liga aus. 1935 war das Schicksal der Liga besiegt.

Die hochgesteckten Erwartungen der Brüsseler Konferenz scheiterten an Fehlern und Schwächen innerhalb der revolutionären Bewegung, das „Flammenzeichen“ blieb vorerst Symbol. Das Vermächtnis der Henri Barbusse, Albert Einstein, Julio A. Mella oder Jawaharlal Nehru indes blieb gewahrt. Im Weltfriedensrat z.B. sollte es nach 1945 unter zwar veränderten Bedingungen, aber unter teilweiser personeller und organisatorischer Kontinuität aufgenommen werden. Die Siege der Befreiungsbewegungen der letzten Jahre sind auch noch die späten Siege der „Antiimperialistischen Liga“. J. Ostrowsky

Neue Filme zu Vietnam und Kampuchea



G. Giesenfeld (r.) im Kreise vietnamesischer Genossenschaftsbauern

Zwei ungewöhnliche Dokumentarfilme sind das Ergebnis einer Reise, die der bundesdeutsche Filmemacher und Autor des Buches „Land der Reisfelder“, Prof. Günter Giesenfeld, im Sommer 1981 nach Indochina unternahm:

Ha Bac, Sozialistische Republik Vietnam 1981, Regie: Günter Giesenfeld, Farbe, ca. 43 Min.; und Schule der Schönen Künste, Kampuchea 1981, Regie: Günter Giesenfeld, Farbe, ca. 35 Min. (Verleih: Filmdienst Vietnam, c/o G. Giesenfeld, Frankfurter Str. 55, 3550 Marburg/L. 1, Tel. 06421/12170).

Anhand zweier Kooperativen schildert **Ha Bac** den Alltag der Landbevölkerung in der gleichnamigen Provinz im Norden der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV), die am Delta des Roten Flusses gelegen ist. Anders als in den meisten politischen Dokumentarfilmen wird der Zuschauer in diesem Film jedoch nicht durch einen Kommentar mit gedrängten Informationen überschüttet. Vielmehr ist es die Absicht der Filmemacher, die Bilder in erster Linie selbst sprechen zu lassen, gleichsam dem Zuschauer den Eindruck eines Reisenden zu vermitteln, der erst allmählich zu begreifen beginnt, was sich vor seinen Augen abspielt.

Gewissermaßen als Kehrseite verbindet sich mit dieser Absicht eine weitere, die dann auch wesentlich die Machart dieses Streifens prägt: nämlich die Menschen, die gezeigt werden sollen, als das eigentliche Subjekt des Films zu begreifen; d.h. sie nicht mit einem a priori festgelegten Drehkonzept und vorgefertigten Ansprüchen zu konfrontieren, sondern die Kamera auf jene Dinge zu richten, welche von ihnen als reale Probleme und als zeigenswert empfunden werden. Wichtigste Einkommensquelle der Bevölkerung jenes Gebietes sind seit jeher die Reisplantagen. Bilder von Reisfeldern und den verschiedenen Stadien des sehr arbeitsintensiven und mit den einfachsten Produktionsinstrumenten betriebenen Reisanbaus ziehen sich deshalb quasi als Leitfaden durch den Film. Da die Kultivierung von Reis kollektive Arbeitsformen erfordert, haben diese traditionell stark die Lebensweise der Menschen geprägt, konnte die Revolution an diese Tradition anknüpfen und sie mit neuem Inhalt füllen. Was letzteres bedeutet, kommt u.a. darin zum Ausdruck, daß die Menschen auch bei der schweren körperlichen Arbeit, die sie auf den Reisfeldern verrichten, fröhlich sind, daß sie dabei singen, lachen und sich unterhalten, daß Arbeits- und Freizeit sich für sie quasi zwanglos verbinden, fließend ineinander übergehen. Es wird deutlich, wenn die alte Frau, die ihre Lebensgeschichte erzählt, das frühere Dasein unter dem Großgrundbesitzer mit ihrem jetzigen – immer noch keineswegs üppigen – Leben vergleicht: zumindest reicht es fürs Essen und man braucht keine Angst vor der Zukunft mehr zu haben...

Da jede Kooperative über eine eigene Backsteinbrennerei verfügt, die es den Bauern ermöglicht, Steinhäuser zu bauen und diese – je nach Bedarf und Einkommen – zu erweitern, vernichten die häufigen Naturkatastrophen zumindest nicht mehr die Unterkünfte, wie dies bei den früheren Holzhütten der Fall war. Trotzdem werden durch sie, wie die Aufnahmen eines Sturms zeigen, immer noch gelegentlich große Teile der Ernte zerstört, Verkehrsverbindungen unterbrochen usw.

Zwischen den verschiedenen Arbeitsgängen des Reisanbaus lernt man weitere Errungenschaften der Revolution kennen: z.B. die örtliche Krankenstation, die über einen eigenen Heilkräutergarten und eine Biogasanlage verfügt, die Grundschule und eine Kindertagesstätte. Die alten Frauen, die man in der Pagode beten sieht, während die

Männer im Hintergrund Tee trinken, haben es der Revolution und den in den 50er Jahren eingeleiteten Veränderungen zu danken, daß sie nun lesen und schreiben können, daß sie Stammgäste im Kulturhaus des Dorfes sind, wo jedermann Bücher und Zeitschriften zugänglich sind. Zwischendurch erfährt der Zuschauer von den versammelten Genossenschaftsmitgliedern auch Näheres über die Zusammensetzung der Familieneinkommen: den jeweiligen Anteil aus der gemeinsamen Reisproduktion, den Erlös privater Ländereien (die bis zu 5% des Bodens umfassen) und den Erlös aus handwerklicher Produktion, z.B. der Herstellung von Bambusvorhängen, die in einer der Kooperativen wesentlich von älteren Frauen betrieben wird. Quasi aus der Sicht von „oben“ und „unten“ wird – einmal vom Vorsitzenden des Volkskomitees der Provinz und einmal von den Mitgliedern der Kooperative – das Verhältnis zwischen Staat und Genossenschaft geschildert: Der Kooperative kommen die Aufgaben zu, sich selbst und die Städte mit Nahrungsmitteln zu versorgen sowie Mitglieder für die an der ca. 100 km entfernten chinesischen Grenze gebundenen Milizen zu stellen und diese zu ernähren (die Abwesenheit der jungen Männer bedeutet u.a., daß ein Großteil der schweren Feldarbeit von den Frauen erledigt werden muß). Vom Staat erhält die Genossenschaft dafür jene Dinge, die sie selbst nicht herzustellen in der Lage ist, etwa die zur Schädlingsbekämpfung benötigten Chemikalien.

Die eindrucksvollen Bilder und die Zurückhaltung des Kommentars verleihen dem Film einerseits ungewöhnliche Authentizität und Überzeugungskraft. Dies wird dadurch noch verstärkt, daß die Situation der Filmemacher als Gäste explizit einbezogen wird, z.B. wenn in einer nachgestellten Szene die Genossenschaftsmitglieder darüber diskutieren, wie sie sich gegenüber dem in Bälde eintreffenden Filmteam verhalten wollen. Andererseits haben bisherige Aufführungen des Films gezeigt, daß – aufgrund dieser Machart – einige Details in ihrer vollen Bedeutung nur durch zusätzliche Informationen (etwa im Rahmen eines Referats oder einer Diskussion) erfassbar sind: z.B. das von den Genossenschaftsmitgliedern oft zitierte „Dekret Nr. 100“, das die Bezahlung der letzten Arbeitsgänge der Reisproduktion unter das Leistungsprinzip stellt. Dahinter verbirgt sich die Schwierigkeit, sozialistische Produktionsverhältnisse mit noch weitgehend archaisch entwickelten Produktivkräften und Produktionsmethoden zu verbinden.

Eine eindeutige Sprache sprechen die Bilder, die im **Kampuchea-Film Schule der Schönen Künste** gezeigt werden: Die Aufnahmen aus der Stadt Phnom Penh, aus der das Pol-Pot-Regime jegliches menschliche Leben verbannt hatte und in der – so der Kommentar – die „größte Instandbesetzungsaktion der Gegenwart“ stattfindet. Noch überall sind deutlich die Spuren der Verwüstungen zu sehen: zerstörte Pagoden, Kinos, Kulturdenkmäler und -einrichtungen. Der Name Pol Pots, das wird unmißverständlich klar, steht in Kampuchea nicht nur symbolisch für die Tötung des Khmer-Volkes, sondern auch für die Zerstörung seiner sozialen Strukturen, die Ausrottung von Kunst und Wissenschaft.

Mit den Aufnahmen der Zerstörungen, die immer wieder eingeblendet werden, mit den Erzählungen einiger Lehrer, die von Folterung und Demütigung berichten und zu den wenigen Intellektuellen gehören, die dieses Regime überlebt haben, kontrastieren jene Szenen mehr als eindrucksvoll, die das eigentliche Thema des Films ausmachen: die Bemühungen, die verschüttete Kultur aus ihren Trümmern wieder zu neuem Leben zu erwecken. Gezeigt werden etwa Aufnahmen eines früheren Gymnasiums, in dem 100 teils in Schnellkursen ausgebildete Lehrer jetzt ca. 1600 Grundschüler unterrichten, oder ein alter Mann, der aus Filmfetzen, die er in einem der zerstörten Kinos fand, bunte Lampions herstellt.

Den krassen Kontrast zu den Verwüstungen bildet die Darstellung der Kunstschule, wo z.T. in den Räumen zerstörter Kinos Unterricht in klassischem Tanz, Theater, Musik und Bildhauerei gegeben wird. Eingebettet ist die Handlung des Films in ein Theaterstück, das von einer Klasse dieser Schule aufgeführt wird: Ein Schulmädchen hatte seine Mitschüler bestohlen, die hierauf nur mit Zorn reagieren... Verständnis und soziales Verhalten, macht dieses Stück deutlich, müssen von den Jugendlichen, die Pol Pot zu Gefängniswärtern machte, erst wieder neu erlernt werden.

Die Thematisierung von Vergangenheit und Gegenwart durch Produktionen dieser Schule machen – ebenso wie symbolisch die Bilder der vom Verfall bedrohten Tempel von Angkor – in diesem Film deutlich, daß und warum die Wiederherstellung der nationalen Identität dem Khmer-Volk ebenso wichtig ist wie die Versorgung der Bevölkerung mit Reis.

J. Weber

El-Salvador-Solidarität

Eine Kundgebung der FDP am 6.1.1982 im Stuttgarter Staatstheater, das sog. Dreikönigstreffen, nutzten zahlreiche Demonstranten für eine spektakuläre Saalaktion zu El Salvador. Mit dem Entrollen von Transparenten und dem Anstimmen von Losungen wie „Freiheit für El Salvador“, „Amis raus aus El Salvador“ brachten sie den frisch aus den USA zurückgekehrten Hauptredner H.D. Genscher in Verlegenheit, der Ende November 1981 mit der Rücksendung des BRD-Botschafters Neukirch nach San Salvador eine internationale Aufwertung der Junta lanciert hatte.

Die Forderung der Demonstranten, Bonn müsse sich entschieden vom US-Interventionismus in El Salvador distanzieren, war für den Außenminister und FDP-Vorsitzenden unüberhörbar. Denn bevor H.D. Genscher mit seiner Kundgebungsrede beginnen konnte, mußte er zunächst das Verlesen einer El-Salvador-Resolution durch einen Sprecher der Solidaritätskräfte zulassen.

Eine Kunstmappe „El Salvador wird siegen“ hat das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) zum Jahreswechsel 1981/82 herausgebracht. Sie enthält fünf Schwarz-Weiß-Graphiken des in Managua lebenden salvadorianischen Malers Rafael Cabrera sowie Gedichte Ernesto Cardenals, Mario Cajina Vegas und Pablo Nerudas. Thematisiert wird der Befreiungskampf in El Salvador und Nicaragua, unter Abbildung u.a. der Nationalhelden Sandino und Farabundi Martí.

Bezugspreis 10,- DM. Anschrift: ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/M. 1.



Salvador-Aktion beim Dreikönigstreffen

Geschichte einer ehemals deutschen Missionsstation Funktionen und Wandel der Entwicklungshilfe dar. „Mbogos Ernte oder die Teilung der Welt“ schildert schließlich die Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt, wobei der Weg des in Tansania produzierten Rohstoffs Baumwolle bis zur Verarbeitung als Jeans nachgezeichnet wird. Die je ca. 70minütigen 16mm-Farbfilm sind einzeln oder als Paket zu beziehen bei: Verleihgenossenschaft der Filmemacher e.G., Alfonsstr. 1, 8000 München 19.

Broschüre Atomprovinz Emsland

Der Dritte-Welt-Laden Nordhorn hat eine Broschüre herausgegeben, in der die Zusammenhänge zwischen dem atomaren Ausbau einer bundesdeutschen Region, dem Emsland, und von Plünderung, Ausbeutung und Völkermord in der Dritten Welt exemplarisch dargestellt werden. Für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet ist der beigelegte Text eines 30minütigen Theaterstückes zu dieser Problematik. Auch Einzelheiten der militärischen Aufrüstung verschiedener Länder der Dritten Welt durch atomare Technologie werden behandelt.

Die Broschüre „Atomprovinz Emsland und Dritte Welt“ kann zum Preis von 4,- DM beim Verlag Freunde der Erde, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, bestellt werden.

Ausländerfrauen wehren sich

Die Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen (IAF, Mainzer Landstr. 239-241, 6000 Frankfurt) hat zu einer Aktion „SOS aus dem Ghetto“ aufgerufen, mit der der Widerstand gegen menschenrechtswidrige, rassistische und familienfeindliche neue Ausländergesetze und -erlasse (vgl. AIB 1/1982, S.57) verstärkt werden soll.

Diese Gesetze sowie wachsende Ausländerfeindlichkeit und -arbeitslosigkeit prägten auch die Diskussionen auf zahlreichen Veranstaltungen einer von der Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der BRD (FIDEF) initiierten „Woche der Freundschaft gegen Ausländerfeindlichkeit“ vom 14. - 20.12.1981. Der Betriebsratsvorsitzende K.H. Stommel (Postfach 100682, 4100 Duisburg), MdB K. Thüsing u.a. rufen zur „Solidarität mit den Demokraten der Türkei“ auf und bitten um konkrete Hilfe für die von den Erlassen betroffenen Ausländer.

Peru: Sobradinho-Kampagne

Die Informationsstelle Lateinamerika (ila) hat eine Unterschriftenkampagne gegen die bundesdeutsche Beteiligung an den brasilianischen Staudammprojekten Sobradinho und Itaiparica begonnen, da bisher keine Pläne für die künftige Existenzsicherung der hiervon betroffenen 120.000 Menschen vorliegen. Bundesminister R. Offergeld wird aufgefordert, Auflagen zugunsten der umzusiedelnden Bevölkerung geltend zu machen oder die Gelder der Kreditanstalt für Wiederaufbau zurückzuziehen.

Auch im Falle des peruanischen Stauseeprojektes Jequetupeque, das ebenfalls mit bundesdeutschen Entwicklungshilfegeldern finanziert wird, haben sich Proteste erhoben. So schloß sich der Bundeskongreß entwicklungs-politischer Aktionsgruppen (BUKO) den Forderungen der Betroffenen nach einem sofortigen Baustopp an und verlangte von der Bundesregierung, künftig bei der Finanzierung derartiger Großprojekte auch die ökologischen und sozialen Auswirkungen zu berücksichtigen.

Aktuelle Buchtips: Südafrika, Chile



Exemplarische Erfahrungen exilierter Chilenen bzw. Lateinamerikaner in der Bundesrepublik enthält das Buch

Carlos Lira, *Und Chile ist weit und nah. Drei Jahre Exil in der BRD. Mit einem Essay von Antonio Skármeta, Verlag Dritte Welt Laden (Friedrichstr. 10, 5600 Wuppertal 1), Wuppertal 1981, 152 Seiten, 14,- DM.*

Es ist die Biographie eines Verwaltungsbeamten, der seit seiner Ansiedlung in Hamburg 1975 die typischen Schwierigkeiten eines als Asylant diskriminierten Ausländers durchläuft (Quarantäne, Sozialamt, Wohnungs-, Sprachprobleme usw.). Es ist zugleich ein Stück Geschichte bundesrepublikanischer Chile-Solidarität (Fall Ackerknecht!).

Um eine allgemeinverständlich geschriebene Einführung in die politischen und sozialen Grundzüge des südafrikanischen Apartheid-systems handelt es sich bei dem ursprünglich von der UNESCO herausgegebenen Buch von Marianne Cornevin, *Apartheid. Mythos und Wirklichkeit. Mit einem Vorwort von Uwe Holtz, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1981, 200 Seiten, 12,80 DM.*

Den Schwerpunkt ihrer Darstellung legt die Verfasserin auf die Entlarvung der scheinbar „wissenschaftlichen“ Beweise, die die Vertreter der Apartheid zur Rechtfertigung ihrer Rassentrennungspolitik ins Feld führen.



Afrika-Filme

Exemplarisch wird in Peter Hellers Tansania-Filmen die Abhängigkeit eines Entwicklungslandes aufgezeigt.

„Die Liebe zum Imperium“ erzählt die Geschichte eines Kolonialpioniers, der Ende des 19. Jahrhunderts auszog, um für Deutschland Ländereien, Rohstoffe und Absatzmärkte zu erobern, und auf dem Gebiet des heutigen Tansania ein Kolonialimperium begründete. „Usambara, das Land, wo der Glaube Bäume versetzen soll“ stellte mit der 100jährigen

Türkei

Vor dem Hintergrund wachsender Proteste aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft und Skandinavien, die Ende letzten Jahres zu einer vorübergehenden Sperrung der EG-Finanzhilfe für die Türkei geführt hatten, verkündete der Chef der Militärjunta in Ankara, General Evren, in seiner Neujahrsansprache einen „Zeitplan für die Rückkehr zur Demokratie“.

Nach diesem Plan soll die Bevölkerung im Herbst 1982 über eine neue Verfassung abstimmen und im Laufe des Jahres 1983 ein neues Parlament wählen. Genauere Termine wurden nicht genannt. Die Verfassung soll von einem 160köpfigen „Ersatzparlament“, das voll der Kontrolle des aus fünf Militärs bestehenden „Nationalen Sicherheitsrates“ untersteht, erarbeitet werden. Und sie soll sicherstellen, daß die traditionellen türkischen Parteien auch zukünftig vom politischen Leben des Landes ausgeschlossen bleiben.

Wie wenig ernst der Wille der türkischen Militärs zur Demokratie ist, wird auch durch das kurz vor der Evren-Ansprache (am 24.12.1981) eröffnete Militärgerichtsverfahren gegen 52 Angehörige des türkischen Gewerkschaftsverbandes DISK unter Beweis gestellt. Obwohl den Gewerkschaftern keinerlei gewalttätige Akte zur Last gelegt werden können, droht ihnen die Todesstrafe. Gerichtsverfahren gegen weitere 2.000 inhaftierte Gewerkschafter stehen für die kommenden Monate an. Um so befremdender ist es deshalb, daß die EG am 11.1.1982 ankündigte, die für 1982 geplante Türkeihilfe jetzt doch auszus zahlen.

Pakistan

Nach der Zusicherung einer Militär- und Wirtschaftshilfe von 3,2 Mrd Dollar für die nächsten 6 Jahre für das Regime Zia ul-Haqs, soll die Reagan-Administration jetzt auch dem Verkauf von 40 F-16-Kampfflugzeugen an Pakistan zugestimmt haben, wie Radio Pakistan Ende November 1981 meldete. Ein Jahr nach der erfolgten Vertragsunterzeichnung sollen die ersten Flugzeuge ausgeliefert werden.

Das Nachbarland Indien kündigte für den Fall einer Lieferung Gegenmaßnahmen an. Und in einem gemeinsamen Kommuniqué pakistanischer Oppositionsgruppierungen wird gegen die weitere Aufrüstung der Militärjunta protestiert. Die in der Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie zusammengeschlossenen Oppositionsparteien werfen den USA „eine gegen das pakistanische Volk gerichtete Maßnahme“ vor. Die USA wurden aufgefordert, jede Unterstützung von der Durchführung freier Wahlen abhängig zu machen. Keine zukünftige Regierung Pakistans werde sich sonst an solche Verträge halten.

China-Japan-USA

Die Existenz eines US-„Horchpostens“ in einem an die Sowjetunion grenzenden Teil der nordostchinesischen Provinz Xinjiang, der Lop-Nor-Wüste, ist Anfang Januar d.J. von der Reagan-Administration offiziell bestätigt

worden. Die auf das Gebiet der Sowjetunion gerichtete Spionageeinrichtung soll Teststarts von Raketen überwachen und Raketenbasen orten. Außerdem sollen nach inoffiziellen Angaben japanischer Regierungskreise Verhandlungen zwischen den USA und China um Landrechte der 7. US-Flotte für Daljon (Nordchina) geführt worden sein.

Der stellvertretende Kommandierende der japanischen Streitkräfte, Seiki Nishihiro, brach am 13. Januar d.J. für etwa 10 Tage nach China auf, um Übungen der chinesischen Armee zu beobachten. Darüber hinaus stand u.a. ein Gespräch mit dem stellvertretenden chinesischen Generalstabschef Wu Hsiu-tschuan über das sowjetische Militärpotential in Ostasien auf dem Besuchsprogramm.

Das japanische Kabinett hat für 1982 den Verteidigungshaushalt um mehr als 7,75% erhöht und kam damit der Forderung der USA entgegen, die seit Monaten die „mangelnde japanische Verteidigungsbereitschaft“ rügen.

Nikaragua

Am 8. Januar 1982 hat Nicaragua, trotz Protesten von Seiten der USA, mit Frankreich einen Waffenlieferungsvertrag über 15,8 Mio Dollar abgeschlossen. Nicaragua ist auf Waffenkäufe im Ausland angewiesen, um eine Intervention abzuwenden. Sandinista-Führer schließen nicht aus, daß es 1982 notwendig werden kann, den Kriegszustand zu verhängen.

Hintergrund dieser Äußerungen sind zahlreiche Überfälle und Grenzprovokationen von Honduras aus. Sie gehen teils von ehemaligen Somoza-Gardisten aus, teils auch vom reaktionären Flügel der honduranischen Armee, die ihre Regierung in die offene Konfrontation mit Nicaragua drängen wollen. Allein im Januar forderten diese Überfälle 15 Todesopfer.

Trotz der hohen Verteidigungslasten, die das Land aufgrund ständiger Aggressionsakte zu tragen hat, konnten im Erziehungswesen wichtige Erfolge erzielt werden; im 2. Halbjahr 1982 nahmen fast 170.000 Erwachsene an Erziehungsmaßnahmen teil. Ein großes

Problem wird 1982 die wahrscheinlich steigende Arbeitslosigkeit sein. Um Arbeitsplätze zu schaffen, wurden der Bau einer Fischverarbeitungsanlage, eines Holzverarbeitenden Industriekomplexes (zusammen mit Mexiko) und einer Zuckermühle (gemeinsam mit Kuba) beschlossen.

Bolivien

Der anhaltende Kampf der bolivianischen Arbeiter gegen die seit Juli 1980 regierende Militärdiktatur führte nun zu ersten Erfolgen: Im Ergebnis eines 14tägigen Streiks der Minenarbeiter sah sich das Regime gezwungen, der bisher illegalen Bergarbeitergewerkschaft FSTMB im 1. Quartal 1982 lokale Gewerkschaftswahlen und in den folgenden Monaten Delegiertenwahlen auf nationaler Ebene zu gestatten. Der Gewerkschaftsdachverband, die Bolivianische Arbeiterzentrale (COB), darf sich ab Ende 1982 reorganisieren.

Der Streik begann am 12.11.1981 im Bergbaudistrikt Huanuni, wo sich die Arbeiter weigerten, von der Regierung eingesetzte „Arbeiterführer“ anzuerkennen. Ihre Forderungen zielten auf Lohnerhöhung, Anerkennung der Gewerkschaften und gegen die geplante Reprivatisierung der staatlichen Minen. Das Regime reagierte mit Militäreinsatz, Verhaftungen und Sperrung der Lebensmittelzufuhr in die bestreikte Region. Der Hungerstreik der Bergarbeiterfrauen sowie Solidaritätsstreiks in allen wichtigen Minengebieten und Fabriken in La Paz und Cochabamba zwangen es jedoch, die Verhafteten freizulassen und in – unter Vermittlung der Kirche geführten – Verhandlungen die erwähnten Gewerkschaftsrechte zuzugestehen.

Brasilien

Der Prozeß der „kontrollierten Öffnung“ (vgl. AIB 9/1980, S. 10-11) hat einen weiten Rückschlag erlitten. Am 25.11.1981 legte der brasilianische Präsident Figueiredo dem Parlament einen Gesetzentwurf vor, der dafür sorgen soll, daß die „sozialdemokratische“



Demonstration in Managua gegen antinikaraguanischen Interventionismus

Regierungspartei PDS aus den Wahlen im November 1982 siegreich hervorgeht. Hierzu dient vor allem die Schaffung von Einheitslisten: Die Wähler werden gezwungen, vom Gemeinderat bis zum Senator und Gouverneur nur für eine einzige Partei zu stimmen. In Verbindung mit einem Koalitionsverbot nimmt das der Opposition, die aufgrund des Parteiengesetzes von 1979 aufgespalten ist, jegliche Chance. Die Vorlage ist u.a. eine Reaktion auf den Erfolg, den die Opposition 1981 für sich verbuchen konnte: Verhindert wurde die Ausdehnung des Prinzips der „Sublegenda“ (auf Munizipalebene bekommt der siegreiche Kandidat die Stimmen der Geschlagenen seiner eigenen Partei dazu) auf die Gouverneurswahlen. Dafür, daß der Gesetzentwurf durchkommt, ist gesorgt: Der Fraktionszwang bedroht widerspenstige PDS-Abgeordnete mit Mandatsverlust. Sollte das Parlament jedoch zögern, sich mit der Vorlage zu befassen, so tritt das Gesetz aufgrund des Fristenablaufs nach 1-2 Monaten automatisch in Kraft.

Haiti

Erneut kam es in dem US-Internierungslager für haitische Flüchtlinge „Krome North“ bei Miami zu schweren Auseinandersetzungen. Der Anlaß: 700 Exilhaitianer waren in einen Hungerstreik getreten, um die Öffentlichkeit auf die verschärften Asylbedingungen für haitianische Flüchtlinge aufmerksam zu machen.

So hatten die USA zur Eindämmung des Flüchtlingsstroms aus der von der Duvalier-Diktatur beherrschten Karibikinsel beschlossen, die Flüchtlinge in Lagern zu internieren. Gemäß ihrem im September 1981 mit dem Terrorregime Haitis vereinbarten Abkommen (vgl. AIB 11-12/ 1981, S. 54-55) haben US-Küstenwachen wiederholt auf hoher See Flüchtlinge, sog. Boat People, aufgegriffen und an Haiti ausgeliefert, was praktisch einem Todesurteil gleichkommt.

Berichten zufolge ist am 8.1.1982 eine kleine Gruppe von Exilhaitianern auf der Tortuga-Insel (8 km vor Haiti) gelandet und hielt dort für kurze Zeit eine Garnison der haitianischen Armee besetzt. Nach den Aussagen ihres Anführers, B. Sandaricq, der weitere militärische Widerstandsaktionen angekündigt hat und über eine Streitmacht von 700 Männern verfügen will, sollte die Aktion Signalwirkung für eine Volksrevolution in Haiti haben (vgl. International Herald Tribune, Zürich, 12.1.1982).

Chile

Bereits Otto Schlecht, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, hatte während eines Chile-Besuches vom November 1981 in Gesprächen mit der faschistischen Junta seine „Bewunderung“ für die in Chile erreichten wirtschaftlichen Fortschritte ausgedrückt. Er hatte erklärt, die Bundesregierung stehe der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern mit „Sympathie“ gegenüber. In einer Fragestunde im Bundestag verteidigte dann Martin Grüner, parlamentarischer Staatssekretär, die Aussagen von O. Schlecht.

Damit lagen sie durchaus auf der Linie von Bundesaußenminister H.D. Genscher. Dieser war Ende September 1981 während der 36. UN-Vollversammlung in New York mit dem chilenischen Außenminister René Rojas Galdames zusammengetroffen. Der chilenischen Zeitung La Tercera zufolge hatte R. Rojas erklärt, daß Genscher ihm gesagt habe, er „begrüße die Erfolge (Chiles; d. Red.) auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet“.

Nach Kräften aufgefrischt wurde nun diese Verherrlichung des Faschistenregimes durch diverse bundesdeutsche Zeitschriften wie das Deutschland-Magazin oder das Capital, das in seiner Ausgabe vom Januar 1982 gleich mit einem Chile-Sonderteil unter dem Motto „Wie das Militär die Wirtschaft ankurbelte“ aufwartete. Den großbourgeois Blättern geht es nicht zuletzt auch darum, den Bundesbürgern die monetaristische Wirtschaftspolitik des Pinochet-Regimes schmackhaft zu machen. Laut R. Rojas soll H.D. Genscher erklärt haben: „Wenn wir doch in Deutschland das chilenische System hätten.“

Ghana

Zum zweiten Mal innerhalb von 30 Monaten stürzten die Streitkräfte am 31.12.1981 die Regierung Ghanas. Unter Führung von Leutnant Jerry J. Rawlings übernahm ein „Provisorischer Nationaler Verteidigungsrat“ (PNDC) die Regierungsgeschäfte. Er setzte die Verfassung außer Kraft, löste das Parlament auf und verbot alle Parteien.

Im September 1979, nach seinem ersten Putsch (vgl. AIB 7-8/ 1980, S. 61-63), hatte J.J. Rawlings die Macht an Hilla Limann und die Nationale Volkspartei (PNP) übergeben. Die Motivation für den erneuten Staatsstreich gleicht der von 1979: Eine „Verbrecherbande“ habe Ghana „in den wirtschaftlichen Ruin“ geführt. Die Bekämpfung der Korruption sei das Ziel eines „heiligen Krieges“, der den Staat „reinen“ solle.

Laut J.J. Rawlings sei die erneute Machtübernahme „kein Putsch“, sondern „nichts weniger als eine Revolution – etwas, das die gesamte soziale und wirtschaftliche Ordnung des Landes verändern wird“. (Süddeutsche Zeitung, 2./3.1.1981) Dies zu verwirklichen, setzte er sich selber eine Frist von zwei Jahren.

BRD-Ägypten-Honduras

Im Bundestag wird gegenwärtig ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (vom November 1981) beraten, der folgenden Inhalt hat: „Der Bundesrepublik Deutschland werden aufgrund der Abkommen mit Honduras vom 14. Dezember 1978 sowie mit Ägypten vom 28. April 1980 2 bzw. 1,75 Millionen DM zur Verfügung gestellt, um die infolge des Zweiten Weltkrieges durch Verstaatlichung und Anwendung der Feindvermögensgesetzgebung erlittenen Vermögensverluste deutscher natürlicher und juristischer Personen zu entschädigen.“

So unglaublich es klingt – vergleichbare Reparationsforderungen hat die Bundesrepublik bisher gegen Israel (für nach 1948 enteig-

nete deutsche Vermögen) und Äthiopien im Jahre 1965 durchsetzen können. Ägypten hatte sich lange derartigen Forderungen widersetzt, war aber seit 1977 bereit, über die Rückzahlung des während und nach dem 2. Weltkrieg nationalisierten deutschen Vermögens zu verhandeln. Aufgrund des im April 1980 abgeschlossenen und jetzt zur Ratifizierung durch den Bundestag anstehenden Vertrags gelangen 13 bundesdeutsche Staatsangehörige und Firmen, die längst nach dem Reparationsschädengesetz entschädigt wurden, in den Genuß eines unerwarteten Finanzregens.

Berichtigung

Beim Südafrika-Artikel von H. Brandt, Der ANC ist überall, in AIB 1/1982, S. 47-49 ist uns ein bedauerlicher Umbruchfehler unterlaufen, für den wir uns vielmals entschuldigen: Die gesamte Passage auf S. 47/r. Spalte, ab 2. Absatz bis S. 48/linke Spalte, 3. Zeile, also der Text von „Voortreckerhoogte hat uns deutlich gezeigt...“ bis „...seine Fähigkeit unter Beweis“, gehört ein gutes Stück weiter nach hinten. Genau einzufügen ist sie auf S. 48/r. Spalte, vor die 16. Zeile von unten, d.h. vor „gestellt, in weit zerstreuten Gebieten...“

Neu im Verlag 2000

Reihe "Sozialistischer Internationalismus"

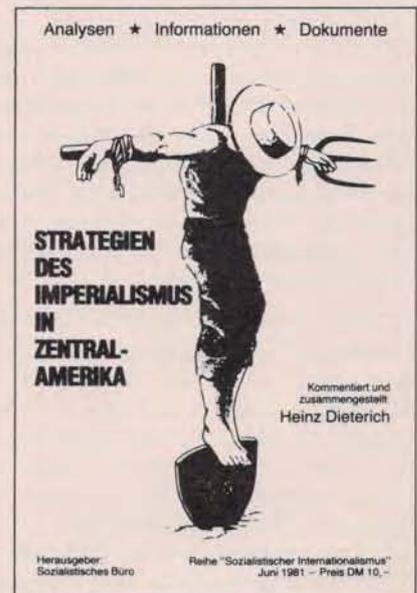
STRATEGIEN DES IMPERIALISMUS IN ZENTRALAMERIKA

Analysen – Informationen – Dokumente

Kommentiert und zusammengestellt

von Heinz Dieterich

128 Seiten, broschiert, DM 10,-



Wer sich für sämtliche zur Zeit erhältliche Broschüren aus dem Schriftenprogramm des Verlag 2000 GmbH – Sozialistisches Büro interessiert, findet diese in der aktuellen Broschürenliste Winter 1981/82. Alle Broschüren sind im linken Buchhandel erhältlich, können jedoch auch gegen Vorauszahlung direkt beim Verlag bezogen werden: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4. Gruppen erhalten bei Abnahme von 10 Ex. 20% Rabatt.

AIB

Liebigstr. 46

3550 Marburg

Oliver Tambo

Aufruf zum 70. Jahrestag des ANC

Der Afrikanische Nationalkongress (ANC) lädt Freunde und Förderer unseres Befreiungskampfes ein, im Einklang mit dem Volk von Südafrika des 70. Jahrestages der Entstehung des ANC zu gedenken. Dieses Gedenkjahr ist dem Streben nach vereinter nationaler und internationaler Tätigkeit gewidmet. Zu diesem Zweck hat das nationale Exekutivkomitee 1982 zum Jahr der Aktionseinheit ernannt.

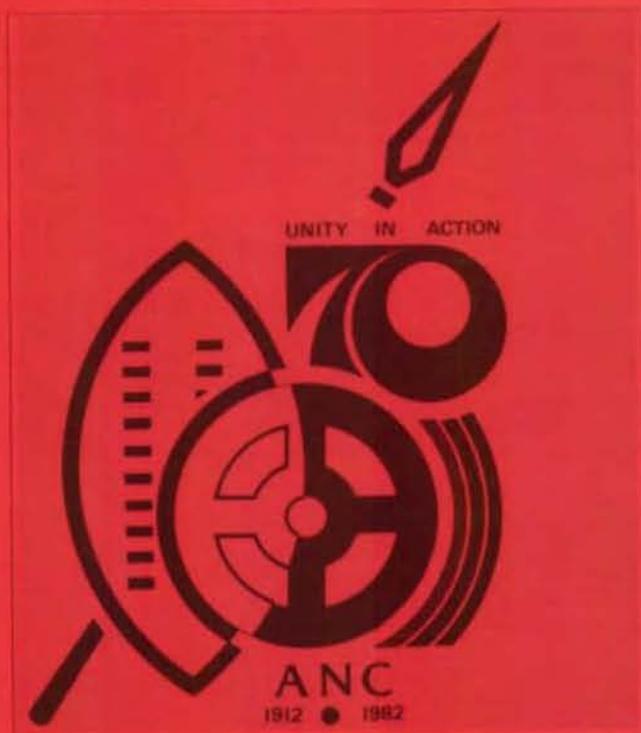
Am 8. Januar 1912 versammelten sich Vertreter des afrikanischen Volkes von Südafrika in Bloemfontein. Aus allen Teilen Südafrikas, aus Rhodesien, Basutoland, Bechuanaland und Swaziland, kamen Bauern und Häuptlinge, Arbeiter und Beamte, Minister und Händler. Sie alle waren in den Kampf gegen den britischen Kolonialismus eingebunden, im besonderen gegen die Festigung der Herrschaft von Briten und Buren, wie sie in der Bildung der sog. Union von Südafrika, zwei Jahre früher, sichtbar wurde.

ANC-Gründung: Geburt einer Nation

Alle, die sich versammelt haben, erkannten die vordringliche Notwendigkeit, alle afrikanischen Völker zu vereinigen, ihre Kräfte einer Organisation einzuverleiben, die als Instrument ihrer Befreiung als vereinte Nation dienen würde. Die Konferenz von 1912 kennzeichnete daher nicht nur die Geburt des ANC, sondern auch die einer Nation: die Festigung eines nationalen Bewußtseins, welches seither in zunehmendem Maße Südafrikaner von unterschiedlicher ethnischer und rassischer Herkunft umfaßt. (...)

Mit den Befreiungskräften von Namibia und Südafrika, die gemeinsam dem südafrikanischen Regime Widerstand leisten, ist der lange und zähe Kampf um die vollkommene Befreiung Afrikas in die letzte und schwierigste Phase getreten. Die Menschen von Namibia marschieren triumphierend und heroisch hinter der SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation; d. Red.) bis zur Eroberung ihrer Unabhängigkeit. Innerhalb Südafrikas leitet der ANC eine ausgebreitete und unüberwindliche Widerstandsbewegung der unterdrückten, ausgebeuteten und demokratisch gesinnten Massen, deren brennendes und unbeirrbares Ziel es ist, ihr Land und alle seine Völker zu befreien.

Die ganzen Jahre blieben wir angesichts der unbarmherzigen und brutalen Unterdrückung fest entschlossen. Wir haben es abgelehnt, unser südafrikanisches Geburtsrecht für die Portion einer Bantustan-Suppe zu verkaufen. Wir haben auf dem Weg zu einem freien und demokratischen Südafrika, wie es in der Freiheitscharta (ANC-Programmdokument von 1955; d. Red.) dargelegt ist, unsere Bereitschaft gezeigt, auch Opfer zu bringen und sogar zu sterben.



Wir gründeten eine Volksarmee, **Umkhonto we Sizwe**; diese ist anerkannt als eine fähige, hochqualifizierte und mutige Kraft, fähig, die bedeutendsten und lebenswichtigen Einrichtungen und Basen des Feindes anzugreifen. Wenn sie am 16.12.1981 ihren 20. Geburtstag feiert, wird sie in zunehmendem Maße eine effektive Waffe gegen die Kräfte des Rassismus und Faschismus darstellen.

Diese 70 Jahre hindurch haben wir unsere Einheit aufrechterhalten, gefestigt und ausgebaut, und wir haben ein kraftvolles Bündnis über alle Schranken der Rasse, der Hautfarbe, der Religion und Territorien hinweg vorangetrieben. Aber das Apartheidregime ist noch nicht gestürzt. Das Ereignis des 70. Jahrestages stellt eine Herausforderung dar, besonders im Hinblick auf unsere Fähigkeit, nicht nur unseren Kampf zu intensivieren, sondern auch unsere Einheit zu festigen.

Im Jahr 1982, dem Jahr der Aktionseinheit, müssen wir unsere Kampagnen beleben, unseren Widerstand intensivieren, neue Offensiven in Bewegung setzen und neue Kräfte sammeln für den letzten Angriff und die Vernichtung von Rassismus und Faschismus in Südafrika.

Der Sieg ist uns gewiß!

(Quelle: Pressemitteilung des ANC, Bonn, 5.1.1982)